

Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.

4/16

Dezember 2016 · 69. Jahrgang
Einzelverkauf 7,- €

CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST

CUS

90 Jahre BRSD – 90 Jahre für Frieden und Gerechtigkeit

Evian 1938

Willy Spieler †: Gegen den Strom

Aktivitäten für Religiöse Sozialist(inn)en

„Unser Kreuz hat keine Haken“

Aktionen gegen den Krieg

Deutschland am Einigungstag

Im Auge des Hurrikans, Haiti

Huub Oosterhuis

Weihnachtsgruß

Rezensionen

Bundesnachrichten

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

Vorstand:

Reinhard Gaede, Jürgen Gorenflo, Andreas Herr, Anneke und Florian Ihlenfeldt, Jens-Eberhard Jahn, Thorsten de Jong, Thomas Kegel

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de

Redaktions-Beirat:

Friedrich-Wilhelm Bargheer, Blomberg
Volker Beckmann, Herford
Doris Gerlach, Herford
Jürgen Gorenflo, Norderstedt
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen
Dieter Hönerhoff, Bielefeld
Jens-Eberhard Jahn, Leipzig
Thomas Kegel, Hannover
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Darius Dunker, Aachen
Thorsten de Jong, Aachen

Erscheinungsweise:

Vierteljährlich

Abonnements:

Jürgen Gorenflo, Hollunderweg 8 b,
22850 Norderstedt, jgorenflo@web.de

Preise:

Einzelheft: € 7,-, Jahresabonnement,
Inland: € 20,-, Welt: € 30,-, Förder-
abonnement € 25,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank,
IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10,
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Kreativ-Schmiede, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:

satz- und druckprojekte TEXTART ver-
lag, Solingen, textart@t-online.de

ISSN 0945-828-X

Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin

INHALT

Editorial	1
Reinhard Gaede	
Die Bergpredigt nach Leonhard Ragaz	4
Reinhard Gaede	
Die Gründung des BRSD	6
Reinhard Gaede	
ReSos in der Vergangenheit	12
Grußwort SPD	17
Grußwort des AK Christinnen/Christen in der SPD	18
Grußwort jüdischer Sozialdemokraten	19
Grußwort der Ev. Landeskirche in Baden	20
Karlheinz Lipp	
Evian 1938 – Vom Scheitern einer Flüchtlingskonferenz ..21	
Willy Spieler (6.8.1937–23.2.2016)	
Nicht mit dem Strom schwimmen	26
Elmar Klink	
Religiös-sozialistische Gruppen	32
Andreas Herr	
BRSD für die Straße?	34
Thomas Kegel/Lutz Krügener	
Unser Kreuz hat keine Haken	36
Maria Hettenkofer	
Antikriegstag 2016	42
Winfried Eisenberg	
Schlussakkord dem Drohnenmord	45
Elmar Klink	
Denk' ich an Deutschland am Tage	50
Jürgen Schübelin	
Im Auge des Hurrikans: Port-à-Piment	57
Elmar Klink	
Huub Oosterhuis: Kontemplation und Engagement60	
Barbara Rauchwarter	
GOTT RETTET	63
<hr/>	
Rezensionen	
Friedrich Winterhager	
Thomas Müntzer – Revolutionär am Ende der Zeiten ..65	
Elmar Klink	
Jetzt ist Ewigkeit. Worte von Blumhardt, Vater und Sohn ..67	
Ulrich Peter	
Protestanten ohne Protest.	69
<hr/>	
Bundesnachrichten	
Glückwünsche zum 85. Geburtstag	76
Glückwünsche zum 90. Geburtstag	76
Jahrestagung 90 Jahre BRSD	78
Einladung zum Kirchentag	80

Editorial

90 Jahre BRSD – 90 Jahre für Frieden und Gerechtigkeit“ – Daran erinnerte unsere Jubiläumstagung 9.-11. Sept. 2016 in Immenstaad / Bodensee mit Besuch der Meersburg, wo Anfang August 1926 aus der Arbeitsgemeinschaft der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands wurde. Vorträge, Tagungsbericht und Grußworte widmen sich diesem Thema, gleichzeitig Schwerpunkt in diesem Heft. In der Weimarer Zeit hatte der BRSD jüdische Mitglieder, die einen eigenen Arbeitskreis gebildet hatten. (vgl. den Artikel von Ulrich Peter in CuS 1/2007) Im NS-Staat waren auch sie Opfer von Verfolgung und Vernichtung. Umso mehr freuen wir uns, dass der *Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten*, gegründet 2007, aktiv ist. Auf ihrer Homepage schreiben sie: „Gerade in einer Gesellschaft der materiellen Überflussproduktion und in Zeiten einer tiefgreifenden Finanzkrise wollen wir bewusst versuchen, die Kernelemente der gesellschaftlichen Wirkung des Judentums in die sozialdemokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik einzubringen: Tikkun Olam ("Verbessere die Welt") und Zedek ("Gerechtigkeit"). Für ihr Grußwort habe ich ihnen gedankt und geschrieben: „Unser Name erinnert ja daran, dass der BRSD früher jüdische Mitglieder hatte, die Arbeitsgemeinschaft jüdischer Sozialisten im BRSD seit Ende 1928. Besonders schätzen wir die Beiträge von Martin Buber, der mit Leonhard Ragaz den jüdisch-christlichen Dialog auf neuer Grundlage begonnen hat und danken Euch für die Hinweise auf die Tagung in Heppenheim 1930 "Sozialismus aus dem Glauben" und die Erinnerung an Hugo Sinzheimer, den Vater des deutschen Arbeitsrechts. Ich konnte die Schrift eben antiquarisch noch besorgen. Vor einigen Tagen fand ich Martin Bubers Artikel im Archiv der RE-SOS in Zürich "Hebräischer Humanismus", und seinen Artikel "Drei Sätze eines religiösen Sozialismus" (steht auch auf unserer Homepage). Martin Buber sagte: "Verbundenheit zu Gott und Gemeinschaft zu den Kreaturen gehören zusammen. Religion ohne Sozialismus ist entleibter Geist, also auch nicht wahrhafter Geist; Sozialismus ohne Religion ist entgeisteter Leib, also auch nicht wahrhafter Leib. Aber: Sozialismus ohne Religion vernimmt die göttliche Ansprache nicht, er geht nicht auf Erwidderung aus, und doch geschieht es, dass er erwidert; Religion ohne Sozialismus vernimmt die Ansprache, und erwidert nicht." So wünschen wir Euch Gottes Segen für Mut, Phantasie und Tatkraft, Gutes für unser Land und die Welt zu bewirken, für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu arbeiten in der Hoffnung auf das sich ausbreitende Gottesreich.“



**Redaktionsbeirat am 22.10.2016 v.l.u.
Thomas Kegel, Jürgen Gorenflo, Reinhard
Gaede, Doris Gerlach, Elmar Klink, Helmut
Pfaff, Volker Beckmann, Dietlinde Haug**

Gefreut haben wir uns über Grüße von *Prof. Dr. Günter Brakelmann* und *Min. Präs. Bodo Ramelow* sowie über Grußworte von der Generalsekretärin der SPD *Katarina Barley*, von



Kerstin Griese MdB, Wolfgang Thierse, Angelica Dinger im Namen des Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD, und von Prof. Dr. Cornelius-Bundschuh für die Ev. Landeskirche in Baden.

Faktencheck Hellas prangert das Versagen Europas angesichts vieler Flüchtlinge an: „Im ablaufenden Jahr 2016 sind wieder Tausende Menschen im Mittelmeer ertrunken. Die EU antwortet auf die Fluchtbewegung ausschließlich repressiv und militärisch: durch Marineeinsätze im Mittelmeer, mit immer neuen Grenzzäunen und in Form von fortgesetzten Rüstungsexporten und neuen Militärinterventionen. Damit schafft und verstärkt die EU die Ursachen dafür, dass Hunderttausende Menschen nach Europa fliehen.“ *Karlheinz Lipp* hat einen vergleichenden historischen Blick auf die Flüchtlingskonferenz von Evian im Juli 1938 geworfen. Er zitiert Kommentare zum Scheitern dieser Konferenz. Die Kritik des Theaterkritikers Alfred

Polgar (1873-1955), selbst ein Flüchtling vor dem NS-Staat, könnte auch für die Haltung vieler rechtsextremistischer Menschen und erzkonservativer Politiker heutzutage treffen: Gleichnishaft gesagt: „Ein Mensch wird hinterrücks gepackt und in den Strom geschmissen. Er droht zu ertrinken. Die Leute zu beiden Seiten des Stroms sehen mit Teilnahme und wachsender Beunruhigung den verzweifelten Schwimmversuchen des ins Wasser Geworfenen zu, denkend: wenn er sich nur nicht an unser Ufer rettet!“ Zu rühmen ist nur die Humanität des St. Gallerer Polizeihauptmanns Paul Grüninger (1891-1972), „der an der deutsch-schweizerischen Grenze patrouillierte. Mittels gefälschter Papiere konnte Grüninger 1938/39 mehreren hundert Flüchtlingen das Leben retten – prompt erfolgte die Suspendierung und die Aberkennung seiner Pension. Posthum wurde Grüninger dank des großen Engagements seiner Kinder 1993 politisch und zwei Jahre später juristisch rehabilitiert.“

„Nicht mit dem Strom schwimmen“, hat unser Freund *Willy Spieler* als Motto über sein Leben gesetzt und hat sich mit dieser Schrift noch selbst bei uns vor seinem Tod verabschiedet. Wir lesen hier den letzten Teil seiner Autobiographie.

Elmar Klinks Anrede an die Lesenden von CuS ermutigt zur Bildung einer religiös-sozialistischen Gruppe oder Forums oder regionalen Konferenz an ihren Wohnorten und nennt mögliche Arbeitsschwerpunkte. „Alles könnte z. B. mit einem CuS-LeserInnen-Kreis beginnen“, schreibt er. Auch die religiösen Sozialisten während der Weimarer Zeit hatten schon geraten, Leser(innen)-Gruppen um ihr Organ „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“ zu bilden.

F. Ist das nicht die Umkehrung dessen, was man sonst denkt und tut? Wie können die Armen, die Gütigen, die Leidenden, die Hungernden und Dürstenden, die Verfolgten und alle Andern dieser Art selig gepriesen werden?

A. Sie können es auf Grund des offenen Geheimnisses, das den Sinn der ganzen Bergpredigt bedeutet: Sie orientieren sich an Gott, statt an der Welt, an dem Gott, der unser Herr ist und unser Vater – und gewinnen damit höchstes Glück. Das aber bedeutet in der Tat eine Umdrehung des Denkens und Tuns um hundertachtzig Grad. Umdrehung heißt Revolution.

Darum können wir sagen: Hier haben wir die Weltrevolution, die wahre, vor uns.

Herzlich begrüßen wir *Andreas Herr* und *Thomas Kegel* als neue Mitglieder im Redaktionsbeirat. Sie haben gleich Artikel mitgebracht. *Andreas Herr* berichtet über seinen Stand für den BRSD innerhalb des Kreises der Religionen am Corso Leopold, einem Straßenfest in München. *Thomas Kegel* berichtet über eine Aktion des Ev-luth. Kirchenkreises Lüneburg. Zum Reformationstag 2007 wurden 10 Thesen gegen Rechtsextremismus verfasst. Als Postkarte „Unser Kreuz hat keine Haken“ kann man sie bestellen. Dazu lesen wir die Predigt von *Lutz Krügener*. Er ist Referent für Friedensarbeit und Geschäftsführer der Initiative Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus der Landeskirche Hannovers.

Der 1. September wurde wieder als Antikriegstag begangen zur Erinnerung an die Verbrechen des NS-Regimes und den deutschen Angriff auf Polen als Beginn des Zweiten Weltkriegs. *Maria Hettenkofer* hielt die Rede bei der Mahnwache in Herford. Auch in diesem Jahr gab die Gruppe „Lebenslaute“ wieder ein „Aktionskonzert“ mit dem Titel „Schlussakkord dem Drohnemord“. Sie versammelten sich vor der Kommandozentrale des US-Militärs für Afrika „AFRICOM“.

Spießrutenlaufen durch Pegida-Spalier, Bewachung durch viele Polizisten. Das Land feiert den Tag der Einheit anders als früher. *Elmar Klink* riskiert einen kritischen Rückblick auf die Jahre seit der so genannten Wiedervereinigung.

„Im Auge des Hurrikans“ heißt der Bericht von *Jürgen Schübelin* aus Haiti. Er ist zurzeit dort und will als Lateinamerika- und Karibik-Referatsleiter der Kindernothilfe das Überleben der Bewohner sichern.

Lieder von *Huub Oosterhuis* finden sich im „Gotteslob“ und Evangelischen Gesangbuch. *Elmar Klink* zeichnet ein Portrait des Dichters, der Liturgie und ökumenische Verbundenheit von Christ(inn)en anregt. Auch *Thomas Müntzer*, der Revolutionär, war ein Reformator. Das Buch von *Hans-Jürgen Goertz* rezensiert *Friedrich Winterhager*, nachdem er schon in den CuS-Ausgaben 2014 über Müntzers Ehefrau *Ottlie von Gersen* drei Artikel geschrieben hat.

Die *Bruderhof-Church Communities* haben ein Büchlein geschickt: „Jetzt ist Ewigkeit. Trost und Weisheit für schwere Stunden. Worte von Blumhardt, Vater und Sohn.“

Elmar Klink stellt es vor.

Barbara Rauchwarter haben wir beim Kongress der Religiös-Sozialistischen Internationale in Innsbruck kennen gelernt (vgl. voriges Heft). Jetzt grüßt sie uns mit einem poetischen Text zu Weihnachten.

Seit 2006 war Pfarrer *Dr. Fritz Hufendiek* Mitglied des Redaktionsbeirats. Jetzt schreibt er uns: „Mit meinen 88 Jahren fühle ich mich inzwischen auch als zu alt. Jüngere müssten her, um die gute Sache des CuS-Projektes weiterzutreiben. Meine Verbundenheit und Treue bleibt.“ Wir danken ihm für seine treue Mitarbeit, ich selbst danke ihm für seine vielen Anregungen seit meiner Zeit bei ihm als Vikar in der ESG Münster 1969/70.

Glückwünsche senden wir an *Prof. Dr. Günter Brakelmann* zum 85. und an *Prof. Dr. Jürgen Moltmann* zum 90. Geburtstag.

Allen Lesern und Leserinnen wünsche ich ein frohes gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr unter der Jahreslosung: Gott spricht: Ich schenke euch ein neues Herz und lege einen neuen Geist in euch, (Hes. 36,26)

Reinhard Jaede

Die Bergpredigt. Grundgesetz des Reiches Gottes. „Revolution der Moral und der Religion“

„Sturz des Götzen“ – Die Botschaft von Leonhard Ragaz*

Von Reinhard Gaede

Die Bergpredigt ist alles andere als bürgerliche Moral. Sie ist aber auch keine Utopie und Phantastik. Sie ist durchaus realistisch. Sie ist sogar der einzig wahre Realismus. Sie ist die Wirklichkeit, die gilt, wenn Gott gilt, der Herr und Vater. Nichts anderes.“ So heißt es im Vorwort des Büchleins „Die Bergpredigt Jesu“ (S. 8) von Leonhard Ragaz (1945) Und so heißt es am Schluss des im zweiten Weltkrieg entstandenen Büchleins mit Matthäus 7 über das auf Sand gebaute Haus: „Jetzt sind die Ordnungen dieser Welt zusammengebrochen, und die Götter dieser Welt mit ihnen gestürzt. Sie haben gezeigt, wohin sie führten. Nun hat das Weltreich sich ausgetobt und das Gottesreich Raum bekommen. Und nun taucht aus den Wogen des Chaos der Berg der Bergpredigt wieder auf ... Sie ist die Hilfe.“ (S. 192)

So sprach der Mann, der zu den Führern der christlichen Friedensbewegung gehörte, vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg gewarnt hatte, in seiner religiös-sozialen Bewegung gekämpft hatte gegen die Missstände der kapitalistischen Wirtschaft, am Ende seines Lebens immer noch in Hoffnung. „Das Reich Gottes ist die umgestürzte Welt“, hatte schon sein Lehrer Christoph Blumhardt(1842 – 1919) gesagt. Es fiel, was fallen musste. Jedes Kriegsvolk hatte sich im Ersten Weltkrieg von seinem Gott die Waffen segnen lassen, einen deutschen Gott hatte die Kriegspredigt verehrt; vom „Recht der Tüchtigen“ hatten führende

Theologen gesprochen und so dem kriegslüsternen Nationalsozialismus Tür und Tor geöffnet. Nun fielen die Götzen.

„Hat das Wort Jesu vom Trachten nach dem Reiche Gottes auch einen politischen und sozialen Sinn?“ fragt Ragaz. „Selbstverständlich ... Nirgends kennt das Evangelium ein bloß individuelles oder gar bloß privates Verhältnis zu Gott und den Menschen.“ (145) „Wo man Gott den Herrn kennt, da erwacht der Hass gegen die Götzen, da muss man vor allem Geldherrschaft stürzen, es kommt Gott zu Ehren gegen den Mammon, der Mensch gegen den Profit, da behauptet sich die Seele gegen die Technik, da entsteht eine Gesellschaftsordnung, die nicht mehr am Geld und an der Maschine orientiert ist, sondern am Menschen. Wo Gott zu Ehren kommt, da entsteht sein Reich und seine Gerechtigkeit; daraus quillt eine neue Menschenwelt.“ (147) Dass die Armen, die Gütigen, die Leidenden, die Friedfertigen, nach Gerechtigkeit Hungernden und Dürstenden selig gepriesen werden, hat einen Grund bei ihnen selbst. „Sie „orientieren sich an Gott, statt an der Welt ... Das aber bedeutet in der Tat eine Umdrehung des Denkens und Tuns um 180 Grad. Umdrehung heißt Revolution. ... Hier haben wir die Weltrevolution, die wahre, vor uns.“(13)

Die in der Geschichte aufgeworfenen Fragen, wem die Seligpreisungen gelten, beantwortet Ragaz so: „Sie sollen einmal allen gelten und gelten sozusagen grundsätzlich allen. Denn Gott will der Herr und Vater alles sein und sein Reich soll zu allen kommen.

Aber jetzt gelten sie bloß den Jüngern. Denn sie allein haben die Voraussetzung für ihre Geltung: dass sie Gott den Herrn und Vater haben und aus ihm leben, dass sie das Reich Gottes erkannt und angenommen haben. Für andere haben Seligpreisungen, wie die ganze Bergpredigt, keinen Sinn. Aber alle können schon jetzt Jünger werden. Darum sind die Seligpreisungen wie die ganze Bergpredigt auch für alle als Einladung: „Wähle zwischen Welt und Gott, zwischen Unseligkeit und Seligkeit!“ (S. 27) Die Ansicht, die Bergpredigt sei nicht erfüllbar, lehnt Ragaz ab. Dann wäre es so wie bei Schiffskapitänen, die eine „Anweisung für ihre Fahrt“ bekommen, „die sie erst auf hoher See öffnen dürfen.“ „Jesu Forderung ist vielmehr wie seine Verheißung für jetzt und hier gültig.“ Die Behauptung, das Reich Gottes sei rein jenseitig gemeint, lehnt Ragaz mit Recht ab: „Das Reich Gottes ist nicht von dieser Welt, aber für diese Welt.“ Reich Gottes ist als Prozess zu verstehen: „Das Reich ist zwar angebrochen, aber es muss sich noch erfüllen.“ (S. 28) Das Tun Gottes und das Tun der Menschen sind nicht alternativ zu sehen. Vielmehr sind Christen Gottes Mitarbeiter. Durch Gottes Geist auch befähigt.

Wer sind die Gläubigen – wer die Gottlosen?“ fragt Ragaz über dem Wort Jesu „Es wird nicht jeder, der zu mir Herr, Herr sagt, in das Reich Gottes eingehen, sondern nur, wer den Willen meines Vaters im Himmel tut.“ (Mt 7,21) Und er antwortet: „Wir sollen die Menschen nicht in Kategorien von gläubig und ungläubig, fromm und gottlos stecken. Kein Mensch ist gottlos. Mag er Gott loslassen, lässt Gott ihn nicht los. Der Mensch gehört zu Gott ... Gott, der Vater, umfasst uns mit allen Menschen als Kinder und Brüder.“ (189)

Der Religiöse Sozialismus versteht sich nach Ragaz als Heilung einer gespaltenen Gesellschaft. Sie teilte sich bisher in

Christ(inn)en, die fromm genannt wurden und Sozialist(inn)en, die als gottlos galten bzw. sich selbst auch als Atheisten definierten. L. Ragaz urteilt: Ein tiefer Riss geht durch die Christenheit, schon lange: Die Einen glauben an Gott, aber nicht an sein Reich, das heißt, nicht an seine Gerechtigkeit. Die Andern glauben an das Reich, das heißt, an die Gerechtigkeit, aber nicht an Gott ... An diesem Gegensatz geht die Welt zugrunde, durch seine Überwindung lebt sie auf. Es kommt aber sie Zeit und ist schon da, wo die Söhne und Töchter Gottes an das Reich glauben und die Söhne und Töchter des Reiches an Gott, den Herrn und Vater, von dem es kommt.“ (190)

Die Verwirklichung des Liebesgebotes, der Kampf für Frieden und Gerechtigkeit, haben Ragaz und seine Bewegung die Massen der Armen und Unterdrückten entdecken lassen. Ihre Fähigkeit, soziale Gegensätze wahrzunehmen, haben sie schulen lassen durch Lektüre der Theoretiker der Arbeiterbewegung.

Schon der Frühsozialismus zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte eine radikale Kritik der Gesellschaft entwickelt. Der Kritik am Privateigentum an Produktionsmitteln, der Verfügungsmacht einzelner über Arbeits- und Lebensverhältnisse vieler, entsprachen neue Entwürfe über Genossenschaften zur Selbsthilfe der Produzierenden: Produktions-, Konsum-, Bau- und Wohngenossenschaften wurden gebildet. Auch den Humanismus von Karl Marx (1818-1883) hat diese Bewegung der Religiös-Sozialen gewürdigt als einen Protest gegen eine Gesellschaft, in der sich zwischenmenschliche Beziehungen zu sachlichen Zwängen verfestigen, so dass nicht die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen, sondern das Kapitalinteresse im Vordergrund stand.

Die religiösen Sozialisten gingen von

der Voraussetzung aus, dass das Liebesgebot umso mehr eine Gesellschaft kritisieren muss, je mehr diese Triebfedern des Egoismus folgt. (Paul Tillich 1886-1965). Selbstentfaltung der Menschen und gegenseitige Hilfe waren Leitbilder für Modelle des Wirtschaftens für diese Gruppen, die Sozialist(inn)en und Christ(inn)en zugleich sein wollten, wobei unter Sozialismus natürlich ein freiheitlicher und demokratischer Sozialismus verstanden wird. Die Gruppen

standen im Kontakt mit den Friedenskirchen (Mennoniten) Quäkern, Hutterischen Brüdern, die heute noch nach den Regeln der Bergpredigt leben: in Gütergemeinschaft als Pazifisten (Bruderhöfer, Organ The Plough).

*Andacht zu Matth. 5 – 7 auf der Jubiläumstagung 90 Jahre Bund der Religiösen Sozialist(inn)en Deutschlands, Schloss Hersberg, Immenstaad/Bodensee 10. Sept. 2016

Die Gründung des BRSD auf der Meersburg, 5. August 1926*

Von Reinhard Gaede

Liebe Bundesgenossinnen und -genossen in Deutschland Österreich und der Schweiz, liebe Schwestern und Brüder! Jede(r) von uns hat seine/ihre eigene Gründe, sich auf den Weg zur Ursprungsstätte der Bewegung der „religiösen Sozialist(inn)en“ zu machen. Ein Motiv, ihrer Geschichte zu gedenken, ist dieses: Wer einmal einen Soldatenfriedhof besucht und auf die unendlich scheinenden Reihen der Grabkreuze geschaut hat, fragt sich doch unwillkürlich: Gab es denn keinen rechtzeitigen Widerstand gegen Nationalsozialisten, die später den Weltkrieg mit 55-60 Millionen Toten auslösten? Und wo waren die Christ(inn)en? Antwort: Der Bund der religiösen Sozialisten war die einzige geschlossene christliche Bewegung, die von Anfang an über die Gefahren des braunen Terrors und eines drohenden Krieges informiert hatte, und entschlossen Widerstand geleistet hatte. Und damit verbunden ist die Erkenntnis: Als Christ(inn)en für Demokratie und einen freiheitlichen Sozialismus einzutreten, ist keine neue Idee. Es ist eine Tradi-

tion, die durch das totalitäre Dritte Reich unterdrückt und unterbrochen worden ist. Und wir als Religiöse Sozialist(inn)en von heute stellen eine Kontinuität zwischen Tra-



Kundgebung, 3. Kongress, 1.–5. August. 1926

dition und heutigen Erkenntnissen wieder her gegen alles Vergessen und Verschweigen dieser Tradition. Viele Menschen der Friedensbewegung, deren Teil die religiösen Sozialisten ebenso wie der Versöhnungsbund und ökumenisch bewegte Christ(inn)en waren, sind vergessen worden. Dabei ist ihr Wirken bis heute eine Mahnung, den Frieden in einer von vielen Kriegen bedrohten Welt zu erhalten. Frieden ist im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel „nicht nur eine Frage der Humanität und Moral, sondern eine Frage der nackten Existenz“, wie der von der NS-Diktatur ermordete religiös-sozialistische Widerstandskämpfer Theodor Haubach (1896-1945) sagte. „Wollt ihr denen Gutes tun, / die der Tod getroffen, / Menschen, lasst die Toten ruh'n / und erfüllt ihr Hoffen!“ (Erich Mühsam, jüdischer Dichter, Anarchist, Antimilitarist, ermordet von der SS am 10. Juli 1934 im KZ Oranienburg). Über die Toten des Weltkriegs urteilen die religiösen Sozialisten im August 1926 (SaV 1926, 32, S. 169): Wenn ihr Sterben einen Sinn hatte, dann nur diesen: „Daß die Geister der Rache zur Hölle fahren und die Engel des Himmels ihren Ruf erheben Friede auf Erden! Dafür sind sie gestorben: für die Einheit des menschlichen Geschlechts! Damit die Schranken fallen und die Grenzen weichen: e i n V o l k – das ist die M e n s c h h e i t und e i n V a t e r l a n d – das ist die W e l t!“

Das andere zentrale Motiv ist das Suchen nach Gerechtigkeit. Massen von Menschen in Armut und Elend gestoßen, Opfer eines Wirtschaftssystems, das auf Egoismus und Konkurrenz ausgerichtet ist, brauchen Anwälte. Die Wahrnehmung von Ursachen des Elends von Menschen und der Gründe für die Zerstörung ihrer Umwelt verbindet sich mit Einsichten, welche die christliche Botschaft vermittelt. Bei der Neubelebung des Religiösen Sozialismus 1976/1977 überzeugten uns besonders die Worte von Paul

Tillich und Carl Richard Wegener: „Die Ethik der christlichen Liebe erhebt Anklage gegen eine Gesellschaftsordnung, die bewusst und grundsätzlich auf dem wirtschaftlichen und politischen Egoismus aufgebaut ist, und fordert eine neue Ordnung, in welcher das Bewusstsein der Gemeinschaft das Fundament des gesellschaftlichen Aufbaues ist. (Idee des Sozialismus). Sie erhebt darum Anklage gegen den grundsätzlichen Egoismus der Privat- und Profitwirtschaft, die ihrem Wesen nach ein Kampf aller gegen alle ist, und fordert eine Wirtschaft der Solidarität aller und der Freude nicht am Gewinn, sondern am Werk selber.“ Unter der roten Fahne mit schwarzem Kreuz trafen sich vom 1. bis 5. August 1926 mehr als einhundert religiöse Sozialisten, meist aus Baden und Württemberg. Die Zeitschrift Neue Wege berichtete: „Über 100 Männer und Frauen waren außer den Ortseinwohnern zusammen. Drei Viertel davon waren Süddeutsche, vorwiegend Badener, dann Württemberger, Pfälzer, Bayern und Hessen. Durch die übrigen Teilnehmer waren vertreten Berlin, Thüringen, Rheinland, Westfalen, Sachsen, Anhalt.

Einige Schweizer Freunde und eine Dänin waren die Vertreter des Auslandes. Leider hatten Ragaz und die Holländer absagen müssen. Es waren nur vierzehn Pfarrer. Unter den übrigen: acht Akademiker, elf aus dem Lehrerberuf, einige Sozial-, Gemeinde- und Staatsbeamte. Die gesamte übrige Zahl, also die Mehrheit, waren Arbeiter. Zum Sozialismus bekannten sich alle; fast alle waren Mitglieder der Sozialistischen (sic!) Partei Deutschlands. ... Ein arbeitsloser Arbeiter war zu Fuß von Berlin nach Meersburg gekommen. ... Der Auseinandersetzung mit dem Protestantismus, Katholizismus und Freidenkertum sollte die Tagung dienen. Diese Auseinandersetzung müsste immer wieder durchkreuzt werden durch die Pro-

blematik der eigenen Bewegung. Die religiös-sozialistische Bewegung ist ja nicht eindeutig in Deutschland. Es besteht ein Unterschied zwischen dem Kreis um Mennicke, Tillich und Heimann (Blätter für religiösen Sozialismus) und der Arbeitsgemeinschaft der Religiösen Sozialisten (Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes). Wenn auch kein Vertreter jenes Kreises da sein konnte, so wirkte sich die Spannung durch Menschen, die ihnen nahestehen und durch die mit der Neuwerkbewegung befreundeten religiösen Sozialisten doch fruchtbar aus. Das Ergebnis dieser Kämpfe, die zuerst bis zu einem dramatischen Höhepunkt vor der gesamten Teilnehmerschaft, und dann in persönlichen Gesprächen der Führer ausgetragen wurden, ist folgendes: Problematik und Propaganda, Warten und Eilen, kirchenpolitische oder andere auf Massenagitation beruhende Arbeit und reine theoretische Führerarbeit können und dürfen nicht auseinanderfallen.“ So der Bericht der Neuen Wege (Lukas Stückelberger/Heinz Kappes, Neue Wege 1926, 20, S. 421-425).

Damit war aus der seit 1924 bestehenden Arbeitsgemeinschaft süddeutscher und norddeutscher Gruppen der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands geworden.

Erwin Eckert, seit 1922 Pfarrer in Meersburg, hatte eingeladen. Im Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes (Nr. 33, S. 175f.) erzählt er, wie die Tagung verlief. Die ersten Gruppen aus Württemberg kamen am Samstag, 31. Juli. Abends waren dann „aus allen Teilen des Reiches die Freunde beisammen in der Taubstummenanstalt, dem früheren fürstbischöflichen Schloß, auf der steilen Höhe der Meersburger Felsen. Im Festsaal der Bischöfe kamen wir zur Begrüßung zusammen.“ Grüße kamen von den Freunden aus Holland, von Leonhard Ragaz aus Zürich. Auch von Emil Fuchs, Pfarrer in Eisenach, und Reinhard Strecker, Professor in Ber-

lin, die, selbst verhindert, Leitsätze geschickt hatten. Hinter dem Rednerpult an der Wand hing das „Symbol, die rote Fahne mit dem schwarzen Kreuz“.

Zur Atmosphäre. Die Stadt Meersburg feierte am Sonntagabend, 1. August, ein Sommerfest mit vielen bunten Lampions rings um die Linde am Denkmal der Dichterin Annette von Droste-Hülshoff, die in Meersburg lebte. Vom Balkon des Schlosses hörten die Delegierten die Musik. Die Andachten, vorgetragen von Sprechern der norddeutschen, mitteldeutschen und süd-



Schlosskapelle Meersburg

deutschen Gruppe fanden in der Barockkirche des Schlosses statt.

Heinz Kappes und Lukas Stückelberger schrieben (Neue Wege, 1926, 20, S. 421–425, 421/22):

„Der Tagungsort ist einzigartig, weil sei-

ne Geschichte und seine Natur in einer erregenden Spannung stehen zur Geschichte und Natur der Menschen, deren geistige Kämpfe sich da abspielen. Die Zwingtürme und Rokokoschlösser der ehemaligen Fürstbischöfe reden von Macht und Verfall der Kirche zu einer proletarischen Bewegung, die sich anschickt, die Kirche zu erobern: im Prunksaal mit seinen profanen Jagdgemälden hängt über dem Rednerpult eine riesige blutrote Fahne mit dem schwarzen Kreuz, als Zeichen für eine *ecclesia militans*, die sich von Gott in der kapitalistischen Not unserer Zeit ihre Aufgaben diktieren lassen will. Vor den trunkenen Blicken der Grosstädter, die noch die Unruhe ihres gehetzten Daseins in sich tragen, den Rhythmus des Kampfs und der Maschine, liegen die traumhaft schönen Gestade des Sees: so harmonisch ist Gottes Schöpfung, das Urbild der Menschenordnung, zu deren Verwirklichung wir als Gottes Mitarbeiter aufgerufen sind. In dem Schloss (jetzt eine Taubstummenanstalt), dessen Prunk aus den Blutgeldern ausgesogenen Bauerntums stammt, wohnen fast alle Teilnehmer gemeinsam und haben die Tischgemeinschaft; die Unmittelbarkeit einer geistbeherrschten Solidarität wird den meisten Sozialisten zum erstenmal zum Erlebnis. Pfarrer Eckert, als der Pfarrer in Meersburg, hatte die Tagung so organisiert, dass das Gemeinschaftsleben durch keine Hemmungen beeinträchtigt werden konnte. In seiner Hand lag auch die Leitung der Debatten.“

Die Predigt zum Eröffnungsgottesdienst hielt Pfarrer Erwin Eckert, die zum Schlussgottesdienst (für die süddeutsche Gruppe) Pfarrer Heinz Kappes. Ein Ausflugsprogramm gehörte auch zur Tagung: Wanderung über die Hügel am See nach Hagnau, Schwimmen im Strandbad und eine Bootsfahrt nach der Insel Mainau.

In seinen Leitsätzen „Der religiöse Sozia-

lismus und der Protestantismus“ hatte Emil Fuchs, Leiter der Thüringer, die „Verantwortung“ des Menschen „für sein Leben, für das der andere für die gesamte Lebensgestaltung aus dem Ewigen und für das Ewige“ hervorgehoben, zugleich als „die Kraft, die den Kapitalismus unbedingt negiert“.

Und Georg Fritze, Leiter der Rheinländer, hatte die Leitsätze „Religiöser Sozialismus und Katholizismus eingeschickt. These 2 sagte: „Religiöser Sozialismus drängt hinaus über alle Partei- und Kirchengelassenheit.“ Weswegen „katholische Kirchengelassenheit und (religiöser) Sozialismus „einander ausschließen“. Nur im „Jungkatholizismus“ sei „Verbundenheit mit dem Proletariat“ feststellbar“. Erst 1929 – 1930, dann in Fusion mit der Zeitschrift für Religion und Sozialismus, erschien das „Rote Blatt der Katholischen Sozialisten“. Heinrich Mertens, Ernst Michel und Walter Dirks waren führende Vertreter, der Priester Wilhelm Hohoff war Wegbereiter. (SaV 1926, 30, S. 163)

Die Leitsätze von Paul Piechowski „Der religiöse Sozialismus und die Freidenker“ sahen ihre Ablehnung in „Religionsfeindlichkeit“ und „Unkenntnis über Sinn und Ziel“ der religiös-sozialistischen Bewegung begründet. Er gab die Schuld aber auch der „politischen Orthodoxie“ und der „kirchlich-religiösen Verlogenheit“ der Kultur. ((SaV 1926, 31, S. 167)

Erwin Eckerts Predigt bei der Eröffnung des Kongresses betonte: „Wir wollen dem Willen Gottes gehorsam sein und ihm dienen.“ Unruhe und Empörung musste sehen: Überall der „Geist Kains, der durch Profit und Konkurrenz den Bruder erschlägt“ und der „Geist der Machtucht im politischen Leben“, „Lüge und Verdrehung im gesellschaftlichen Leben, Heuchelei und Niedrigkeit“. Freilich ist in der Stille selbst Demut und Buße nötig. (SaV 1926, 33, S. 174)

Aber Christi Auge selbst verzehrt „in uns das Niedrige und Gemeine im Flammenfeuer“. Gott zündet durch Christus ein Feuer an. Es „komme und brenne in den Herzen der Unterdrückten“. Die religiösen Sozialisten werden von ihm getrieben: „Wir wollen in die dumpfen Säle gehen, in die stickige Luft der Wirtshausstuben und dort im Kampfe stehen, in den Hallen und Kontoren, auf die Straße wollen wir gehen und zu den Ausgestoßenen.“ (S.175)

Lic. Matthias Simon aus Arzberg / Oberfranken hielt eine Andacht über 2.Petr.3,3 „Vom tätigen Warten“. Er verglich Anfang und Ende der Bibel. „Es war sehr gut“, sagt Gott zu seiner Schöpfung. Neuen Himmel und neue Erde sieht der Prophet, weil in der Welt von heute nicht mehr „Gerechtigkeit wohnt“ ... Christliche Frömmigkeit kann „niemals das Seiende bejahen, solange nicht der neue Himmel und die neue Erde geworden sind.“ Deshalb sind Christen Sozialisten, weil sie „warten“. Und „das ist die tiefe christliche Bedeutung des Sozialismus, dass er in einer satten, selbstzufriedenen ‚christlichen‘ Welt die Unruhe lebendig werden ließ, die Sehnsucht nach der Gerechtigkeit, die Gott verheißen hat.“ M. Simon schließt sich dann dem Wort Gustav Landauers an „Wir müssen die Revolution in Permanenz erklären.“, das heißt sie zu einer dauernden Einrichtung machen, so dass wir uns niemals mit einem Erreichten zufrieden geben, sondern stets uns wieder nach Besserem ausstrecken.“ „Gleichnisse“, „ein Sinnbild dessen, was wir erwarten“, können so entstehen. (SaV1926, 34, S. 177).

Emil Blum vom Neuwerk hielt einen Vortrag „Evangelium und Sozialismus“. In 6 Thesen sah er die Einigkeit von Sozialismus und Christentum in der „Verneinung der heute herrschenden politischen und wirtschaftlichen Ordnung, die um ihrer Ungerechtigkeit und Lieblosigkeit willen über-

wunden werden muß.“ Dabei leitet sich Sozialismus aus politischer Erkenntnis ab. Aber auch einmal erkämpft, ist er angewiesen auf „Kräfte der Kameradschaft, der Treue, der Dienstwilligkeit, die alle ihre Quelle in selbstloser Liebe haben.“ (SaV 1926, 34, S. 178) Die „Spannung“ zwischen Sozialismus und Evangelium besteht darin: „Bestenfalls bedeutet der Sozialismus eine gerechtere Wirtschaftsform und wirkliche Rechtspolitik im Inneren wie nach Außen. Im Evangelium aber ist der Rechtsgedanke erhöht durch den absoluten Liebesgedanken. Der Geist der Bergpredigt ist ein anderer als der Geist des Sozialismus, selbst wo dieser am reinsten auftritt.“ Emil Blum sieht eine Schuld der Kirche gegenüber dem Proletariat. Sie hätte mindestens gegen die kapitalistische Entwicklung protestieren müssen. Aber sie hatte die christliche Wahrheit „in den Dienst der bürgerlichen Ordnung gestellt“. Während sie gegenüber dem Klassenkampf „den Geist der Bergpredigt entdeckt, hat sie ihn beim nationalen Krieg nicht gekannt. (SaV 1926, 35, S. 181.)

„Die organisatorischen Ergebnisse: „1. Das Symbol der religiösen Sozialisten Deutschlands ist die rote Fahne mit schwarzem Kreuz. 2. Aus der ‚Arbeitsgemeinschaft der religiösen Sozialisten‘ ist der ‚Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands‘ geworden.“ Der Bund sollte sich in Landesverbände gliedern, deren Führer ein „Netz von Vertrauensleuten und Mitarbeitern“ über ihren „Bezirk“ legen sollten. Zur Bundesleitung gehörten die Pfarrer Erwin Eckert (geschäftsführend), Emil Fuchs und der Gewerkschaftssekretär Bernhard Göring. Ihre Aufgaben: „1. Vertretung des Bundes nach außen. 2. Wahrung der Einheit des Bundes bei aller Selbständigkeit der Landesverbände. 3. Vorbereitung von Kundgebungen, Aufrufen usw. 4. Gründung neuer Landesverbände. 5. Vorbereitung des

Bundeskongresses.“ Es wurden auch ihre nächsten Aufgaben skizziert: Das Sonntagsblatt sollte „regelmäßig 8seitig“ erscheinen, „mindestens einmal im Monat“. „Hauptaufgabe aller Leser des Sonntagsblattes ist es, für dessen Verbreitung zu sorgen.“ Zwei „aufklärende Broschüren“ sollten den Titel tragen: „Die religiösen Sozialisten Deutschlands“ und „Was wollen die religiösen Sozialisten Deutschlands“. Für den „inneren Aufbau“ sollte ein „Andachtsbuch“ sorgen, das „Predigten und Anweisungen enthält zur Ausgestaltung gemeinsamer Stunden der Innerlichkeit. Die Lieder, die uns wichtig sind, werden in einer religiös sozialistischen Liedersammlung zusammengefasst.“ Die Federführung sollten die Pfarrer Paul Piechowski und Heinz Kappes übernehmen. Die Landesverbände sollten „Richtlinien für die Organisationsarbeit“ bekommen. „Es sollten Mitglie­derbücher und Marken für freiwillige Beiträge“ ausgeben werden.

Die Höhe des Beitrags war: „1 Prozent des reinen Einkommens eines Mitglieds gedacht im Monat“. Ein „Pressedienst“ sollte „die gesamte Presse überwachen“ und durch eigene Artikel „beeinflussen“. Er sollte auch Originalberichte des „religiösen Lebens“ und „sozialistischen Kampfes“ sammeln, auch alle Artikel über Religion und Sozialismus in der Presse sowie aller Publikationen von Bundesmitgliedern. Ein Arbeitsbericht über die Bewegung sollte der sozialistischen Presse übergeben werden. Eine „religiös sozialistische Genossenschaft“ sollte dem Sonntagsblatt und der Propaganda den „finanziellen Untergrund“ geben. Zum Ende der „organisatorischen Ergebnisse des III. Kongresses“ werden Wünsche geäußert, Verbindung zu den verwandten Gruppen zu verstärken: Zu den Gruppen „Freunde für Religion und Völkerfriede“ um den Genossen und zu dem Kreis um Pfarrer August Bleier,

zu dem Kreis um Carl Mennicke (Blätter für den Sozialismus) und zum Neuwerk-Kreis und dem Habertshof, der eine religiös sozialistische Volkshochschule werden könnte. „Über die „Bruderschaft der sozialistischen Geistlichen“ solle später berichtet werden. Erwin Eckert schloss seinen Bericht mit dem Aufruf zu verstärkter Mitarbeit für das Ziel „der Reinigung des Christentums von Schlacken und Verdrehungen und der Befreiung der Arbeiterklasse, die unter den Zuständen der Gegenwart am meisten leidet.“ (SaV 1926, 35, S. 181–182)

Die Meersburger Kundgebung stellte in mittleren Formulierungen, akzeptabel auch für die kleine katholische, freireligiöse und jüdische Minderheit, den Auftrag des Bundes in Gesellschaft und Kirche vor. Die Erklärung beginnt mit einem Bekenntnis, das die Affinität der geistigen Mächte Christentum und Sozialismus voraussetzt: „Wir religiösen Sozialisten Deutschlands bekennen uns zur Bewegung des internationalen Sozialismus und kämpfen für seine Verwirklichung in der Welt. Wir führen diesen Kampf in lebendiger Fühlungnahme mit dem arbeitenden Volk, seinen Parteien und seinen freien Gewerkschaften. Diese unsere Einstellung ist für uns eine zwingende Notwendigkeit, umso zwingender, je lebendiger der einzelne religiöse Sozialist von den Kräften des Christentums ergriffen wird.“ Die Parteinahme für eine Klasse, die Arbeiterschaft, wird jedoch vermittelt mit der Sorge für das Wohl aller Menschen: „Wir können nicht anders, wir müssen als religiöse Menschen bei denen stehen, die in der Tiefe ringen, und wir glauben zu wissen, daß der Kampf für die Rechte des arbeitenden Volkes ein Schicksalskampf ist um eine neue Gemeinschaft der Menschen unter einander.“

Nach Darlegung der Konvergenz von Christentum und Sozialismus in der Erwartung einer neuen „Gemeinschaft“ folg-

te der Protest gegen die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsordnung, Ihre Übel werden zuerst summarisch genannt: „Aus diesem Bewußtsein heraus erheben wir lauten Einspruch gegen die ungeheuerlichen Verhältnisse des gegenwärtigen Lebens, in denen das Geld alles und der Mensch nichts bedeutet. Sie sind die Quelle für die großen Übel, an denen unsere Zeit krank: Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot und damit verbunden in ungeheurem Ausmaß seelische und geistige Verwüstung, körperliches und wirtschaftliches Elend.“ Die Analyse der Übel geht dann in eine spontane Solidaritätserklärung für die Leidenden über: „Allen schwergeprüften Brüdern und Schwestern des Proletariats rufen wir zu: Wir fühlen uns verantwortlich und mit euch verbunden in der Tiefe unseres Gewissens, weil euer Leid unser Leid, eure Sehnsucht unsere Sehnsucht ist.“ Die Bereicherung auf Kosten der Elenen wird mit dem biblischen Begriff „Ver-sündigung“ verurteilt. „Angesichts der Kriegsbeschädigten und Kriegswaisen, angesichts der durch die Inflation Enterbten und Beraubten unseres Volkes, angesichts der Arbeitsinvaliden und der vom Lebenskampf Zerbrochenen protestieren wir gegen die Verschleuderung von Volksgut an die Fürsten, bedauern nach wie vor auf das tiefste die verfehlte Stellungnahme großer kirchlicher Verbände und stehen als religiöse Sozialisten auf

dem Standpunkt, daß es eine Versündigung im Geist des Evangeliums ist (sc. im Geist des Evangeliums geurteilt), Millionäre zu schaffen, solange das Geld den höchsten Wert darstellt, und Menschen aus Hunger heraus sich selbst das Leben nehmen müssen.“ Der Kampf der religiösen Sozialisten in der Kirche ist gleichzeitig der Kampf für Geltung zentraler christlicher Werte in der Gesellschaft. „Innerhalb der Kirche kämpfen wir für die Rechte des arbeitenden Volkes und dafür, daß die Grundsätze des Christentums durchgeführt werden auch in den öffentlichen Ordnungen des Daseins: Gerechtigkeit unter den Menschen, Friede auf Erden und allen Volksgenossen Freude und volles Genüge.“ „Eine dialektische Verhältnisbestimmung von Christentum und Sozialismus bietet die Losung am Schluss des Aufrufs. „In diesem Geiste rufen wir alle Menschen auf, die guten Willens sind, sich mit uns zusammenzuschließen unter der Losung: Durch das Evangelium zum Sozialismus! Durch den Sozialismus zum Evangelium!“ (SaV 1926,33, S. 173)

**Vortrag am 10. Sept. 2016 auf der Meersburg beim Festakt 90 Jahre BRSD*

Themen und Aktionsfelder der Religiösen Sozialist(inn)en in der Vergangenheit

Von Reinhard Gaede

I Die Anfänge

1. Die Begegnung mit den Religiösen Sozialist(inn)en

Auf dem „Theo-Ball“ im Januar 1975 in Bethel trafen meine Frau Ingelore und ich Walter und Joan Grudzus. Walter war Sportstudent und Anglist, Joan kam aus Schottland und studierte Theologie. Beide erzählten mir, sie gehörten zur Gruppe Bo-

chum der Religiösen Sozialist(inn)en. „Gibt’s denn die noch?“ fragte ich höchst erstaunt. Der Religiöse Sozialismus war für mich bisher eine literarische Größe gewesen.

Gerade in diesem Jahr sollte bei dem Verleger Herbert Reich, einem Freund der verstorbenen religiösen Sozialisten Eberhard Lempp und Georg Wunsch, meine Dissertation als Buch erscheinen. Sie hatte den Titel „Kirche-Christen- Krieg und Frieden. Die Diskussion im deutschen Protestantismus während der Weimarer Zeit.“ In diesem Buch ebenso wie in einigen Aufsätzen hatte ich die religiösen Sozialisten als Säule der Friedensbewegung, als Verteidiger der Demokratie, als Kämpfer gegen Nationalismus und Faschismus, als Anwälte der Armen, als Theologen des Gottesreiches und ökumenisch gesinnte Christen gewürdigt. Auch hatte ich Gelegenheit, die Theologie der religiösen Sozialisten an der Kirchlichen Hochschule vorzustellen. Während ich das Studentenpfarramt „verwaltete“ und die ESG Bethel gründete, gab es bei uns die „Gastgruppe 1“, später den „Initiativkreis Christentum und Sozialismus“ In der Systematischen Theologie hatte ich unter anderem auch solche Proseminare und Übungen angeboten: Ethik und Eschatologie bei Leonhard Ragaz, Ausgewählte Texte zum Dialog Marxismus-Christentum, Atheismus als Anfrage an die Theologie, Liebe, Macht, Gerechtigkeit nach Paul Tillich u.a., Die Frage war, wie lange würden solche Impulse wirken? Dissertationen können in Magazinen verstauben. Die Kämpfer(innen) für Frieden und Gerechtigkeit, für kurze Zeit wiederentdeckt, könnten bald wieder vergessen sein. Oder im Zitaten-Schatz der Breviere als harmlose Fromme eingeordnet werden. Wie kann ihr Vermächtnis bewahrt werden und für die Gegenwart fruchtbar bleiben?

Dass eine kleine Schar älterer Menschen

im Bund der Religiösen Sozialisten noch übrig sei, hatte mir früher mein Mentor und Freund Günter Brakelmann, Prof. für Sozialethik erzählt Also gab es doch ganz in der Nähe eine Schar junger Leute, die das Erbe des Religiösen Sozialismus weiter tragen wollten. Ich entschloss mich, sie kennen zu lernen. Am 28. Juni 1975 fuhr ich nach Bochum. Ich wohnte bei Georg Humbert, einem Freund von Walter Grudszus. Georg hütete einen Schatz: Das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten (Hg. Otto Bauer, Heinrich Mertens) 1929-1931. Es war 1972 im Verlag Detlev Auvermann, Glashütten im Raubdruck erschienen. Georg war Theologe und Psychologe. Seine Forschungsergebnisse wurden später im Katholizismus-Heft (CuS 2/84) in verkürzter Form gedruckt. Was ich in Bochum sah, ist auch in einer kleinen Schrift von Günter Ewald beschrieben (Achtung Pietkong. Im Dickicht einer Hochschule – Gemeinde im Kohlenkeller, Bochum 1972). Ein Keller, eine Bar aus Kisten und Brettern gezimmert, ein Tisch, bestehend aus dem Unterbau eines rechten „Grubenhundes“, einer Kippe mit frisch geförderter Kohle und einer Glasplatte oben drauf, Schienen und Schwellen, ein Abbau-Hammer. Günter Ewald, Prof. für Mathematik, engagierter Christ, hatte ein Kontakt-Zentrum für Student(inn)en eingerichtet, die sich in der Anonymität des Massenbetriebs der Universität und in den mächtigen Betonbauten einsam fühlten. Ein ökumenischer Kreis von aktiven Mitarbeiter(inne)n widmete sich ihnen. Wissenschaftliche Vorträge, Freizeiten, Gespräche über theologische und politische Fragen wechselten sich ab.

Bei meinen Besuchen im Bochum lernte ich einen kleinen Kreis von besonders Aktiven kennen. Ihre christliche Orientierung, verbunden mit politischem Engagement, beeindruckte mich. Rasch erfuhr ich die Ge-

schichte dieses Kreises, die ebenfalls Günter Ewald beschrieben hat (Religiöser Sozialismus, Kohlhammer-Urban Tb 632, 1977). Im Sommer 1972 fiel ihnen ein Buch von Leonhard Ragaz in die Hände „Von Christus zu Marx – von Marx zu Christus“, zuerst aufgelegt von Johannes Harder 1929. Über weitere religiös-sozialistische Literatur fanden sie den Einstieg in die Hochschulpolitik. Günter Ewald selbst wirkte als Rektor von 1973 bis 1975.

2. Der Bund

Am 26.8.1975 trat ich der „Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus. Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands, E.V.“ bei. Ich erhielt eine grüne Bundessatzung, Unterschriften: Schleich, geschäftsführender Präsident, Else Martin, Bundessekretär (sic!). Der Mitgliederbeitrag betrug 6-DM. Die Mitgliederzeitschrift der Gemeinschaft hatte eine hell-, bisweilen dunkelgelbe Farbe. Von Heinz Röhr, Prof. in Frankfurt, Präsidiumsmitglied und Else Martin, Bundessekretärin, erhielt ich die meisten noch lieferbaren Hefte. Sie begannen 1948 als Sonntagsblatt für Religiöse und Gesellschaftliche Erneuerung des arbeitenden Volkes (so der alte Titel, in Kreuzform ergänzt). Die Bewegung nannte sich zuerst „Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus“. Der Name des Bundes war in Klammern gesetzt. Den Leitartikel hatte Eberhard Lempp geschrieben. Er zeichnete auch als verantwortlicher Redakteur.

Die Organisation hatte sich während einer Zusammenkunft der Arbeitsgemeinschaften vom 1.- 3. Juni 1948 in Kassel gebildet. Im Jahr 1949 erhielt sie den Titel „Christ und Sozialist“. Seit dem Heft 9/10 1950 fungierte als Schriftleiter und Herausgeber Heinrich Schleich, ein Jurist und Regierungsdirektor. Die Zeitschrift enthielt viele Andachten,

historische und theologische Vorträge. Aktuelle politische Beiträge waren selten. Höchstens gaben die Bundesnachrichten Hinweise auf die Öffentlichkeitsarbeit in den Regionen.

Seit 1951 gab es eine Debatte um Emil Fuchs, der nach Leipzig übergesiedelt war und von H. Schleich kritisiert wurde, was zu Streitgesprächen mit E. Lempp führte. Im Übrigen wurde der West-Integration Deutschlands das Wort geredet, Jusos und andere Linke in der SPD kritisiert, natürlich auch Willy Brandt.

Im April 1976 erhielt ich eine Einladung der Männerarbeit der Ev. Kirche von Westfalen, Bez. Minden-Ravensberg, in die Bildungsstätte Haus Reineberg, Thema „Kann ein Christ Kommunist sein?“ Aurel von Jüchen, einer der ältesten noch aktiven religiösen Sozialisten, hatte abgesagt und mich empfohlen. Neben einem Vortrag über das Menschenbild bei Marx und Lenin und einer Predigt über Offb. 5 hielt ich einen Vortrag „Religiöser Sozialismus. Christliche Theorie und Praxis im Zeitalter des Massenelends und zweier Weltkriege“. Ich habe ihn im Bochumer Kohlenkeller im November 1976 wiederholt (gedruckt CuS 2/1977). Meine Begleiterin in Reineberg Antje Vollmer war der Meinung, dass man die gelben Hefte trotz ihres schönen Titels nicht verteilen könnte. Ich tat es mit schlechtem Gewissen unter Hinweis auf die Tradition.

3. Zu Besuch bei den Schwedischen Religiösen Sozialisten

Vom 4.-8. August 1976 besuchten Ingelore und ich den Kongress der „Sveriges Kristna Socialdemokraters Förbund – Broderskapsrörelsen“ in Skövde. Filip Wärnsberg, der Generalsekretär des schwedischen Bundes, hatte die Einladung an Heinz Röhr geschickt, und Else Martin hatte Hein-

rich Schleich zugeredet, meine Entsendung zu tolerieren. Die Reise war ein beeindruckendes Erlebnis. Wir lernten ein Land kennen, dem anders als Deutschland die Zerstörungsperiode von Faschismus und Krieg erspart geblieben war; Traditionen hatten sich ohne Bruch weiterentwickelt. Das sah man schon beim Anblick der Stadt und Dörfer. Religiöser Sozialismus war hier nicht eine Angelegenheit eines Häufleins der 60 Aufrechten oder einer wagemutigen Student(inn)engruppe. Die Gruppe Uppsala allein war größer als der ganze deutsche Bund. Der Kongress arbeitete wie ein großes Parlament. Jede Region hatte Delegierte entsandt. Jede Region hatte Kontakt zu Gewerkschaft und Sozialdemokraten. Die Beschlüsse waren durch Studien zu den wichtigsten politischen Fragen vorbereitet, genauer dann durch Anträge, und wurden nach der Abstimmung mit Hammerschlag des Vorsitzenden bekräftigt. Alte Fahnen der Ortsgruppen waren zu sehen. Der Bund war 1929 gegründet worden und inzwischen auf 10.000 Mitglieder angewachsen. Evert Svensson war Präsident. Er engagierte sich sehr für den Frieden in Nahost. Viele Gäste kamen aus Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Olof Palme, Ministerpräsident, war auch da. Für kühne Vorstöße in der Außenpolitik, z.B. gegen das Apartheidsregime in Südafrika, nutzte er das Forum des Bundes, der auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie agierte. Auch eine Demonstration gehörte zum Kongress. Mit dem klingenden Spiel einer Kapelle zogen die Mitglieder durch die Straßen des Städtchens, Olof Palme an der Spitze. Wir hatten die Ehre, ihn einmal beim Frühstück kennen zu lernen. Die Delegierten sangen die Internationale. Aber auch zu Gottesdiensten luden sie ein. Pfarrer und Politiker waren unter ihren Mitgliedern, eine beachtliche Minderheit gehörte zu protestantischen Freikirchen. Wir

wurden herzlich empfangen und freundlich begleitet. In dieser Zeit entwickelte sich eine Freundschaft zu Filip Wårnsberg und Asja Granath. Beide sind leider nicht alt geworden. Ministerpräsident Palme wurde Märtyrer für seine christliche und sozialistische Überzeugung. Die Spuren für den bis heute nicht aufgeklärten Mordauftrag scheinen nach Südafrika zu weisen. Die Organisation des schwedischen Bundes schien mir vorbildlich.

4. Kurswende

Das Programm der ESG Bethel, das mit dem der ESG Bielefeld zusammen herausgegeben wurde, berichtete im SS 1976 über den deutschen und den internationalen Bund. Es zitierte auch den „Vorläufigen Programmentwurf“ (später „Vorläufige Leitsätze“) der Bochumer, die bei uns diskutiert wurden. In den Artikeln I.4 über Hoffnung und Handeln mit Zitaten von Ragaz und Tillich und in 11.1 über die Dialektik Christentum und Sozialismus wurden unsere Intentionen aufgehoben. In dieser Zeit lernte ich auch Jürgen und Ursel Finnen ebenso Siegfried und Irene Katterle kennen. Als Studentenfarrer hatte Jürgen immer der christlich-sozialistischen Tradition Raum gegeben, und Siegfried hatte als Prof. für Volkswirtschaft viel zur Aufklärung über Wirtschaftsethik beigetragen einschließlich der Werke von Eduard Heimann.“

„Politische Dimensionen des Glaubens. Auf den Spuren von Blumhardt und Ragaz – Vergangenheit und Zukunft des Religiösen Sozialismus“ – so hieß die Tagung, die die Bochumer Gruppe vom 10.- 12.9. 1976 in der Europäischen Akademie Haus Lerbach veranstaltete. Johannes Harder referierte über Christoph Blumhardt. Hans-Ulrich Jäger über Leonhard Ragaz und die religiös-soziale Bewegung, Heinz Röhr über Ge-

schichte und Utopie im Religiösen Sozialismus, Klaus Koppel über Wilhelm Hohoff und die katholischen Sozialisten, Günter Ewald über die pädagogische Revolution, die Relevanz des Ragazschen Denkens für die heutige Bildungspolitik. Ein abschließendes Gespräch bezog sich auf zukünftige Möglichkeiten des Religiösen Sozialismus. Günter Ewald berichtete (Religiöser Sozialismus, S. 16) Etwa 80 Teilnehmer aus verschiedenen Gegenden der Bundesrepublik kamen, mehr als erwartet; ein größerer Teil Studenten (teilweise aus ESG und SMD), aber auch Berufstätige verschiedener Altersstufen, insbesondere ältere Freunde aus dem Frankfurter Raum. Auch Johannes Rau traf seinen Freund Johannes Harder dort. Die Tagung und das die Vorträge veröffentlichende Buch machten die Quellen und die aktuelle Diskussion bekannt. Ich selbst habe an dieser Tagung nicht teilgenommen. Vor der Ev. Schülerarbeit auf dem Koppelsberg/Plön hatte ich ein Referat übernommen. Wolfgang Deresch hatte mich eingeladen. Er war durch den Quellenband „Der Glaube der religiösen Sozialisten“ 1972 und Schriften zum Religiösen Sozialismus bekannt geworden.

Mit dem Erfolg der jungen Generation wuchsen die Spannungen mit Heinrich Schleich. Am 5.1.1977 schrieb die Gruppe Bielefeld des Bundes einen Brief an das Präsidium. Darin wird die Verabschiedung des hochbetagten Präsidenten, Neuwahl und Bestellung eines Redaktionskreises für Christ und Sozialist verlangt. Als Differenzpunkte wurden genannt:

„Wir vermissen Kritik an repressiven Strukturen und die Solidarität mit den Unterdrückten im Kampf für soziale Gerechtigkeit und eine internationale Wirtschaftsordnung. Wir kritisieren die Unterstützung der Gegner von Bischof Frenz in Chile und die Entschuldigung für die Ein-

stellung NPD-naher Pastoren. Wir kritisieren die bedingungslose Bejahung des Exports von Kernkraftanlagen. Wir vermissen Analysen über die Möglichkeit einer Entspannungspolitik und der Durchsetzung der Menschenrechte“. Wir kritisieren die ständige Polemik gegen die Jusos ... Wir kritisieren die Werbung für das ‚Rotbuch Kirche‘“ ... Wir vermissen hier die Solidarität mit Sozialisten und die Erinnerung an unsere eigene Tradition.“

Unterschrieben hatten außer mir Jürgen und Ursel Finnern, Siegfried und Irene Katterle. Dazu ein Kreis von Freunden, u.a. Fritz Hufendiek und Antje Vollmer.

Zu den inhaltlichen Differenzen kamen persönliche Spannungen. H. Schleich hatte es abgelehnt, vier Studentinnen aus Bethel aufzunehmen und hatte sich Günter Ewald gegenüber feindselig verhalten. Heinz Röhr und Else Martin waren auf unserer Seite.

Am 18. Juni fuhren wir dann zur Mitgliederversammlung nach Frankfurt-Fechenheim. Mittags trafen sich Bochumer und Bielefelder mit Achim Schütz. Er berichtete uns zur Vorwarnung, dass H. Schleich Angestellte seines Hauses mit Mitgliederausweisen versehen hätte, auch eingeschriebene Mitglieder der CDU. Mit einer Sperrminorität von 10 Leuten hatten wir also zu rechnen. 41 Personen saßen dann im Saal des Heinrich-Schleich-Hauses zusammen. Heinrich Schleich selbst stand am Rednerpult, angestrahlt durch eine Leuchte, und sprach überlaut über Mikrofon. Gegen seine Liste von Ehrenmitgliedern des Bundes hatte niemand etwas einzuwenden. Aber dann ging alles ganz schnell. Ein Antrag auf Wahl des Versammlungsleiters wurde gestellt, und Siegfried Katterle wurde vorgeschlagen. Der Antrag wurde von der Mehrheit angenommen. Der nächste Antrag bezog sich auf die Änderung der Tagesordnung. Dazu gehörte: Wahl eines Protokoll-

führers, Neuwahl des Präsidiums, (Wieder-) Eintragung als E.V., Neuregelung der Redaktion von CuS. Punkt für Punkt wurde diese Tagesordnung angenommen. Unterbrochen wurde der Fortgang der Verhandlung nur durch den Widerstand H. Schleichs. Den Geschäftsbericht verweigerte er. Einmal drohte er gar, die Polizei zu holen, um uns hinauswerfen zu lassen.

Die Wahlen brachten das Ergebnis: Geschäftsführender Präsident Günter Ewald, Stellv. Präsident Heinrich Knetsch, Bundessekretär Jürgen Finnern, Stellv. Bundessekretärin Else Martin, Bundeskassenführer Siegfried Katterle, Stellv. Bundeskassenführer Georg Humbert, Beisitzerin Christel Beilmann, Beisitzer Joachim Schütz.

H. Schleich blieb unversöhnlich, auch noch als man ihm dankte und sogar noch die Ehrenpräsidentschaft wegen früherer Verdienste um die Organisation anbot. Er war nur bereit, noch die Hefte des Jahrgangs zu verlegen und verlangte dafür die Aufnahme in die Redaktion, was ihm auch gewährt

wurde. Dann aber änderte er seine Meinung und gründete den Verein „Christ und Sozialist. Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.“ Bis Dezember 1979 hatten wir noch die Belastung eines Prozesses, mit dem der alte Jurist uns überzog. Als er in erster Instanz verlor, ging er in die Berufung. Um diesen Streit zu beenden und die alten Mitglieder nicht länger zu betrüben, schloss unser Vorstand dann einen Vergleich mit ihm. Bis zu seinem Tod und durch einen Nachfolger noch zwei weitere Jahre, durfte die gelbe Zeitschrift gedruckt werden.

Das wichtigste war: Die roten Blätter konnten weiter erscheinen. Der Bund hatte seinen Kurs gefunden. Der Weg war frei.

Fortsetzung folgt

Grüßwort SPD

Sehr geehrter Dr. Reinhard Gaede, liebe Genossinnen und Genossen, im Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gratuliere ich Ihnen zum 90-jährigen Bestehen des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands!

Seit seiner Gründung im Jahr 1926 hat sich der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands für Gerechtigkeit, Frieden und den verantwortlichen Umgang mit Natur und Schöpfung eingesetzt. Der jüdische Religionsphilosoph Martin Buber bringt auf den Punkt, was Ihrem politischen Engagement zugrunde liegt: „Verbundenheit mit Gott und Gemeinschaft zu den Kreatu-

ren gehören zusammen.“ Der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands bringt sich ein im tiefen Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen.

Dieses Bewusstsein wurde sichtbar in der dunklen Zeit des Dritten Reichs. Dort protestierte der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands von Anfang an gegen Nationalsozialismus und Antisemitismus. Die Ablehnung des Nationalsozialismus führte zum Verbot des Bundes 1933, der Widerstand gegen das Regime zu Inhaftierung und Verfolgung der Genossinnen und Genossen bis hin zur Ermordung in Konzentrationslagern. Sozialdemokraten

und Mitglieder des Bundes standen gemeinsam gegen das Unrecht auf. Ihr Widerstand erfüllt uns alle mit Stolz. Er ist uns Mahnung für die Zukunft.

Auch in Auseinandersetzung mit sozialistischen und christlichen sowie später andersreligiösen Gruppen betonten religiöse Sozialistinnen und Sozialisten die doppelte Verantwortung vor den Menschen und vor Gott.

Der große evangelische Theologe Karl Barth sagte 1931, in dem Jahr, in dem er der SPD beigetreten ist: „Ein wirklicher Christ muss Sozialist werden.“ Auf diese Stimmen konnte sich später die Sozialdemokratie stützen, als sie mit dem Godesberger Programm ihr Verhältnis zu den Religionen positiv neu bestimmte.

Auch heute macht der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands Ernst mit beidem: der Forderung nach einer gerechten Gesellschaft und dem Glauben an Gottes Frieden. Darin zeigt sich erneut die Nähe zur Sozialdemokratie. Der Ar-

beitskreis Christinnen und Christen in der SPD hat in diesem Jahr eine Tagung zu den friedensethischen Herausforderungen unserer Zeit gehalten und dabei die Bedeutung des Einsatzes für den Frieden betont. Daher freut es mich besonders, dass sich mit dem Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands eine weitere politische Kraft fortwährend für unsere gemeinsamen Ziele von Frieden und Gerechtigkeit einsetzt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind und bleiben Ihnen verbunden.

Herzlichen Glückwunsch zu Ihrem 90. Jubiläum!

Mit solidarischen Grüßen

SPD-Parteivorstand

Fon 030 25991-500

Willy-Brandt-Haus

Fax 030 25991-410

Wilhelmstr. 141

partei.vorstand@spd.de

10963 Berlin

<http://www.spd.de>

Grußwort des Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD

Lieber Reinhard, liebe Genossinnen und Genossinnen, im Namen des Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD senden wir Euch herzliche Grüße zum 90-jährigen Bestehen des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten!

Der Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD fühlt sich dem Bund Religiöser Sozialistinnen und Sozialisten im Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit verbunden. „Das Reich Gottes ist nicht von dieser Welt, aber es ist für diese Welt“, hat Leonhard Ragaz gesagt. Wir setzen uns gemeinsam ein für eine Gesellschaft, die ge-

rechter ist, und für eine Welt, in der Frieden herrschen soll.

Schon seit seiner Gründung kämpft der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands an der Seite der Arbeiterbewegung. Im August 1926 gründet sich der Bund offiziell, um in der Weimarer Republik eine Stimme für soziale Gerechtigkeit und gegen Militarisierung und Krieg zu sein. Der Bund hat der erstarken Kriegsrhetorik stets Worte des Friedens entgegengesetzt. So hat sich der Bund große Verdienste erworben, nicht zuletzt durch die geschlossene und entschiedene Ablehnung des Nationalsozialismus von Beginn

an und den Widerstand vieler Genossinnen und Genossen gegen die Nazi-Herrschaft.

Darüber hinaus hat der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Brücken geschlagen zwischen zwei Welten, die sich nicht immer gewogen waren.

Paul Tillich hat es in seinen Ausführungen zu Klassenkampf und Sozialismus so gesagt: „Religiöser Sozialismus ist der Versuch, den Sozialismus religiös zu verstehen und aus diesem Verständnis heraus zu gestalten und zugleich das religiöse Prinzip auf die soziale Wirklichkeit zu beziehen und in ihr zur Gestalt zu bringen.“ Der religiöse Sozialismus vereint beides: Die glaubende Frage nach tiefer Wahrheit und die Bedeutung dieser Frage für die konkrete soziale Wirklichkeit. Für uns Christinnen und Christen in der SPD ist diese Verbindung

von großer Bedeutung. Auch uns bestärkt der Glaube zum Engagement in der Welt.

Durch die unermüdliche Verständigungsarbeit in beide Welten, die religiöse und die sozialistische, hat der religiöse Sozialismus auch zur Öffnung der SPD gegenüber den Religionen mit dem Godesberger Programm beigetragen. Dass Sozialismus und Glauben kein Widerspruch mehr sind, gehört zu den großen Verdiensten des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands!

Herzlichen Glückwunsch zu Eurem 90-jährigen Bestehen. Wir wünschen Euch eine gelungene Tagung und senden, auch im Namen des gesamten *Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD*, solidarische Grüße

Kerstin Griese MdB, Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident a.D., Angelica Dinger

Grüßwort jüdischer Sozialdemokraten

Der Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten freut sich, dass der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. in seinem 90. Jahr weiterhin politisch aktiv ist und sich für das Gute im Menschen einsetzt. Das Gute ist, aus unserer Sicht, der Glaube und der Wille zur Gestaltung der Lebensrealität, damit alle Menschen ihr persönliches Potential in Wohlstand und in einem demokratischen Rechtsstaat verwirklichen können. Es sind die Auseinandersetzung mit der sozialen Realität und der politische Wille zur gesellschaftlichen Umgestaltung für das Wohl aller Menschen, die den religiösen Sozialisten auszeichnen.

Als Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beschäftigen uns mit der jüdischen Geschichte der Sozialdemokratie. Im Jahre 1928 wurde die Zeit-



schrift „Neue Blätter für den Sozialismus“ in der Frankfurter Wohnung des jüdischen SPD-Politikers Hugo Sinzheimer gegründet. Ihr Herausgeber wurde Paul Tillich. In diesem Zusammenhang fand im selben Jahr in Heppenheim die Tagung „Sozialismus aus dem Glauben“ statt. Eingeladen hatten unter anderem Gustav Radbruch, Hugo Sinzheimer und Leonhard Ragaz. Unter den achtzig Teilnehmern waren neben vielen Gewerkschaftern aus dem Bergbau auch die Religionsphilosophen Paul Tillich und Martin Buber. Hugo Sinzheimer, der Vater des modernen deutschen Arbeitsrechts, hielt zur Er-

öffnung eine Rede, aus der wir für dieses Grußwort zitieren möchten:

„Der Gedanke ohne die Realität der Umgestaltung ist bedeutungslos. Die Realität ohne den in beständiger Bewegung sich fortsetzenden Gedanken führt zum Stillstande und zum Sumpf. Der Zweck unserer Tagung wäre erreicht, wenn die Notwendigkeit dieser Synthese von uns allen erkannt würde. In diesem Sinne eröffne ich die Tagung.“

Und in diesem Sinne wünschen wir Euch eine gute Tagung mit vielen interessanten Gesprächen und spannenden Diskussionen.

Mit solidarischen Grüßen,
Abraham de Wolf, Petra Somberg-Romanski, Vered Zur-Panzer
Bundesvorstand des AK jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

Grußwort der Ev. Landeskirche in Baden

Liebe Mitglieder des Bundes der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten, auf Ihrer diesjährigen Jahrestagung vom 9.-11. September feiern Sie das 90-jährige Jubiläum ihres Bundes der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten. Dazu gratuliere ich Ihnen ganz herzlich und wünsche Ihnen Gottes Segen und viel Kraft und Mut für Ihre weitere Arbeit.

Seit der Gründung 1926 haben die Mitglieder eine wechselvolle Geschichte durchlebt. Schon 1930 warnte Leonhard Ragaz vor dem heraufziehenden Nationalsozialismus und stellte seine Unvereinbarkeit mit dem christlichen Glauben heraus. Ungeachtet staatlicher Verfolgung setzten sich viele Mitglieder für eine gerechtere Gestaltung einer Gesellschaft nach sozialistischen Idealen ein, in denen Sie Jesu Anliegen wiedererkannten. Sie zeigen, dass gelebter Glaube und konkreter Einsatz für soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen können.

Dieses Anliegen, für eine gerechtere Gesellschaft einzutreten, verbindet Sie mit vielen Menschen innerhalb und außerhalb der evangelischen und katholischen Kirche. Wie können wir als Menschen mit ganz unterschiedlichen Glaubensweisen und Weltanschauungen gut in Frieden zusammenleben? Wie nehmen wir gemeinsam

die Verantwortung wahr, die globalisierte Wirtschaft gerechter zu gestalten? Wie stärken wir das Gottvertrauen und die Mitmenschlichkeit angesichts von Krieg, Terror und Hunger, aber auch gegen Bewegungen die diese Nöte und Ängste ausnutzen?

In der Bergpredigt spricht Jesus die Armen und Leidenden, die Sanften und Barmherzigen, die Aufrichtigen, Friedfertigen und Verfolgten selig. Er ermutigt die, die sich nach Gerechtigkeit sehnen, wie nach der täglichen Nahrung. Er sagt: „Selig sind, die da hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden.“ (Mt. 5,6) Wer Hunger und Durst nach Gerechtigkeit hat, bewegt sich auf einem segensreichen Weg. Und wer sich dafür einsetzt, dass Menschen durch Gerechtigkeit satt werden, wird selber Erfüllung finden.

Für die Feier des 90-jährigen Jubiläums, für den Austausch und die weitere Arbeit wünsche ich Ihnen viel Freude, Glück und Segen.

Ihr Jochen Cornelius-Bundschuh, Landesbischof

Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh, Pfarrerin Dr. Katrin König, Kirchenrätin Annegret Brauch, Evangelischer Oberkirchenrat, Blumenstr. 1-7, 76133 Karlsruhe, Tel.: 01 76/20 12 18 20, e-mail: Katrin.Koenig@ekiba.de

Evian 1938 – Vom Scheitern einer Flüchtlingskonferenz

Von Karlheinz Lipp

Kein Mensch ist illegal, kein Mensch flieht freiwillig, Asyl ist ein Menschenrecht, helfen statt abschotten, Menschenrechte sind grenzenlos, Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffenexporte.

So lauten Argumente für eine humane Flüchtlingspolitik. Argumente, die keinesfalls nur für die Gegenwart gelten. Beängstigend aktuell ist der historische Blick auf die Flüchtlingskonferenz von Evian, die im Juli 1938 stattfand.

Anstieg jüdischer Flüchtlinge im Jahre 1938

Der NS-Staat setzte seine antisemitische Grundhaltung sukzessive um. Nach dem Boykott jüdischer Geschäfte, Arztpraxen und Rechtsanwaltskanzleien am 1. April 1933 drangsalierten die Nürnberger Gesetze von 1935 das Judentum Deutschlands.

Der „Anschluss“ Österreichs im März 1938 bedeutete eine Verschärfung des Drucks auf die jüdische Bevölkerung und führte zu einem deutlichen Anstieg der Flüchtenden – bei gleichzeitigen Einschränkungen beim Grenzübertritt in andere Staaten etwa durch eine Visumpflicht.

Auch jenseits des Herrschaftsspektrums des NS-Staates kam es noch vor Entfesselung des Zweiten Weltkrieges zu einer dramatischen Entwicklung für die jüdische Bevölkerung, so im mittleren Osteuropa.

In Polen stieg nach dem Tod des Staatspräsidenten Pilsudski (Mai 1935) die Zahl der antijüdischen Aktionen an. In Rumänien brachte die Wahl vom Dezember 1937 einen

politischen Rechtsruck mit entsprechenden aggressiven Kampagnen gegen die jüdische Bevölkerung. Und in Ungarn bedeutete ein antijüdisches Gesetz vom Mai 1938 eine Verschärfung der Lage jüdischer Menschen, die sich schon ohnehin den Attacken der nationalistischen und antisemitischen Pfeilkreuzler-Bewegung ausgesetzt sahen. Insgesamt mussten in Ostmitteleuropa ca. 4,5 Millionen Juden und Jüdinnen akut um ihre Existenz bangen – und waren damit potentielle Flüchtlinge.

Erschwerend hinzu kam die Tatsache, dass die Bereitschaft zur Aufnahme der fluchtbereiten Menschen in demokratischen Ländern gering war. Eine Meinungsumfrage in den USA vom März 1938 offenbarte dies, wonach 75% der Befragten eine deutliche Aufnahme jüdischer Flüchtlinge ablehnten. Einen Hintergrund bildete der erneute Anstieg der Zahl der Arbeitslosen nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 und deren Folgen. Nach dem Einwanderungsgesetz der USA von 1921 konnten jährlich 25.957 Visa an Auswanderungswillige aus Deutschland und 1.413 aus Österreich vergeben werden. Diese Summe von insgesamt 27.270 entsprach ca. einem fünfzigstel der Bevölkerung der USA. Diese eher unspektakuläre Zahl wurde jedoch in der Öffentlichkeit von entsprechenden Kräften als angebliche Bedrohung hochgespielt.

Im Jahre 1930 führten die USA die „Likely to become a Public Charge“-Klausel ein. Danach mussten die Einwanderungswilligen entweder ein gewisses Vermögen in den USA nachweisen oder einen amerikanischen Bürgen benennen können.

Der US-amerikanische Präsident Franklin Delano Roosevelt vertrat einen humanitären Kurs – gegen die US-Öffentlichkeit und auch gegen das eigene Außenministerium, das sich sehr distanziert zur Flüchtlingsthematik stellte. Roosevelt wies den stellvertretenden Außenminister Welles am 21. März 1938 an, innerhalb eines Tages einen konstruktiven Vorschlag zur Flüchtlingsthematik zu entwerfen. Welles befürwortete die Gründung eines internationalen Komitees zur Erleichterung der Auswanderung aus Deutschland und Österreich. Der Präsident der USA verwendete ausdrücklich den Begriff „politische“ Flüchtlinge – und handelte schnell. So erfolgte bereits am 23. März seine Einladung zu einer Flüchtlingskonferenz an 31 Staaten (19 aus Lateinamerika, drei britische Domions und neun aus Europa).

Die Tagung fand in Evian-les-Bains in einem Luxushotel auf der französischen Seite des Genfer Sees vom 6. bis zum 15. Juli 1938 statt. Die Regierung der Schweiz lehnte eine Konferenz auf ihrem Territorium ab und bestätigte dadurch ihre rigorose Flüchtlingspolitik nach dem Motto: Das Boot ist voll. Zumindest auf eine Ausnahme in der Alpenrepublik soll jedoch hingewiesen werden.

Der St. Gallerer Polizeihauptmann Paul Grüninger (1891-1972), der an der deutschschweizerischen Grenze patrouillierte, vertrat einen menschlichen Umgang mit den Personen, die vor dem NS-Staat emigrierten. Mittels gefälschter Papiere konnte Grüninger 1938/39 mehreren hundert Flüchtlingen das Leben retten – prompt erfolgte die Suspendierung und die Aberkennung seiner Pension. Posthum wurde Grüninger dank des großen Engagements seiner Kinder 1993 politisch und zwei Jahre später juristisch rehabilitiert.

Verlauf und Ergebnis der Flüchtlingskonferenz von Evian

Bereits im Vorfeld der Flüchtlingskonferenz positionierte sich der NS-Staat deutlich. So schrieb der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst Freiherr von Weizsäcker, an einige deutsche Botschaften und Gesandtschaften am 8. Juni 1938.

„Der hiesige britische Botschafter hat anlässlich des Beginns der Konferenz von Evian den Herrn Reichsaußenminister darauf angesprochen, ob die Reichsregierung bereit sei, bei der Lösung der Emigrantenfrage, insbesondere bei der Förderung der Auswanderung von Juden deutscher Staatsangehörigkeit mit den übrigen interessierten Staaten zusammenzuarbeiten. Kein Land sei bereit, die auswandernden Juden aufzunehmen, zumal wenn sie mittellos seien. Es stelle sich daher die Frage, ob die Reichsregierung bereit sei, bei der Transferierung von Kapital in jüdischen Händen mitzuwirken.

Der Herr Reichsaußenminister hat dem britischen Botschafter erwidert, daß er eine Zusammenarbeit mit anderen interessierten Staaten in der deutschen Judenfrage grundsätzlich ablehnen müsse. Es handle sich um ein innerdeutsches Problem, das außer jeder Diskussion stehe. Die Frage, ob Deutschland die Transferierung von Kapital in jüdischen Händen erleichtern könne, müsse verneint werden, da ein Transfer des von Juden – vor allem nach dem Kriege – angesammelten Kapitals Deutschland nicht zugemutet werden könne. Eine Zusammenarbeit mit den zur Zeit in Evian tagenden Mächten käme daher für Deutschland nicht in Frage.“ (Zitiert nach Vogel, 180f. Die Rechtschreibung folgt dem Original.)

Bereits auf der Einladung zur Konferenz wurde vermerkt, dass es für die teilnehmenden Staaten keinen Zwang zur Auf-

nahme von Flüchtlingen geben werde. Ferner sollte es keine finanziellen Belastungen geben – die Kosten sollten von privaten Organisationen getragen werden. Die ursprüngliche positive Absicht des Präsidenten Roosevelt verpuffte am Genfer See sehr rasch. Der amerikanische Leiter der Tagung von Evian, Myron C. Taylor, und der britische Delegationsleiter, der Earl of Winterton, legten keine konkreten Pläne zur Bewältigung der Flüchtlingsthematik vor. Auch die anderen Delegationen glänzten eher durch blumige Reden und eine deutliche Zurückhaltung, Taten blieben aus. Der kanadische Minister für Einwanderung, Frederick Blair, vertrat den Standpunkt, dass der NS-Staat selbst und allein das „Judenproblem“ lösen solle. Der australische Vertreter verwies darauf, dass sein Land kein Rassenproblem habe und auch keines importieren möchte. Und die französische Delegation verwies darauf, dass Frankreich schon genug ausländische Personen aufgenommen habe. Die 39 Nichtregierungsorganisationen, darunter 20 zerstrittene jüdische, hatten in Evian lediglich einen Beobachterstatus – und konnten ihre Anliegen lediglich an einem einzigen Nachmittag vortragen.

Nur der Diktator Trujillo (Dominikanische Republik), der 1930 mit Hilfe der USA die Macht erlangte, wollte Flüchtlinge aufnehmen – sie sollten die ca. 20.000 Haitianer, die der Diktator ermorden ließ, ersetzen. Insgesamt nahm die Dominikanische Republik ca. 850 jüdische Flüchtlinge auf – gegen eine gute Bezahlung. Offene Kritik am Nationalsozialismus übte nur ein Staat, nämlich Kolumbien.

Das einzige sichtbare Ergebnis der Konferenz stellte die Gründung einer internationalen Organisation dar, das Intergovernmental Committee on Political Refugees. Dessen Leiter wurde der amerikani-

sche Rechtsanwalt George C. Rublee, ein Vertrauter Roosevelts. Das Intergovernmental Committee wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg aufgelöst – ohne jemals ein Menschenleben gerettet zu haben.

Das Scheitern der Flüchtlingskonferenz am Genfer See sendete ein völlig falsches Signal – zumal weit größere Herausforderungen noch kommen sollten: die Pogromnacht (nur wenige Monate nach Evian), der Zweite Weltkrieg und der Holocaust.

Drei Kommentare zu Evian

Der amerikanische Journalist William L. Shirer (1904-1993) erlebte die Konferenz im noblen Evian als Augenzeuge. In seinem Tagebuch notierte er am 7. Juli 1938:

„Auf Initiative Roosevelts sind Abordnungen aus zweiunddreißig Staaten hier auf der Konferenz, um Maßnahmen für die Flüchtlinge aus dem Dritten Reich zu beraten. Der amerikanische Delegationschef Myron C. Taylor wurde heute zum Präsidenten des Internationalen Flüchtlingskomitees gewählt. Ich bezweifle, daß viel erreicht wird. Briten, Franzosen und Amerikaner scheinen ängstlich bemüht, nichts zu tun, was Hitler verletzen könnte. Es ist eine absurde Situation. Sie wollen den Mann beschwichtigen, der für das Problem verantwortlich ist. Die Nazis werden es natürlich begrüßen, wenn die Demokratien ihnen auf eigene Kosten die Juden abnehmen.“ (Shirer, 117. Die Rechtschreibung folgt dem Original)

Golda Meir (1898-1978), die noch Ministerpräsidentin Israels werden sollte, war ebenfalls bei der Tagung am Genfer See anwesend. In ihren Lebenserinnerungen von 1975 kommentierte sie rückblickend:

„Im Frühjahr 1938 wurde ich zur Internationalen Konferenz für Flüchtlingsfragen entsandt, die von Franklin D. Roosevelt

nach Evian-les-Bains einberufen worden war. Ich nahm daran in der lachhaften Eigenschaft als ‚jüdische Beobachterin aus Palästina‘ teil und saß nicht einmal bei den Delegierten, sondern bei den Zuhörern, obwohl die Flüchtlinge, über die diskutiert wurde, meine eigenen Landsleute waren, Angehörige meiner jüdischen Familie, nicht unbequeme Zahlen, die man in amtlichen Statistiken verstecken konnte. Es war ein schreckliches Erlebnis, dort in dem prächtigen Saal zu sitzen und zuzusehen, wie die Delegierten von zweiunddreißig Ländern sich nacheinander erhoben und erklärten, sie hätten gern eine beträchtliche Zahl von Flüchtlingen aufgenommen, seien jedoch dazu bedauerlicherweise nicht imstande. Nur wer ähnliches durchgemacht hat, kann verstehen, welche Gefühle mich in Evian erfüllten – eine Mischung aus Kummer, Wut, Frustration und Grauen.

Am liebsten wäre ich aufgesprungen und hätte geschrien: ‚Wißt ihr nicht, daß diese »Nummern und Zahlen« menschliche Wesen sind, die vielleicht den Rest ihres Lebens in Konzentrationslagern verbringen oder in der Welt herumziehen müssen wie Leprakranke, wenn ihr sie nicht aufnehmt?‘
[...]

In Evian bekam ich nichts als Phrasen zu hören, doch bevor ich abreiste, gab ich eine Pressekonferenz. Wenigstens die Journalisten sollten hören, was ich zu sagen hatte. Mit ihrer Hilfe konnten wir die Weltöffentlichkeit erreichen und versuchen, ihre Aufmerksamkeit auf uns zu lenken. ‚Es gibt nur eins, was ich noch erleben möchte, bevor ich sterbe: daß mein Volk keine Mitleidsbekundungen mehr braucht‘, sagte ich den Leuten von der Presse.“ (Meir, 157-159. Die Rechtschreibung folgt dem Original.)

Der Theaterkritiker Alfred Polgar (1873-1955), selbst ein Flüchtling vor dem NS-

Staat, bemerkte Anfang 1939 im Pariser Exil süffisant:

„Flüchtlinge in Menge, besonders wenn sie kein Geld haben, stellen ohne Zweifel die Länder, in denen sie Zuflucht suchen, vor heikle materielle, soziale und moralische Probleme. Deshalb beschäftigen sich internationale Verhandlungen, einberufen, um die Frage zu erörtern: ‚Wie schützt man die Flüchtlinge?‘ vor allem mit der Frage: ‚Wie schützen wir uns vor ihnen?‘

Oder, durch ein Gleichnis ausgedrückt: Ein Mensch wird hinterrücks gepackt und in den Strom geschmissen. Er droht zu ertrinken. Die Leute zu beiden Seiten des Stroms sehen mit Teilnahme und wachsender Beunruhigung den verzweifelt Schwimmversuchen des ins Wasser Geworfenen zu, denkend: wenn er sich nur nicht an unser Ufer rettet!“ (Polgar, 171. Hervorhebung im Original.)

Das Emergency Rescue Committee

Polgar floh nach dem „Anschluss“ Österreichs von Wien nach Paris. Der Einmarsch der Wehrmacht in die französische Hauptstadt im Jahre 1940 bedingte Polgars weitere Flucht nach Marseille noch im gleichen Jahr. Die Emigrantin Anna Seghers beschrieb die bedrückende Situation der Flüchtlinge in dieser Stadt am Mittelmeer atmosphärisch großartig in ihrem Roman „Transit“. Von Marseille aus gelang Polgar im Oktober 1940 dank des Emergency Rescue Committee (ERC) die Emigration in die USA.

Diese Organisation wurde bereits kurz nach der Besetzung des größten Teils von Frankreich durch den NS-Staat gegründet, maßgeblich wegen des humanitären Einsatzes von Eleanor Roosevelt (1884-1962), der Ehefrau des US-Präsidenten. Dadurch sollten vor allem Intellektuelle, die sich als Flüchtlinge in Frankreich aufhielten,

gerettet werden. Bereits im Juni 1940 verfügte die Regierung der USA, besonders jüdischen Intellektuellen, die akut gefährdet waren, die freie Einreise zu erlauben. Dies war lebenswichtig, da das deutsch-französische Waffenstillstandsabkommen eine Liste mit Regimegegnern enthielt, die an den NS-Staat ausgeliefert werden sollten. Die USA handelten schnell und erteilten ca. 200 Visa – mehr wollte das restriktive Außenministerium nicht genehmigen. Neben Polgar konnten so u.a. folgende Menschen gerettet werden: Hannah Arendt, André und Jacqueline Breton, Marc Chagall, Lion Feuchtwanger, Leonhard Frank, Alma Mahler-Werfel, Heinrich und Golo Mann, Walter Mehring sowie Franz Werfel.

Als entscheidender Kopf des ERC fungierte der Altphilologe Varian Fry (1907-1967), der mit wenigen Freiwilligen ab August 1940 eine beeindruckende humanitäre Rettungsaktion aufbaute – stets unter Beobachtung des nazifreundlichen Vichy-Regimes. Nachdem die 200 Visa vergeben waren, arbeitete Frys Büro auf legale und illegale Weise weiter, denn die Warteschlange von Flüchtlingen nahm rapide zu. Zweimal wandte sich Fry hilfesuchend an den US-Außenminister Cordell Hull, beide Schreiben blieben jedoch unbeantwortet.

Frys Hilfsaktionen konnten nicht länger unentdeckt bleiben, und so nahm die Repression durch die französische Polizei zu. Die Botschaft der USA in Vichy sowie das Konsulat in Marseille unterstützten Fry nicht – dieser kümmerte sich weiterhin um Flüchtlinge, selbst nach Ablauf seines Passes. Ca. 4000 Menschen konnte so geholfen werden. Im August 1941 erfolgte Frys Verhaftung, auch durch einen Hinweis der Botschaft der USA, und seine anschließende Abschiebung nach New York. In den USA blieb Fry unter Beobachtung des FBI.

Eleanor Roosevelt blieb sich in ihrem po-

litischen Engagement hinsichtlich der Menschenrechte treu. Nach der Gründung der UNO ernannte Harry S. Truman, der Nachfolger ihres Mannes als US-Präsident, E. Roosevelt im Dezember 1945 zur US-Delegierten bei der UNO. Ab dem Jahre 1947 leitete sie die Menschenrechtskommission der UNO und konnte am 10. Dezember 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkünden. Dort heißt es im Artikel 14: „Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu genießen.“

Im Jahre 1954 erhielt E. Roosevelt die erstmals verliehene Nansen-Medaille der UNO-Flüchtlingsorganisation UNHCR. Und 1968 verlieh die UNO der amerikanischen Diplomatin posthum den Menschenrechtspreis.

Zum Weiterlesen

Benz, Wolfgang/Claudia Curo/Heiko Kauffmann (Hg.): Von Evian nach Brüssel. Menschenrechte und Flüchtlingsschutz 70 Jahre nach der Konferenz von Evian. Karlsruhe 2008
Glendon, Mary Ann: A World Made New: Eleanor Roosevelt and the Universal Declaration of Human Rights. New York 2002
Kieffer, Fritz: Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933-1939. Mainz 2000
Marrus, Michael R.: Die Unerwünschten. Europäische Flüchtlinge im 20. Jahrhundert. Berlin, Göttingen, Hamburg 1999
Meir, Golda: Mein Leben. Hamburg 1975
Meyer, Angelika/Marion Neumann (Red.): Ohne zu zögern. Varian Fry: Berlin-Marseille-New York. Berlin 2. Auflage 2008
Polgar, Alfred: Zu einem Gegenwarts-Thema. In: Ders.: Musterung. Kleine Schriften, Band 1. Hg. von Marcel Reich-Ranicki in Zusammenarbeit mit Ulrich Weinzierl. Reinbek 2004,

S.169-171 (Erstveröffentlichung: Pariser Tageszeitung vom 4. Januar 1939)
Shirer, William L.: Berliner Tagebuch. Aufzeichnungen 1934-1941. Berlin 1999 (Amerikanische Erstausgabe 1941)
Vogel, Rolf: Ein Stempel hat gefehlt. Dokumente zur Emigration deutscher Juden. München, Zürich 1977
Zeller, Stefan: Grüningers Fall. Geschichten von Flucht und Hilfe. Zürich 4. Auflage 1998

Dr. Karlheinz Lipp
Studium der Geschichte und Evang.
Theologie
Studienrat an einer Berliner Sekundarschule
Seit 1995 Mitglied im Arbeitskreis Historische Friedensforschung



Karlheinz Lipp

Lebenslauf Teil II

Nicht mit dem Strom schwimmen

Von Willy Spieler (6.8.1937–23.2.2016)

Am 27. Juni 1966, habe ich mit Annamarie Schibli den Bund fürs Leben geschlossen und mich in Küsnacht niedergelassen. Annamarie war für mich keine Unbekannte, als sie mir am Cortège des Zentralfestes 1965 des Studentenvereins einen Blumenstrauss überreichte. Ihr Vater Paul war Alt-Turicer mit viel Verständnis für meinen eigenen Weg aus dem Muff jener Zeit. Eine glückliche Ehe aber blieb mir versagt. Annamarie sah das anders, was die Schwierigkeiten eher noch vertiefte.

Ich leistete mir noch einige Zeit die Sisyphusarbeit an meiner Dissertation. Im eigenen Haus und von einer kleinen Hinterlassenschaft meines 1967 verstorbenen Vaters lebend, konnte ich auf einen Brotberuf verzichten. Frei nach Camus hätte man sich diesen Sisyphus als glücklichen Menschen vorstellen können, wenn er nicht gezwungen gewesen wäre, Resultate zu liefern, die für ihn keine sein konnten. Ich muss mir nicht vorwerfen, zu wenig gearbeitet, wohl

aber, zu viel gewollt, die Prioritäten falsch gesetzt und den Mut zur Lücke nicht aufgebracht zu haben. In meinen Kurzbiographien steht, ich hätte meine Dissertation „wegen ideologischer Weiterentwicklung schubladisiert“. Dabei ist es geblieben, entgegen meiner Absicht, die Arbeit aus zeitlicher und persönlicher Distanz später wieder aufzunehmen. Aber ich musste einsehen, dass ich den lange verzweifelt durchgehaltenen thomistischen Faden ohne ‚sacrificium intellectus‘ nicht mehr weiterspinnen konnte. Ich führte auch keinerlei akademischen Titel, weder einen legalen noch einen illegalen. Ich bin noch unter einem Regime angetreten, das den direkten Weg zum Doktorat, ohne vorgängiges Lizentiat vorsah. Nun, das war weiter nicht schlimm. Ich musste mich nun halt mit ‚Sach‘- statt ‚Titelkompetenz‘ behaupten.

Allerdings gelang es mir, meine rechtsphilosophischen Erkenntnisse immer mal wieder politisch und publizistisch umzusetzen. 1971 schuf ich für den StV ein Gesellschaftspolitisches Leitbild, das die revolutionären Spuren der 68er Bewegung

trug. In die Synode 1972 der Schweizer Katholiken durfte ich mich als Mitglied zweier Kommissionen einbringen und dabei dem politischen Katholizismus weitere Lockerungsübungen verpassen. Ich habe damals auch mit einer illustren Runde von Bethlehemiten Missionaren bis zum Marxisten Konrad Farner einen Band „Dritte Welt im Jahr 2000“ herausgegeben und dabei das Völkerrecht als neues Weltrecht entwickelt. Daneben engagierte mich der ‚Tages-Anzeiger‘ und das ‚Volksrecht‘ als ‚freien Mitarbeiter‘ für einige der Reizthemen, die den politischen Katholizismus immer mehr in Frage stellten.

Trotz der Ablehnung, auf die ich im katholischen Milieu stiess, haben mich die Bischöfe für die Jahre 1973–1977 in ihre gesellschaftspolitische Kommission ‚Justitia et Pax‘ gewählt. Mitbestimmung in der Wirtschaft war angesagt, sowohl von der Soziallehre der katholischen Kirche als auch von den Gewerkschaften, die eine Volksinitiative lancierten. „Kirche und Mitbestimmung“ hiess die Studie, die ich im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 21. März 1976 verfasste. Die Bischöfe hielten das Thema für so wichtig, dass sie mich beauftragten, einen Hirtenbrief zu verfassen, der sich weitgehend für die Initiative einsetzte. Das war der ‚kirchlichen‘ Karriere. Die ‚Verdächtigungsindustrie‘ interessierte sich mehr für meine Person als für den Inhalt meiner Studie. „Ubi Lenin, ibi Jerusalem“, sei meine Devise, meinte ein späterer Chefredaktor der NZZ. Katholische Zeitungen und Pfarrblätter doppelten nach mit den Titeln wie „Mitbestimmung im Schlepptau des Marxismus“ oder gar „Falsche Freunde der Kirche“. Es kam, wie es kommen musste. Das Milieu intrigierte gegen mich erfolgreich und verhinderte meine Wiederwahl in die Kommission ‚Justitia et Pax‘. Diese letzte

meiner unfreiwilligen „Ablösung“ nach der Verbindung, dem StV, dem katholischen Milieu überhaupt, aber auch von der weiteren Familie, hat mir erlaubt, eine neue Identität zu finden, meine eigentliche Identität, wie ich glaube, im Rückblick auf mein Leben sagen zu dürfen. Allerdings hätte ich mich für diese Identität noch weit mehr verausgaben müssen, um der „Res sacra miser“ gerecht zu werden.

Schon zur Zeit meines Kampfes um die Mitbestimmung gründete ich zusammen mit Freunden aus der Turicia wie Rechtsanwalt Niklaus Heer eine Gruppe von ‚Christen für den Sozialismus‘, die sich auf die marxistische Analyse der Gesellschaft beriefen und damit natürlich meinen Gegnern den willkommenen Vorwurf der ‚Subversion‘ lieferten. Aber nie verliess ich je das demokratische und rechtsstaatliche Denken, der Marxismus vermittelte mir auch den Schlüssel, um zu erklären, was mir im angestammten Milieu widerfahren war, warum dessen Akteure so und kaum anders sich verhalten konnten, vor allem auch, warum ich ihnen nicht mit Schuldvorwürfen und Ressentiments begegnen durfte. Marxismus erlaubte mir so etwas wie konkrete Nächstenliebe in klassengeteilter Gesellschaft. Es galt, die Ursachen der Entfremdung zu bekämpfen, nicht die Entfremdeten, zu denen auch jene zählten, die mir ihre Freundschaft aufkündigten.

In illo tempore hatte ich das grosse Glück, religiösen Sozialistinnen und Sozialisten mit ihrem Erbe der von Leonhard Ragaz prophetisch verkündeten Reichgottesbotschaft für diese Erde zu begegnen. Als die Religiös-soziale Vereinigung sich und ihre Zeitschrift ‚Neue Wege‘ wegen Mangels an Mitgliedern und Abonnements aufgeben wollte, hatte ich den Eindruck von einem unwiederbringlichen Schaden für die gemeinsame Sache. Zusammen mit Albert

Böhler von der religiös-sozialen Seite stellte ich mich ab Herbst 1977 für die Redaktion der ‚Neuen Wege‘ zur Verfügung. Eine linke Zeitschrift zu redigieren, war noch stets eines meiner Berufsziele gewesen. Mit den ‚Neuen Wegen‘ ist dieses Berufsziel in Erfüllung gegangen, auch wenn ich gern mehr Leserinnen und Leser gewonnen hätte. Dennoch bin ich mit der Zeitschrift über die publizistische Nischenexistenz hinausgewachsen, die wir – die Zeitschrift und ich – anfänglich waren. Mit der Zeit nannte ich mich gern ‚Redaktor‘, während ich diese Berufsbezeichnung in den ersten Jahren mied, weil sie mir geradezu hochstaplerisch vorgekommen wäre. Es heisst, ich hätte die ‚Neuen Wege‘ gerettet, aber genauso richtig ist, dass die ‚Neuen Wege‘ mich gerettet haben. Dialektischer gesagt: Indem es mir gelungen ist, die ‚Neuen Wege‘ zu retten, haben sie auch mich gerettet. Und das nicht nur einmal, sondern während ganzen dreißig Jahren.

2006 durften wir das 100-Jahre-Jubiläum der ‚Neuen Wege‘ feiern. Das Zürcher Stadthaus stand uns zur Verfügung, vielleicht auch als Anerkennung, dass wir stets „der Stadt Bestes“ (Jeremia 29,7) suchten. Die ‚Kirchenfürsten‘ der beiden grossen Konfessionen feierten mit uns, obschon die Zeitschrift nie aufgehört hat, kirchenkritisch zu sein. Selbst der Regierungsrat liess sich durch den Direktor der Justiz und des Innern vertreten, auch wenn die ‚Neuen Wege‘ meist auf der andern Seite staatlicher Politik standen. Dankbar gab ich den Dank der Anwesenden an meine Freunde aus der Redaktionskommission weiter, vor allem an jene, die wie Hans-Adam Ritter, Al Imfeld, Paul Gmünder und Manfred Züfle fast von Anfang an mit mir dabei waren. „Glück ist Akkumulation / von Erinnerung / die trägt“, hat mein Freund Manfred Züfle einmal geschrieben (Lyrikband, S. 6). Der Satz

gibt eine glückliche Zeit mit den ‚Neuen Wegen‘ wieder. Manfred hat mich mit viel Ermutigung begleitet, auch stets meine Texte vor ihrer Veröffentlichung gelesen und mich zur Aufzeichnung meiner Lebenserinnerungen motiviert, die im Schweizerischen Sozialarchiv öffentlich zugänglich sein werden. Er ist ein halbes Jahr nach unserem Jubiläum gestorben. Sein letztes, leider unveröffentlichtes Manuskript ging mir bei der nochmaligen Lektüre Anfang 2016 besonders nahe. Sein Titel heisst „Krebse“.

Neben den ‚Neuen Wegen‘ hatte ich aber auch je ein publizistisches und ein politisches Standbein, die mich trugen und mit Synergien versorgten. Nicht nur schrieb ich Kolumnen und weitere Artikel für andere Zeitschriften und auch für Tageszeitungen, hielt Vorträge in der Schweiz und im ganzen deutschen Sprachraum, besonders bereichernd war meine Tätigkeit als ‚Informationschef des Aktionskomitees für das Jahr der Behinderten 1981‘, viel Zustimmung fand ich auch als ‚Lehrbeauftragter Aussen-dozent‘ für Ethik an der Schule für Soziale Arbeit Zürich in den Jahren 1987 bis 2000. 1995 hatte ich als Präsident des linken Abstimmungskomitees ‚Gegen die Privatisierung der Kirchen‘ die Genugtuung, dass sowohl das linke als auch das grüne Elektorat die Trennung von Kirche und Staat deutlicher ablehnten als die Parteien des Rechtsbürgertums.

Als immer grösser und bedeutender erwies sich mein politisches Standbein. 1975 bis 1980 war ich Präsident der SP Bezirk Meilen; hinzukam in der SP Kanton Zürich die Gründung einer Kommission ‚Kirche und Staat‘, die viel Pionierarbeit für die Demokratisierung der Kirchen und die Gleichberechtigung der Religionsgemeinschaften leistete. Die von mir ebenfalls ins Leben gerufene ‚Staatspolitische Kommission‘ der Kantonalpartei befasste sich vor allem mit

den 80er Unruhen und fragte kritisch, wer denn nun eigentlich den Rechtsstaat gefährde. Vom Juni 1980 bis April 1985 übernahm ich das Präsidium der SP Küsnacht, zu dessen Höhepunkt für mich das ‚75-jährige Parteijubiläum‘ gehörte, das sich auch 1988 in meiner Geschichte ‚100 Jahre Arbeiterbewegung in Küsnacht‘ niederschlug. Von 1982 bis 1990 oblagen mir als Gemeinderat in meiner Wohngemeinde das Fürsorge-, Vormundschafts- und Sozialversicherungswesen, ab Oktober 1988, als die ersten Kurden kamen, auch das Asylwesen. Es war eine zeitintensive Arbeit, die weniger durch Entlöhnung als vielmehr durch menschlich geglückte Erfahrungen und soziale Erfolge entschädigt wurde. Ein aufgeklärtes Bürgertum hatte Verständnis für soziale Fragen, die man sich auch etwas kosten liess, denn zu meiner Zeit hätte es als unfein gegolten sich als steuergünstigste Gemeinde des Kantons aufzuspielen.

Ich baute aus, was ich an fortschrittlicher Sozialpolitik in der Gemeinde vorfand: von den Kinderkrippen bis zu den Altersheimen, von der Existenzsicherung durch Fürsorgeleistungen, Prämienverbilligungen noch vor dem KVG und Gemeindegzuschüssen. Unter den Altersdiensten modernisierte und erweiterte ich den Mahlzeitendienst für Betagte. Ein Sechstel der Bevölkerung lebte in einer subventionierten Wohnung. Als mir das immer noch nicht genügte, öffnete der Gemeinderat einen Wohnbauförderaufonds aus überschüssigen Steuereinnahmen. Der freisinnige Finanzvorstand Peter Buser nannte die Aktion ‚Weihnachten für Willy‘. Ich dankte ihm mit Worten, die ich der damaligen Basisbewegung in Lateinamerika entlehnt hatte: ‚Pedro, amigo, el pueblo está con tigo.‘ So lieb würde nicht einmal seine FDP mit ihm umgehen, meinte er, ich solle das an der Gemeindeversammlung wiederholen. Ob die FDP mit ihm lieber um-

gegangen wäre, wenn ich das getan hätte, liess ich dahingestellt.

Die zweite Amtsperiode verlief nicht ganz so harmonisch, der Finanzausgleich, der für Küsnacht bereits mit 80 Mio. zu Buche schlug, hatte zermürbende Verteilungskämpfe zur Folge. Via SP-Sektion verfasste ich eine Abstimmungsbeschwerde, als sechs meiner acht Gemeinderatskollegen beschlossen, das Alterswohnheim ‚Wangensbach‘ aus dem Finanzplan zu kippen und gegenüber einem von der Gemeindeversammlung bereits gesprochenen Projektierungskredit ihren ‚Notstand‘ geltend zu machen. Das Wort erging über den Gemeinderatstisch: ‚Du machst es uns wie Ursula Koch.‘ Was ich nicht als Vorwurf, sondern als Lob verstanden wissen wollte. Der Gemeinderat musste auf Druck des Bezirksrates und der Gemeindeversammlung nachgeben.

Mehr noch haben mich die vielen menschlichen Probleme belastet, die mir im Fürsorge- und Vormundschaftswesen begegnet sind. Eine besondere Herausforderung wurden auch die Asylsuchenden, die ich zunächst in einer Zivilschutzanlage auf der Forch unterbringen musste. Ich tat alles mir Mögliche, um sie mit der Gemeinde vertraut zu machen und in der Gemeinde das Verständnis für diese ersten Boten einer Welt in Unordnung zu wecken. Ja, der Gemeinderat füllte mich aus wie ein Halbamt, sodass ich nebst ‚Neuen Wegen‘ und weiterer publizistischer Arbeit über keinerlei Freizeit mehr verfügte. Auch hielt ich mit meinen politischen Positionen nicht zurück, kritisierte als Kolumnist in der ‚Zürichsee-Zeitung‘ die damalige Südafrika-Politik der offiziellen Schweiz und vertrat mit immer mehr Überzeugung die GSoA-Initiative, was weitere Anfechtungen zur Folge hatte.

Ich kandidierte nicht mehr für eine dritte Amtsperiode, sondern nahm mir ein po-

litisches ‚Sabbatjahr‘, um dann 1991 für die Wahl in den Kantonsrat anzutreten. Hier war ich nicht mehr an die Schweigepflicht meines vorgängigen Amtes gebunden, was nur schon meiner Psychohygiene zustattenkam. Zehn Jahre gönnte ich mir in diesem Parlament. Die zweite Hälfte zählte wieder doppelt und dreifach, wählte mich doch die Fraktion zu ihrem Präsidenten. Die Wahl freute mich umso mehr, als die Fraktion zu zwei Dritteln aus Genossinnen bestand. Die neue Aufgabe konnte ich auf mich zuschneiden, zumal die Fraktion mit mir wieder grundsätzlichere Politik betreiben wollte. Das war auch bitter nötig am Beginn der Zeiten des Neoliberalismus und der Wende zu vermeintlichen Sicherheiten nationalkonservativer bis präfaschistischer Strömungen, die sich bereits in einer aggressiven Asyl- und Drogenpolitik niederschlugen. Daneben verstand ich mich nie als Chef, sondern versuchte Überzeugungsarbeit zu leisten und für alle Mitglieder der Fraktion dazusein. Ein besonderes Vertrauensverhältnis zu unserem SP-Regierungsrat Markus Notter erleichterte mir die Arbeit. Die Ausbeute meiner Vorstösse verblieb allerdings im bescheidenen Rahmen der Minderheit, der ich mich verpflichtet fühlte. Martin Bornhauser, der Ratspräsident und Fraktionskollege, wusste bei meiner Verabschiedung von meiner Arbeit in gegen 30 Kommissionen zu berichten. Stellvertretend nannte er mein Präsidium der Kommission zur Neuregelung des Verhältnisses zwischen Kirchen und Staat. Ich durfte vom Ratspräsidenten auch die Würdigung hören: „Im Zentrum seines inhaltlichen Wirkens stand der Einsatz für Gerechtigkeit, sozialen Zusammenhalt, politische Integration und die Verhinderung des weiteren Auseinanderklaffens von Arm und Reich.“ Und: „Willy Spieler war ein harter Debatteur. Seine Voten waren von unmissver-

ständlicher Deutlichkeit und bewegten. Seine Worte trafen, aber sie verletzten nie. Dies verschaffte ihm hohe Achtung über alle Parteigrenzen hinweg.“

Nach meinem Rücktritt aus dem Kantonsrat blieb ich politisch aktiv, zumal mich der damalige Präsident der SP Schweiz, Hans-Jürg Fehr, beauftragte, zusammen mit einer Arbeitsgruppe den visionären Teil des neuen Parteiprogramms zu verfassen. Was am Ende vorlag, hätte ich gern in der Partei noch gründlicher diskutiert. Eine vom Parteitag 2012 in Lugano angenommene Kurzfassung trägt meine Handschrift und verdeutlicht das grosse Anliegen der Wirtschaftsdemokratie, das ich seit meiner Mitbestimmungsstudie 1976 vertreten habe.

Lasst mich noch ein paar persönliche Worte hinzufügen. Am 5. August 2002 ist meine Mutter nach langer Leidenszeit in einer Seniorenresidenz in Witikon gestorben. Meine fast täglichen Besuche ermöglichten uns einen versöhnlichen Ausklang unserer oft nicht ganz ungetrübten Beziehung. Sie wünschte sich von mir ein Wort zu ihrer Abdankung. Und: „Säg de Lüüt, dass ich sehr a Dir ghanget bin.“ Ich musste ihr auch alle Würdigungen vorlesen, die ich in den Medien nach meinem Rücktritt aus dem Kantonsrat erhielt. Die Öffentlichkeit verhalf Mama dazu, mich auch politisch besser zu verstehen.

Noch im selben Monat, am 28. August 2002 verstarb auch meine Frau Annamarie an einer Embolie. Ich hatte mich im Sommer 1999 von ihr nach 33 Jahren einer schwierigen Ehe getrennt, in der ich mich oft unverstanden und in meiner Entwicklung behindert fühlte. Aber damit spreche ich nur von mir, weil diese gemeinsame Lebensgeschichte für Annamarie eine andere war, so anders von ihr wahrgenommen wurde, dass ich ihr Unrecht täte, wenn ich

so täte, als gebe es nur die eine, meine Geschichte dieser Ehe.

Es gab gewiss auch berührende, ja glückliche Augenblicke inmitten aller ehelichen Schwierigkeiten. Ich denke an die Geburt unserer beiden Söhne, an die Begleitung ihrer Kindheit, ihres Erwachsenwerdens. Heimarbeiter, der ich zeitlebens war, bin ich ihnen zumindest räumlich nahe gewesen. Die Liebe, die ich von ihnen bis zuletzt erfahren durfte, zeigt mir, dass dabei nicht alles schief gelaufen ist.

Ich danke Edgar für gemeinsame Wanderungen, solche im übertragenen Sinne auf eher philosophischen Gefilden, dann aber auch für die Wanderungen hoch über dem Engelbergertal, an dessen Eingang wir eine Ferienwohnung besaßen, für Wanderungen auf steinigem und trotzdem sonnenbeschienenen Wegen, immer auch neuen Wegen, wo überraschende Entdeckungen hinter jeder nächsten Kante warteten. Mit Marizete, seiner Partnerin, hat er mich bis zuletzt verständnisvoll begleitet und auch als kantonaler Chefbeamter hat er mich immer mal wieder ideologisch aufdatiert.

Ich danke Ivo für seine stete Hilfsbereitschaft. Er hat seinen technisch unbedarften Vater milde lächelnd in die Geheimnisse der Computerwelt eingeführt. So hat sich der Ausstoß meiner geistigen Produktion beschleunigt, auch wenn sie der ‚Entschleunigung‘ das Wort redete. Ivos sonniges Gemüt hat mir viel Kraft gegeben, auch die Kraft, familiäre Krisen durchzuhalten, solange er bei uns lebte. Ja, lieber Ivo, ich freue mich auch, dass du mit Marianne das Leben an eure Kinder Fiona und Marc weitergereicht hast.

Ich danke Yvonne, die mir seit Neujahr 2001 eine liebe Lebensgefährtin war, mir einen Neuanfang ermöglichte, der mir körperlich, seelisch und geistig gut bekam. Neue Horizonte der Kultur öffneten sich,

nicht zuletzt ausgehend von Yvannes Malerei, in die ich mich hineinziehen liess, so dass ich am Ende glaubte, Yvannes Kunst und mit ihr die neuere Kunst besser verstanden zu haben. Hinzu kamen gemeinsame Reisen, die mich bereicherten – von Namibia bis Vietnam, Südindien, New York, Ägypten und Jordanien – zuletzt nach Sizilien, das antike vor allem, das mir erlaubte, das ‚Land der Griechen mit der Seele zu suchen‘. Yvonne hat mir gleich noch eine weitere Familie zugeführt mit Nanda und den Kindern Chioma, Vincent, Tyron und Travis.

Könnte ich heute unter Euch weilen, käme mir vielleicht das schöne Wort von Emil Brunner in den Sinn, mit dem er all die Glückwünsche zu seinem 50. Geburtstag beantwortete: „Wenn schon Menschen

einem trotz allem Fehlen so treu sind, wie viel mehr dürfen wir der vergehenden Güte Gottes zutrauen?“ Anders, lapidarer mit Heinrich Heine gesagt: „Dieu me pardonna, c'est son métier.“ Wie dem immer sei, nur mit einem gütigen Gott darf und möchte ich weiterhin meine Familie, die inzwischen grössere und die neue von Yvonne, aber auch alle meine vielen Freundinnen und Freunde aus der religiös-sozialistischen Bewegung und aus der politischen Linken auf ihren immer wieder neuen Wegen begleiten.

Zürich, 17.01./20.01.2016



Willy Spieler

Der Zeitpunkt bietet sich an!

Religiös-sozialistische Gruppen – lokale/regionale Foren bilden

Von Elmar Klink

Ein Vorschlag/Aufruf zur Güte an Bund-Mitglieder, CuS-Lese-rInnen, Interessierte und Freunde/Freundinnen inner- und außerhalb der Kirchen.

In diesem Jahr begeht der Bund religiöser Sozialist(inn)en (BRSD) bei einem Treffen an traditionellem Ort im Haus St. Josef, Schloss Hersberg am Bodensee im September sein 90-jähriges Bestehen. Grund genug, zurückzublicken auf eine wechselvolle Geschichte des organisierten religiösen Sozialismus in Deutschland mit seinen Höhen und Tiefen, Durststrecken, hochaktiven Phasen als Massen-Organisation und dunklen Zeiten von Verschwinden und Verfolgung während des Nationalsozialismus. In jeder Vergangenheit ist aber auch eine mögliche Zukunft angelegt. Immer wieder hat sich der Bund von Niedergängen erholt, neu und reorganisiert, zuletzt Mitte der 1970er Jahre durch die Neuanfänge von interessierten Menschen und Gruppen in Bochum und Bielefeld/Bethel gemeinsam mit noch wenigen bestehenden christlich-sozialistischen Kreisen und Einzelnen. Die, die damals das Zepter aktiv in die Hand genommen haben und beim Aufbruch dabei waren, sind heute selbst in einem fortgeschrittenen Alter, z. T. nach wie vor aktiv dabei oder dem Bund weiter als Mitglieder und/oder Lesende der Zeitschrift CuS – Christ(in) und Sozialist(in) eng verbunden.

Aus aktuellen Gründen beschäftigte sich das letzte BRSD-Jahrestreffen 2015 in Erfurt mit dem Thema „Die Christen und die

Rechten in der Nazizeit und heute“, als wäre schon zu ahnen gewesen, dass sich bald danach aufgrund des großen Andrangs von Flüchtlingen vor Kriegen und sozialer Not an Europas Grenzen eine engagierte, aber auch sehr kontroverse und sogar fragwürdige öffentliche Diskussion darüber in Parteien und Gesellschaft entwickeln würde. Die Gesellschaft hierzulande ist heftig in Bewegung geraten und polarisiert, es kommt in großen und kleineren Städten immer wieder zu Demonstrationen pro und contra Flüchtlinge und um Asyl Ersuchende. Jetzt gleichgültig zu bleiben oder Abstand zu wahren, wäre ein falsches Signal. Viele Menschen helfen bis an die Grenze des Belastbaren ehrenamtlich bei der Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen, stellen sich solidarisch an ihre Seite. Viele formieren sich aber auch auf der Straße und in sozialen Medien offen gegen sie, es kommt zu bösen verbalen Schimpfattacken, vermehrten gewalttätigen Übergriffen und gefährlichen Auswüchsen bis hin zu Brandanschlägen. Bei den drei anstehenden Landtagswahlen am 13. März quer durch die Republik wird es sehr wahrscheinlich aus Protest und Überzeugung zu einer in den Stimmsergebnissen dokumentierten deutlichen Sympathiebekundung für die populistische Rechtspartei AfD mit zweistelligen Prozentergebnissen kommen. Das kann uns nicht gleichgültig sein.

Was Einzelne tun könnten:

Es braucht in dieser Situation gezielt Plattformen und Foren, wo persönliche Meinungen ausgetauscht und politische Einstellungen geäußert, wo unterschiedli-

che politische Vorstellungen diskutiert und Initiativen für politisches Handeln geplant und ergriffen werden können. Nicht zuletzt, wo Gleichgesinnte gefunden werden und sich zusammen tun können. Der BRSD sah es in der Vergangenheit und sieht es auch gegenwärtig als wichtige Aufgabe an, sich zum Thema Rechtsextremismus und Rechtsentwicklung eindeutig dagegen zu positionieren und Stellung zu beziehen. Die Beiträge in der Zeitschrift CuS sind ein wichtiger Teil dieses Vorhabens.

Der BRSD versteht sich als eine Organisation mit dem Ziel, in einem gesamtgesellschaftlichen Sinn an einer politischen Alternative zum Bestehenden zu arbeiten. Es gibt auf Dauer kein richtiges Leben im Falschen. Dazu braucht es das Engagement und die Mitwirkung von Mitgliedern vor Ort, aber auch Interessierten und Freunden außerhalb und verstreut. Nicht an jedem Ort sind auf Anhieb ansprechbare Menschen zu finden und zu erreichen. Oft wohnen und leben Mitglieder, CuS-Lesende und Interessierte in einer Region weit verstreut auseinander. Auf Anfrage an die CuS-Redaktion können Namen und Kontaktdaten ansprechbarer Personen aus dem Aktivenumfeld des BRSD erfragt werden, an die man sich weiter wenden kann.

Alles könnte z. B. mit einem CuS-LeserInnen-Kreis beginnen, ähnlich wie es die Publik-Forum-LeserInnen-Initiative macht und versucht, in einer Stadt oder einem überschaubaren regionalen Umkreis Menschen anzusprechen und zu versammeln. Oder mit einem örtlichen oder regionalen offenen Forum, zu dem sich Einzelne bereit finden und von Zeit zu Zeit verabreden. Auch hierfür könnte zentral beim BRSD angefragt werden, wer aus dem Aktivenkreis ansprechbar wäre, um einmal ein thematisches Referat vorzutragen oder einfach über den Bund und dessen Arbeit näher zu berichten.

Möglichweise könnte sich daraus eine weitergehende Verbindlichkeit in Form des Interesses an der Bildung einer religiös-sozialistischen Gruppe oder Forums oder regionalen Konferenz ergeben und entwickeln. Auch hierbei wäre der Bund gemäß seiner Zielsetzung in den Leitlinien für die eigene Arbeit gerne behilflich und bietet sich als Partner an, bis eine solche Initiative steht und ihre Arbeit selbständig gestalten kann.

Was eine religiös-sozialistische Gruppe machen kann:

Da gibt es natürlich viele Möglichkeiten und Ansätze, anspruchsvollere und eher bescheidene. Niemand soll sich mit seinen/ihren Kräften überheben. Was an Vorhaben vielleicht realisiert werden kann, hängt von der Bereitschaft Einzelner zum Engagement, von verfügbarer Zeit und weiteren Faktoren ab. Hier sollen lediglich ein paar mögliche Arbeitsschwerpunkte aufgezählt werden:

- kirchenpolitisch: innerkirchliche Prozesse und Vorgänge verfolgen, Augenmerk auf Personen in bestimmten wichtigen Funktionen richten, ggfs. dazu Stellung nehmen, Kritik üben, eigene Vorschläge machen;
- allgemein politisch: in ähnlicher Weise, vorrangig im eigenen überschaubaren Bereich (gilt auch für ersten Punkt);
- Einbringen eigener gesamtgesellschaftlicher Perspektive;
- Erklärungen, Stellungnahmen für den eigenen überschaubaren Bereich erarbeiten und verbreiten (mit Bund ggfs. abstimmen);
- falls erforderlich, Offene Briefe (LeserInnenbriefe) zu bestimmten Themen schreiben, sich zu bestimmten Vorgängen äußern usw.;
- Bündnisarbeit, mit wem?;
- ist kapazitätsmäßig an eigene Veranstal-

tungen mit Bund-Referenten zu denken, soll vielleicht auch mal ein Seminar für Interessierte über Bund/religiösen Sozialismus stattfinden können?

– lokale/regionale BRSD-Kontakte (CuS-AbonentInnen, Mitglieder) ansprechen und möglichst mit einbeziehen, eigenen Aktionsradius erweitern;

Das wären so in etwa aus meiner Sicht einige wichtige Details und mögliche Perspektiven, sicher gibt es auch noch andere. Es käme einfach darauf an, mit einem realistischen Schritt zu beginnen, um dann zu sehen, was sich daraus entwickeln könnte. Ich wünsche uns allen viel Zuversicht und eine gute Hand dabei. Wer sich an mich wenden möchte, hier sind meine Telefonnummer und eMail-Adresse: Elmar Klink, 0421-35 81 87; Elmar.Klink@gmx.de.

Literatur (zur Einführung):

Günter Ewald (Hrsg.): Religiöser Sozialismus. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1977

Siegfried Katterle/Arthur Rich (Hrsg.): Religiöser Sozialismus und Wirtschaftsordnung. Gütersloh 1980

Renate Breipohl (Hrsg.): Dokumente zum religiösen Sozialismus. München 1972

Wolfgang Deresch: Predigt und Agitation der religiösen Sozialisten. Hamburg 1971

ders. (Hrsg.): Der Glaube der religiösen Sozialisten. Ausgewählte Texte. Hamburg 1972

Hans-Dieter Wolfinger: Der unvollendete Sozialismus. Ein vergessener Auftrag der Kirche. Hamburg 1970 (Zur Sozialismus-Vorstellung bei Paul Tillich)

Marie Veit: Theologie muss von unten kommen. Wuppertal 1991

Ein ausführlicherer Text „Mitarbeit im BRSD“ (2014) kann bei Interesse von mir bezogen werden.

Elmar Klink
Jg. 1953; Kriegsdienstverweigerung 1971; Zivildienst 1976/77 im Sozialen Friedensdienst (SFD); Studium der Sozialarbeit und Sozialwissenschaften; verschiedene Erwerbstätigkeiten als Drucker und Bildungsreferent; bis Ende 2008 Verwaltungs- und Beratungstätigkeit bei der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer (EAK); aktiv in gewaltfreien Aktionsgruppen und in der Friedensbewegung; Mitarbeit im Redaktionsbeirat von CuS.



Elmar Klink

BRSD für die Straße?

Bericht über einen Stand für den BRSD innerhalb des Kreises der Religionen am Corso Leopold, einem Straßenfest in München

Von Andreas Herr

Eine der meist bekanntesten Straßen in München ist die Leopoldstraße. Bekannt für Straßencafés und vieler,

meist größer motorisierter Autos, die, man mag es sich heute kaum noch vorstellen, die Leopoldstraße auf- und abfahren, um Blicke auf sich zu ziehen. Einige wenige Enthusiasten haben beschlossen, nicht nur für Fußballspiele die Leopoldstraße einmal im Jahr Autofrei zu gestalten, sondern auch der Kunst und den vielen Vereinen und Organisationen in München hier ein Forum zu bie-

ten. Zusammen mit dem „Streetlive-Festival“ findet nun zweimal im Jahr an zwei Tagen ein riesiges Straßenfest statt, welches sich vom Odeonsplatz bis zur Münchner Freiheit ausdehnt, für Ortsunkundige sei gesagt, dass diese eine Länge von 2,3 km beträgt, auf der ausgestellt, diskutiert, gegessen, getrunken und präsentiert wird.

Seit längerem schon präsentierte sich auch dort die Landesarbeitsgemeinschaft „ChristInnen DIE LINKE. Bayern, der ich selbst bis Anfang dieses Jahres angehörte, in einem kleinen Stand. Auch andere Organisationen wie der „Bund für Geistesfreiheit“, die „Giordano-Bruno Stiftung“ und andere kirchenkritische Organisationen haben dort Ihre Stände. Die evangelische Kirche war zunächst nur mit einem „Kircheneintritts-Stand“ vertreten, in der verloren einige Kirchenvorsteher*Innen der nahen Erlöserkirche mehr oder weniger unzufrieden für ihre Kirche einstanden. In gut-nachbarlichen Gesprächen wurde vor zwei Jahren miteinander diskutiert, wie wir dem „Platz der Humanisten“ in dem sich die Kirchenkritiker und -gegner versammeln ein Gegenpart geschaffen werden könnte. Daraus entstand im letzten Jahr erstmals der „Kreis der Religionen“, der nun in diesem Jahr erneut einen festen Bestandteil dieses Festes ausmacht.

Da ich selbst diesen Kreis der Religionen mit-initiiert hatte und dieses weiter unterstützen wollte, kam ich auf die Idee, den BRSD auf dieser Veranstaltung im Kreis der Religionen vorzustellen. Unter dem Dach der evangelischen Erlöserkirche kam es zu vielen organisatorischen Vorgesprächen, die ein wundervolles Miteinander wieder spiegeln. Am Rand kam es immer wieder zu wertvollen Gesprächen mit dem Ziel, einander schon im Voraus besser kennen zu lernen. Leider mussten zwei große Gruppierungen dieses Jahr ihre Teilnahme zurückziehen: Das Islamistische Zentrum Mün-

chen wegen Ramadan, die liberale jüdische Gemeinde wegen ihres Festes Shavuot, dem jüdischen Pfingstfest.

Dennoch fanden sich folgende Religionen im Kreis zusammen: Alevitische Gemeinde, Bahai Gemeinde München e.V., Bund der Religiösen SozialistInnen, ChristInnen bei den Linken, Ev. –luth. Erlöserkirche, Ev. Studentengemeinde, Freunde Abrahams, Griechisch-Orthodoxe Allerheiligenkirche, Islamisches Zentrum, Ev.- luth Kreuzkirche, Münchner Quäker, röm.-kath. Sankt Ursula, röm.- kath. Sankt Sylvester, Wat Thai – indonesischer Buddhistischer Tempel. Ich denke,



BRSD für die Straße?

dass es im kommenden Jahr noch einmal mehr werden.

In drei Pagoden hatte jeder die Möglichkeit sich vorzustellen, der BRSD war zusammen mit den beiden katholischen Kirchengemeinden St. Ursula und St. Sylvester sowie mit der Landesarbeitsgemeinschaft ChristInnen DIE LINKE. Bayern zusammen. Natürlich waren wir beiden „roten Organisationen“ ein beliebtes Angriffsziel für die, die sich Sozialismus und Christentum nicht zusammen vorstellen können, jedoch musste sich auch die katholischen „Mitbewohner“ oft verteidigen, wie sie, vor allem mit den „Linken“ in einem Pavillion sein könnten. Dabei

konnten wir allerdings auch unterscheiden zwischen denen, deren festgefahrene Meinung unverrückbar schien und denen, denen wir Denkanstöße mit auf den Weg geben konnten.

Sicherlich wird der Stand nicht dazu beigetragen haben, dass wir sofort einen spürbaren Mitgliederzuwachs aus südlichen Gefilden oder einen neuen Leserkreis unseres CuS in München gefunden haben, allerdings waren die Hefte, die ich auf meinem Tisch hatte durchaus gefragt. Nicht nur weil man einfach etwas mitnimmt, dazu sind sie zu schwer, sondern weil Interesse da war. Interesse für eine Richtung der Theologie, die eigentlich die Notwendigkeit hätte, aus ihrem Nieschendasein mehr in die Öffentlichkeit zu rücken. Die Zeit dafür wäre reif.

Auf einer vierten Pagode war die Bühne des „Kreises der Religionen“. Nun konnte ich als Einzelkämpfer natürlich nicht auch noch ein Programmpunkt bieten, aber Andere boten von rappenden Jugendlichen (ev. Kreuzkirche Schwabing über indonesische Tänzerinnen (Wat Tai – Buddhistischer Tempel) bis hin zu leider im Trubel untergehende Lesungen von Geschichten (Freunde Abrahams) einen bunten Strauß an zum Teil publikumswirksamen Beiträgen. Die bunte Welt der Religionen. Ich habe der Gemeinschaft einiges an Geld sparen helfen können,

weil ich die Bühnentechnik übernehmen konnte und mich so eingebracht habe. Die verbindende Gemeinsamkeit der Religionen, die ist für mich ein wichtiger Hinweis für die um uns herum immer mehr säkulare Gesellschaft, dass da mehr sein muss als Unterschiede, die oftmals in kriegerischen Auseinandersetzungen enden.

Andreas Herr ist als Projektleiter in der Automobilindustrie tätig. Der gelernte Orgel- und Harmoniumbauer wechselte 1999 in dieses Fach und ist seither prekär beschäftigt.

Seit 1979 ist er nebenamtlicher Organist an

verschiedenen Kirchen, derzeit an St. Johannes, Ingolstadt.

Immer wieder berät er Gemeinden für Ihre Orgelbaumaßnahmen, die sich von den „amtlichen“ Orgelsachverständigen nicht gut versorgt fühlen.

Im BRSD ist er seit diesem Jahr im Vorstand und wird sich vornehmlich um die Öffentlichkeitsarbeit und Präsentation des Vereins kümmern.



Andreas Herr

Unser Kreuz hat keine Haken

Von Thomas Kegel

Zur Jahresmitte 2016 hört man von der AfD, Pegida und anderen rechtsradikalen und selbst ernannten Verteidigern des christlichen Abendlands nur noch wenig über deren angebliches Christentum und auch der angeblich „christliche“ Hintergrund dieser Hassprediger wird kaum noch angesprochen. Das liegt an der

doch recht klaren Abgrenzung der beiden christlichen Kirchen gegenüber AfD und Pegida. Es liegt aber auch an Initiativen wie den im Folgenden kurz vorgestellten.

Jugendliche des ev.-luth. Kirchenkreises Lüneburg haben vor einigen Jahren im Vorfeld eines geplanten Neo-Nazi-Aufmarsches in der KonfirmandInnen- und Jugendarbeit darüber nachgedacht, welche christlichen Argumente es gegen Rechts-

radikale gibt. Daraus entstanden die „10 Thesen von Christen gegen Rechtsextremismus“. Diese wurden und werden als Postkarten auf Demonstrationen verteilt und sind mittlerweile auch in Gottesdiensten einbezogen.

Im ev.-luth. Kirchenkreis Lüneburg gibt es ein „Netzwerk gegen Rechts“ (www.netzwerk-gegen-rechts.net) in dem an die 70 Organisationen eines breiten politischen Spektrum verbunden sind. Darunter sind auch die kirchlichen Jugendorganisationen und einer ihrer Beiträge ist die Aktionspostkarte.

Diese Postkarte hat aber auch Eingang gefunden in die Arbeit der Initiative „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ in der ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([www. http://www.kirchliche-dienste.de/projektsites/ikdr/Ueber-uns](http://www.kirchliche-dienste.de/projektsites/ikdr/Ueber-uns)). Die Initiative ist ein offener Zusammenschluss von Initiativen, Organisationen, Arbeitsgruppen und Einzelpersonen im Raum der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Aus der Initiative heraus entstehen Materialien zur Arbeit gegen Rechtsradikale, es werden Infoveranstaltungen und auch Gottesdienste durchgeführt. Die Hannoversche Initiative ist wiederum Teil der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (www.bagkr.de). In nahezu allen ev. Landeskirchen gibt es Initiativen gegen rechts – und es ist naheliegend, dass Religiösen SozialistInnen diese unterstützen.

Hier sollen nun die Thesen vorgestellt und eine darauf bezogene Predigt von Pastor Lutz Krügener, dem Beauftragten für Friedensarbeit der Landeskirche Hannovers dokumentiert werden. Die Thesen wurden in Form eines Posters von Jugendlichen an die Tür der Hannoverschen Marktkirche angeschlagen, die Predigt dazu wurde gehalten in der „Woche gegen Rechts“ am

Sonntag, den 29. Mai 2016, im Rahmen eines Gottesdienstes unter dem Motto: „Zur Freiheit berufen! Christliche Thesen gegen Rechtsextremismus“. Am Eingang zur Kirche verteilten die Jugendlichen an alle BesucherInnen des Gottesdienstes die Postkarte mit 10 Thesen, die in der Predigt vorgelesen werden..

Nachbemerkung

Bei den 10 Thesen von Christen gegen Rechtsextremismus handelt es sich um eine biblisch begründete, also auf die Taten und Worte von Jesus Christus bezogene Argumentation. In Unterschied zu den sonstigen politisch, diskurs-analytischen, ökonomischen Analysen rechtsradikaler Propaganda und Aktion (diese Analysen benötigen wir auch!) sind diese Thesen sehr einfach gehalten. Sie nehmen das WORT GOTTES ernst und wenden dieses politisch, so wie es auch Brauch bei den Religiösen SozialistInnen ist. Wir können die Thesen selbstbewusst als ChristInnen in unserer politischen Arbeit einsetzen, aber auch Andachten und Gottesdienste damit gestalten.

*Die Postkarte ist erhältlich bei der Ev.-Luth Landeskirche Hannovers
ikdr@kirchliche-dienste.de
oder per Fax: 0511 1241-941, betr. IKDR*

Thomas Kegel, Jg. 1959, Angestellter (Organisationsentwickler und -berater), Mitglied bei der Gewerkschaft Verdi und in der Initiative „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ in der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (IKDR), ehrenamtlich engagiert in der kirchlichen Männerarbeit.



Thomas Kegel

Predigt

Unser Kreuz hat keine Haken

Von Lutz Krügener

Liebe Gemeinde!

Wir leben in bewegten Zeiten. Die Welt – Europa – Deutschland verändert sich.

Es gibt viele ermutigende Entwicklungen. Der Hunger in der Welt wird weniger, auch die Arbeitslosigkeit in Deutschland, – die Welt rückt schon durch die neuen Kommunikations-Techniken enger zusammen, – es gibt eine beeindruckende Hilfsbereitschaft für geflüchtete Menschen bei uns – die Religionen beginnen sich für einander zu interessieren uvm..

Aber auch die Schattenseiten bauen sich auf. Eine wollen wir heute ins Zentrum unseres Nachdenkens in der Predigt stellen. Den wachsenden Rechtsextremismus in Deutschland und Europa, ja in vielen Teilen der Welt.

Auch hier suchen wir Orientierung in unserer Bibel.

Die KonfirmandInnen lesen jeweils Thesen und Bibelworte und ich werde kurze Auslegungen dazu sprechen.

1. These: „In den Augen Gottes ist jeder Mensch kostbar. Als Christen achten wir die Würde jedes Einzelnen.“

Bibelwort:

„Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn, und schuf sie als Mann und als Frau.“(1.Mose 1,27)

Jeder Mensch ist ein wertvolles Geschöpf Gottes. Uns Menschen ist die höchst mögliche Würde gegeben: Die Ebenbildlichkeit Gottes.

Da ist kein Unterschied nach Hautfarbe, Religion, Nation, Mann oder Frau, geschlechtliche Orientierung, Gesundheitszustand oder welche Unterscheidung wir uns auch immer

ausgedacht haben. – Vor Gott gelten diese Unterschiede nicht!

Begründung der These 1:

„Im Rechtsextremismus erkennen wir menschenverachtende Züge.“

Rechtsextremisten sind gelehrt von einer Ideologie der Ungleichheit.

Sie sprechen Menschen auf Grund von äußeren Merkmalen, Herkunft oder Leistungsvermögen eine volle Teilhabe am Leben ab.

Diesem ist im Namen Gottes, der alles Leben geschaffen hat, entschieden zu widersprechen.

2. These: „Jesus von Nazareth hat ein friedfertiges Leben vorgelebt. Als Christen setzen wir uns für den Frieden ein.“

Bibelwort:

„Stecke dein Schwert an seinen Ort! Denn wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen!“ (Mt 26,52) – „Liebt eure Feinde!“ (Mt 5,44a)

Das haben Christen in der Geschichte oft nicht getan und tun es auch heute nicht genug, dies gilt es zu bekennen und zu beklagen. Aber das Vorbild des mutigen, aktiven gewaltfreien Handelns Jesu bleibt.

Seine Provokation an uns: „Liebt eure Feinde!“ bleibt bis heute ein Stachel im Fleisch.

Alle Mittel, alle Intelligenz und alles Handeln müssen demnach in friedliche Konfliktbearbeitung gesteckt werden und nicht in gewaltsame oder gar militärische.

Begründung der These 2:

„Im Rechtsextremismus erleben wir immer wieder Gewalt und Hass.“

Im Auftreten, in Liedern und Symbolen verherrlichen Rechtsextremisten Gewalt. Rechtsextremisten treten bewusst martialisch und einschüchternd auf, greifen Menschen an, verarmen die Greuelthaten der NS- Zeit.

Aber für uns gilt: Gewalt hat nie Recht und Gewalt ist nie im Sinne Gottes!

3. These: „Jesus Christus sagt: „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben.“ (Joh 14,6). Als Christen finden wir in Jesus Orientierung.

Biblischer Bezug:

Wir sind in die Nachfolge Jesu gerufen. Seine Gottesliebe, Nächstenliebe und Feindesliebe sollen uns leiten.

Wir können nicht leben wie Jesus und wir müssen nicht leben wie er.

Aber wir sind eingeladen, Jesus zum Vorbild zu nehmen und mit unseren beschränkten Mitteln auf seinen Spuren zu wandeln. In aller Freiheit dürfen wir Menschen auf diesen Weg einladen.

Aber niemandem, der einen anderen Weg zu Gott oder zum Frieden mit sich und der Welt sucht, können und dürfen wir seine Menschenwürde absprechen. Auch hier haben die Kirchen in der Geschichte schwere Fehler begangen.

Begründung der These 3:

„Im Rechtsextremismus werden Menschen durch falsche Alternativen verführt.“

Die Welt wird eingeteilt in Gut und Böse, in schwarz und weiß, in fremd und einheimisch. So entstehen vermeintlich einfache Lösungen. Bestimmte Religionen oder auch Menschengruppen sollen dann nicht mehr dazu gehören.

Hier liegt eine Quelle der Ausgrenzung und Abwertung, die gegen den Willen Jesu ist, der für Weite und Offenheit steht.

4. These: „Jesus Christus sendet seine Anhänger in die ganze Welt. Als Christen laden wir alle Menschen zur Gemeinschaft ein.“

Bibelwort:

„Gehet hin zu allen Völkern ...“ (Mt 28,19)

Auch hier haben Christen oft Fehler gemacht. Es wurde nicht eingeladen, sondern der Glaube erzwungen. Heute wissen wir,

wir können den befreienden Glauben nur anbieten, vorleben und dazu einladen. Dies sollen wir möglichst vorurteilsfrei tun. Und da wir auf die weite Welt hingewiesen sind, geht uns auch das Leid dieser Welt an.

Begründung der These 4:

„Rechtsextremismus grenzt Menschen aus.“

Es wird gar nicht versucht, Fremde, anders Aussehende und Lebende, anders Glaubende einzuladen. Sie werden wieder nur auf Grund äußerer Merkmale ausgegrenzt oder zum Sündenbock und Feindbild abgestempelt.

5. These: „Gott schenkt das Leben. Als Christen gestalten wir Leben in Verantwortung.“

Bibelwort:

„Da machte Gott den Menschen aus Erde vom Acker und blies ihm den Odem des Lebens ein ... und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn bebaute und bewahrte.“ (1.Mose 2, 7 und 15)

Damit haben wir unseren klaren Zuspruch und Anspruch von Gott: Wir sind erfüllt mit dem Lebensatem Gottes, und wir dürfen die guten Gärtner seiner ganzen Schöpfung sein. Von ihr sind wir genommen, sind nur ein Teil und werden wieder zu Erde. Dies bewahrt vor Hochmut und führt zu Demut.

Gott traut uns zu, dass wir in seinem Namen und nach seinem Willen den Schöpfungsgarten pflegen und bewahren. Wie gute Gärtner haben wir die Schöpfung und die Geschöpfe zu achten und zu pflegen, kein Schöpfungswesen ist gering zu schätzen.

Begründung der These 5:

„Im Rechtsextremismus sehen wir eine Kraft, die das Leben anderer gering schätzt.“

Menschen, die nicht dem rechtsextremen Weltbild entsprechen, werden klein gemacht und abgewertet, als „unwert“ erklärt. Aus unserer Verantwortung heraus müssen wir hier widerstehen.

6. These: „Die Schöpfung Gottes ist reich und bunt. Als Christen erfreuen wir uns an dieser Vielfalt.“

Bibelwort:

„Beim Brausen des Heiligen Geistes kam die Menge zusammen und ein Jeder hörte die Jünger in seiner eigenen Sprache reden ... Parther und Meder und Elamiter und aus Mesopotamien und Judäa, aus Kappadozien, Pontus und der Provinz Asien, Phrygien und Pamphylien, Ägypten, Libyen, Rom, Juden und Judengenossen, Kreter und Araber. (Nach Apg 2, 6ff).

Gott hat die Welt bunt gemacht. Ganz verschiedene Klimazonen bestimmen unser Leben.

Es sind viele Völker, Kulturen und Religionen in ihrer ganz eigenen Prägung entstanden, dies ist ein Schatz, den wir erleben dürfen. Unser aller Leben wird vielfältiger, lebendiger, wenn wir den bunten Reichtum der Welt und der Kulturen zu achten lernen.

Begründung der These 6:

„Rechtsextremismus klassifiziert Menschen, Völker und Kulturen und schreckt vor Abwertung nicht zurück.“

Aber niemand ist auf Grund der Zugehörigkeit zu einer Nation, Kultur, Ideologie oder Religion einem anderen Menschen unter- oder überlegen. Vor Gott sind alle gleich.

7. These: „Jesus lebte und lehrte Nächstenliebe. Als Christen erkennen wir gerade in den Schwachen unsere Nächsten.“

Bibelwort:

„Blinde sehen, Lahme gehen, Aussätzige werden rein ... und den Armen wird das Evangelium verkündet“. (nach Lk 7,22)

Mit diesen Taten weist sich Jesus gegenüber den Jüngern von Johannes dem Täufer als der Messias aus. In seinem Handeln für die Verletzten und Verletzlichen will er erkannt sein.

Menschen mit Behinderungen und Einschränkungen, Verletzte und Verletzliche

können uns in besonderer Weise auf Jesus aufmerksam machen. Wenn wir z. B. den Geflüchteten oder Menschen, die an unserer extremen Leistungsgesellschaft scheitern, in ihrer Schutzbedürftigkeit nah sind, erfüllen wir das Wort Jesu:

„ Was ihr getan habt einem, dieser meiner kleinen Brüder, dass habt ihr mir getan.“

Begründung der These 7:

„Rechtsextremismus verachtet die Schwachen.“

Um sich selber stärker zu fühlen, werden vermeidlich Schwächere zu Opfern gemacht.

Diesem stehen das ganze Leben Jesu und das Gebot der Nächstenliebe entgegen.

8. These: „ Jesus von Nazareth war Jude. Jüdische Menschen sind für uns Schwestern und Brüder im Glauben.“

Bibelwort:

„Maria aber behielt alle diese Worte und bewegte sie in ihrem Herzen. Und als acht Tage um waren und man das Kind beschneiden musste, gab man ihm den Namen Jesus.“ (Lk 2,21f.)

Beschneidung ist das bleibende Zeichen eines jedes jüdischen Jungen. Jesus trug das Zeichen eines jedes jüdischen Jungen.

Wir Christen fußen mit unserem Glauben auf der hebräischen Bibel, sie war die Heilige Schrift Jesu. Er war ein Gelehrter dieser Schrift und blieb ein gläubiger Jude bis zu seinem Tod. Aber wir Christen, die wir an diesen geborenen Juden Jesus glauben, müssen die Schuld bekennen, dass wir zur Verfolgung der Juden beigetragen haben. Dies darf nie wieder geschehen.

Begründung der These 8:

„Rechtsextremismus steht für Antisemitismus.“

Es ist nicht zu fassen, dass es nach dem Holocaust immer noch offenen Antisemitismus gibt; darüber hinaus teilen fast 20% der deutschen Bevölkerung antisemitische Vorurteile.

Unser Bemühen muss es immer sein, die Einheit der monotheistischen Religionen Judentum, Christentum, Islam, von ihren Ursprüngen her zu betonen und zu leben.

9. These „Jesus hat Vergebung gelehrt. Als

Christen wissen wir um die Unvollkommenheit menschlichen Lebens.“

Bibelwort:

„Und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.“ (Vaterunser)

Vergebung ist unsere tägliche Bitte. „Wir vergeben“ ist die einzige aktive Aussage, die wir im Vaterunser Gott zusagen.

Wir wissen um unsere eigene Schwäche, unsere Schuld und gestehen dies unseren Mitmenschen zu. Deshalb leben wir aus der Vergebungsbereitschaft Gottes und unserer Mitmenschen.

Begründung der These 9:

„Im Rechtsextremismus sehen wir eine Ideologie des gnadenlosen Herrenmenschen.“

Es kann keine sogenannten Herren- oder Untermenschen geben.

Schwäche und Versagen gehört zum Menschsein.

Luthers zentrale Erkenntnis bleibt: Wir bedürfen alle der Gnade und Vergebung Gottes.

10. These: „Gott ist der eine Herr! (2.Mose 20,2). Das bewahrt uns Christen vor jeder Herrschaftsideologie“.

Bibelwort:

„Du sollst Gott lieben mit ganzem Herzen, ganzer Seele, von allen Kräften und von ganzem Gemüt und deinem Nächsten wie dich selbst.“ (Lk 10,27 und viele andere Stellen)

Die Gottesliebe ist das Erste, aber immer verknüpft mit der Liebe zu mir und meinen Mitmenschen.

Wir müssen und dürfen unsere Grenzen als Geschöpfe des einen Gottes anerkennen.

Als Mensch kann und darf sich niemand als Herrscher über andere Geschöpfe fühlen.

Eine Struktur von Befehl und blindem Gehorsam ist unchristlich.

Begründung der These 10:

„Rechtsextremismus kommt ohne Führerprinzip nicht aus.“

Der Rechtsextremismus sucht die Herrschaft, die Diktatur eines Führerprinzips. Ein „Führerkult“ wird in lokalen Gruppen aufgebaut und darüber hinaus angestrebt.

Als Christen suchen wir im Ideal eine herrschaftsfreie Welt, da wir nur einen Herrn haben.

Christsein bedeutet bis heute, sich zu dem einen Gott zu bekennen. Dieser hat sich nach unserem Glauben der Welt in Jesus offenbart, in ihm hat er seinen Willen gezeigt und wirkt in uns durch den heiligen Geist.

Dieser Gott ruft uns in die Nachfolge, damit sein Wille auf Erden sichtbar wird.

Deshalb müssen wir gegen die Ideologie der Ungleichheit, gegen die Rechtfertigung von Gewalt unsere Stimme erheben. Nun sind Sie eingeladen, gemeinsam als Bekenntnis diese 10 Thesen zu sprechen:

10 Thesen (ohne die Sätze zu Rechtsextremismus) gemeinsam sprechen.

Lutz Krügener, 55 Jahre, drei Kinder, eine Enkelin.

6 Jahre Pastor an einer Kreisberufsschule, 17 Jahre Gemeindepastor in Sarstedt bei Hannover, seit 2014 Referent für

Friedensarbeit am Haus kirchlicher

Dienste, der Landeskirche Hannovers und Geschäftsführer der Initiative Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus in der Landeskirche Hannovers (IKDR)



Lutz Krügener

Antikriegstag 2016*

Von Maria Hettenkofer

Drei Stationen aus der Geschichte des Antikriegstages: Die Bemühungen um einen Antikriegstag bzw. Friedenstag gingen von Großbritannien aus: Am 22. Februar 1896 trafen sich pazifistische Künstler und Minister zu einer Kundgebung für eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit, welche Kriege durch rechtzeitige Klärung von Streitfragen verhindern sollte. Diese Kundgebung erregte so viel Aufmerksamkeit, daß pazifistische Organisationen sich dafür einsetzten, zukünftig in jedem Jahr an diesem Tag in allen Ländern ähnliche Friedensdemonstrationen abzuhalten, dies gelang in etwa 600 Städten. Der Internationale Gewerkschaftsbund rief anlässlich des 10. Jahres nach Beginn des 1. Weltkrieges am 21. September 1924 zu einem internationalen Antikriegstag auf, in Genf fand zeitgleich eine Völkerbundversammlung statt um Beschlüsse über Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung zu fassen, in der Presse wurde von möglichen Wegen zum Weltfrieden berichtet.

Trotz jahrelangem bundesweitem Protest (erinnert sei an die Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen und Unterschriftensammlungen) sprach sich der Deutsche Bundestag am 22. November 1983 für die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in der Bundesrepublik aus, an den folgenden Antikriegstagen setzten sich Friedensbewegung und Gewerkschaft für die Schaffung von atom- und chemiewaffenfreien Zonen in Mitteleuropa ein. Die Einstellung der Rüstungsexporte wurde gefordert sowie die Umstellung der Rüstungs- auf Friedensproduktion. Die Diskussion um alternative Sicherheitskonzepte, um Rüstungskonversion, aber auch das wachsende Engagement

vieler Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für die Sicherung der Menschenrechte besonders in der sog. 3. Welt gaben den jeweiligen Veranstaltungen zum Antikriegstag immer neue Akzente.

Der Antikriegstag heute erinnert an den deutschen Faschismus und den Beginn des 2. Weltkrieges am 1. September 1939 durch Deutschland. Am 22. Juni 1941 begann ein Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion mit dem Überfall der Deutschen Wehrmacht, mit mehr als 20 Millionen Toten. Millionen Kriegsgefangene verhungerten oder erfroren, höherrangige Soldaten wurden erschossen; Wehrmacht und SS begingen Massaker an der Zivilbevölkerung, belagerten ganze Städte, um sie auszuhungern, und trieben die Vernichtung aller osteuropäischen Juden mit unfassbarer Präzision und Brutalität voran.

Das Entsetzen über die Folgen des totalen Krieges wurde verlagert in Angst vor dem Kommunismus. Anstatt Aufarbeitung der Verbrechen folgte die Zeit des Kalten Krieges, eine Versöhnung zwischen den Ländern und Menschen begann zögerlich erst Jahrzehnte später. In einem Appell für eine friedliche Zukunft Europas nicht ohne Russland heißt es jetzt: „Eine völlige Abrüstung aller Atomwaffen ist erforderlich, um das Überleben der Menschheit zu sichern. Anstelle des Aufbaus von Raketenbasen in Osteuropa und der Entsendung deutscher Truppen an die Grenze Russlands – wie bei dem derzeit geplanten Aufbau von 4 NATO-Bataillonen in Polen und im Baltikum, davon eines in Litauen unter deutscher Führung – benötigen wir eine Stärkung von Institutionen der kollektiven Sicherheit wie der OSZE. ... Eine Politik der Verständigung auf der Grundlage des Völkerrechts bietet die Perspektive einer friedlichen Zukunft für Europa.“

Die sogenannte „Nukleare Teilhabe“ der NATO steht dem entgegen, die wenigsten Menschen in Europa wissen überhaupt von der Existenz der 180 Atombomben in Europa, so im US-Stützpunkt Aviano in Italien, in Stützpunkten in Deutschland, Belgien und den Niederlanden, auch in Incirlik in der Türkei, etwa 100 km von der syrischen Grenze entfernt sind 50 US-Atombomben unter NATO-Befehl stationiert. In diesen Staaten werden jährlich Nuklearmanöver durchgeführt, auch in Deutschland üben Piloten der Bundeswehr mit Jagdbombern und Atombomben. Die türkische Armee fliegt von Incirlik aus Luftangriffe gegen die Kurden und verletzt die Grenze zu Syrien mit Wissen und Zustimmung der NATO-Staaten, seit Juli 2015 werden schwere Waffen und Panzer eingesetzt, in der kurdischen Stadt Cizre sind Hunderte von Menschen lebendig in ihren Kellern verbrannt und das Sur-Viertel von Diyarbakir wurde praktisch dem Erdboden gemacht, *lt. Le Monde diplomatique*, Juli 2016. Die USA planen eine Modernisierung und einen Austausch ihrer Atombomben in Büchel für schätzungsweise etwa 10 Milliarden Dollar, weitere 145 Millionen Dollar seien dafür vorgesehen, den Fliegerhorst Büchel besser zu sichern, Deutschland trage 1/5 der Kosten, *lt. Zeit online* 31.03.16.

Im Juli veröffentlichte – zum Warschauer Gipfel – das NATO-Online Magazin *Nato Review* einen Artikel des französischen Strategieforschers Camille Grand, der sich darüber beklagt, die Nukleardebatte in der Allianz habe sich auf das Thema Abrüstung verengt und den „Kernzweck der nuklearen Fähigkeiten der Allianz“ dabei aus den Augen verloren; sein Resümee: „Das 21. Jahrhundert könnte nuklearer werden als erwartet“. Aus der NATO-Gipfelerklärung: ... – „Solange es Kernwaffen gibt, wird die NATO ein nukleares Bündnis bleiben“ ... Andererseits will die

Mehrheit der UN-Staaten 2017 über ein Atomwaffen-Verbot verhandeln.

Eine Umfrage ergibt im März dieses Jahres, dass die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung für ein völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen und für den Abzug der hier gelagerten Atomwaffen ist. (Forsa-Umfrage: 93% für Verbot, 85% für Abzug)

Zu einer Konferenz der NATO-Einrichtung JAPCC Joint Air Power Competence Centre (Ende November 2015 in Essen) mit dem Schwerpunkt Kommunikation wurden Journalisten eingeladen, um sie mit PR-Experten der NATO zusammenzubringen, um die Sicht der NATO besser in den Medien darzustellen. In der Einladung wurde darauf hingewiesen, dass militärkritische Kräfte die Unterstützung der Öffentlichkeit für militärische Maßnahmen gefährden, die Antikriegshaltung sei ein Problem, da die Bevölkerungsmehrheit diese teile; die öffentliche Meinung müsse stärker beeinflusst werden, um bei der Umsetzung militärischer Strategien schneller ans Ziel zu gelangen, so auch Russland mit einer Medienkampagne zu begegnen und in den NATO-Staaten weiter zu diskreditieren.

Nach den Terroranschlägen in Paris im November 2015 beschloss der deutsche Bundestag ein Mandat für den Einsatz der Bundeswehr gegen den „Islamischen Staat“ in Syrien – völlig überhastet, ohne größere politische Debatte und gegen alle völkerrechtlichen, verfassungsrechtlichen und politischen Bedenken.

Über die Kampagne „Frieden in Syrien und anderswo“ (gegen eine Verlängerung dieses Mandats) wird Berthold Keunecke in seinem Beitrag berichten.

Wir sehen täglich, daß militärische Interventionen weder Terrorismus noch kriegsrische Konflikte beenden können.

Immer geht es um Macht, Märkte und Rohstoffe, wir brauchen keine Freihandelszonen

sondern weltweit mehr soziale, politische und ökologische Gerechtigkeit.

Wir weisen daraufhin, daß die ungerechte, armutschaffende Weltwirtschaftsordnung, von der Deutschland stark profitiert, maßgeblich zum Anstieg der Flüchtlingszahlen beiträgt. Solange die Fluchtursachen Krieg, Militärinterventionen und Armut nicht konstruktiv und effektiv angegangen werden, muss die Abschottungspolitik sofort beendet werden. Nötig sind stattdessen Möglichkeiten zur legalen Einreise für Geflüchtete. Die Konzentration von Hilfesuchenden in Lagern am Rande der EU führt zu immer stärkerer psychischer und körperlicher Gewalt gegen Menschen, die gerade vor Gewalt auf der Flucht sind. „Wir Ärztinnen der IPPNW treten für das uneingeschränkte Grundrecht auf Asyl und für den individuellen Schutz jedes geflüchteten Menschen ein.“ (Beschluss auf dem Jahrestreffen 2016 in Mönchengladbach)

Wir erwarten von der Bundesregierung, die Einhaltung des Völkerrechts und der Friedenspflicht des Grundgesetzes ernst zu nehmen.

Die Oberkommandozentralen der US-Streitkräfte für Militäreinsätze in Afrika AFRICOM und für Kriege in Europa EU-COM befinden sich immer noch in Stuttgart, sie sollen geschlossen werden.

Wir fordern die Beendigung der deutschen Beteiligung an Kriegen in Afghanistan, Libyen, Irak, Syrien, Jemen, Mali und anderen Orten.

Die Bundeswehr ist nicht auf- sondern abzurüsten, freiwerdende Mittel können für zivile Konfliktbearbeitung und friedensfördernde internationale Verhandlungen sowie Stärkung von UNO und OSZE und Wiederaufbauhilfe genutzt werden.

Unterschreiben Sie die online-Petition an Außenminister Frank-Walter Steinmeier, bei der nächsten Abstimmung in New York im

Rahmen der UN-Vollversammlung im Oktober für das Atomwaffen-Verbot zu stimmen. (ICAN germany, international campaign to abolish nuclear weapons, icanw.de)!

Unterstützt die Aktion Aufschrei gegen Waffenhandel und unterschreibt den Aufruf „Export von Kleinwaffen und Munition stoppen!“ Von der Bundesregierung wird darin ein gesetzliches Verbot des Kleinwaffenexportes und der Lizenzenvergabe zum Nachbau von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition gefordert.

Ich beende meinen Beitrag mit Worten von Bertha von Suttner, sie lebte 1843-1914: „Der Weltfriede ist keine Frage der Möglichkeit, sondern der Notwendigkeit. Es ist nicht das Ziel, sondern der normale Zustand der menschlichen Zivilisation.“

**Redebeitrag 1. September 2016, IPPNW-Gruppe Herford, Mahnwache am Antikriegstag, Alter Markt in Herford*

Dr. Maria Hettenkofer, geb. 1953 in Nieder-Olm, Rheinland Pfalz, Volksschulabschluss 3. Bildungsweg, Erzieherin, Diplom-Sozialarbeiterin, Ärztin für Gynäkologie, Modellprojekt Behandlung behinderter Frauen, Promotion -



Maria Hettenkofer

-kritische Medizin. Seit 2010 lebt sie mit ihrem Mann in Herford, aktiv bei IPPNW, Friedensinitiativen und Friedensfördernder Energiegenossenschaft, Arbeitskreis Frauengesundheit, Ver.di, Studienkreis dt. Widerstand 1933-1945.

Lebenslaute-Aktion 2016 AFRICOM, Stuttgart*

Schlussakkord dem Drohnenmord

Von Winfrid Eisenberg

Begrüßung

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

wir begrüßen Sie zum Lebenslaute-Vorkonzert, das gleichzeitig die Generalprobe für das Blockadekonzert am Montag ist.

Wir freuen uns, dass Sie alle gekommen sind. Über die „Lebenslaute“ werden Sie im weiteren Verlauf des Programms noch einiges erfahren. Wir sind heute etwa 80 Musikerinnen und Musiker – halb Chor, halb Orchester. Wir kommen aus allen Teilen der Bundesrepublik. Seit letztem Dienstag haben wir in Esslingen unsere Musikstücke einstudiert und unsere Aktion geplant.

Das Lebenslaute-Aktionskonzert steht in diesem Jahr unter dem Motto „Schlussakkord dem Drohnenmord“. Es wird am Montagmorgen um 10 Uhr vor dem Africom-Haupttor erklingen. Sie sind zur Teilnahme herzlich eingeladen.

Das Programm besteht aus Musik und Redebeiträgen im Wechsel. Mit den Texten wollen wir deutlich machen, warum das Ziel unserer musikalisch-politischen Aktion und unseres gewaltfreien Widerstands in diesem Jahr Africom heißt.

Wir beginnen unser Musikprogramm mit dem Introitus und dem Kyrie aus Mozarts Requiem. Dieses Werk scheint uns geeignet, unsere Trauer und Wut über die durch Drohnenangriffe Ermordeten musikalisch zum Ausdruck zu bringen. Dann folgt das von Wolfgang Pasquay vertonte Brecht-Gedicht „Über den vier Städten kreisen die Jagdflieger der Verteidigung“. Das „Dies irae“ aus dem Mozart-Requiem schließt den ersten Musikblock ab.



Lebenslaute vor den US -Kelley Barracks, Stuttgart-Möhringen 2016

Musik 1 Eucom und Africom

Wir sind hier nur drei Kilometer entfernt vom AFRICOM. Wer in Stuttgarter Stadtplänen nach diesem Ort sucht, sucht meistens vergebens. Und fragt man in der Stuttgarter Bevölkerung nach, dann ist Africom oft unbekannt. Nur wenige wissen, dass sich dahinter die Kommandozentrale des US-Militärs für Afrika verbirgt, und noch weniger Menschen wissen, was dort passiert.

Das US-Militär hat die Welt in sechs „Kriegsregionen“ mit jeweils einer Kommandozentrale eingeteilt; vier davon befinden sich in den USA, die beiden übrigen in Stuttgart. Zum einen das EUCOM- etwa 10 km von hier entfernt – in den Patch-Barracks in Stuttgart-Vaihingen. EUCOM ist seit Jahrzehnten die US-Kommandozentrale für Europa. Der EUCOM-Chef ist gleichzeitig Oberbefehlshaber der NATO-Truppen. Zum anderen das AFRICOM, vor 8 Jahren aus dem EUCOM ausgegliedert, hier in den Kelley-Barracks in Stuttgart-Möhringen. AFRICOM leitet und koordiniert alle US-Kriegshandlungen in Afrika.

Die Ausgliederung des AFRICOM war mit der wachsenden Terrorgefahr in afrikanischen Ländern begründet worden – Al Kaida in Algerien, Marokko, Mali, Niger, Al-Shabaab in Somalia, jetzt auch Boko Haram in Nigeria.

Wenn man aber genauer hinschaut, sind die reichen Bodenschätze in den afrikanischen Ländern unverkennbar der Hauptgrund für die zunehmenden amerikanischen Interventionen in Afrika. Die der früheren Bush-Regierung nahestehende „Heritage Foundation“ hatte vor etwa 10 Jahren ein Afrika-Kommando mit folgender Begründung verlangt: „Afrika ist eine lebenswichtige Quelle für Energie und andere Rohstoffe.“ Dementsprechend zeigen die USA eine immer größer werdende Bereitschaft – auch im Wettlauf mit China – zur militärischen Durchsetzung ihrer Interessen in Afrika.

Das „Werkzeug“ dafür ist AFRICOM.

Den folgenden Musikblock beginnen wir mit Beethovens Coriolan-Ouvertüre. Mit zwei kontrastierenden Themen zeichnet Beethoven den Konflikt des Coriolan zwischen seinem gekränkten Ehrgefühl einerseits und der Liebe zu seiner Frau, seiner Mutter und seiner Stadt Rom andererseits nach. Er entscheidet sich für die Liebe, verschont Rom und bezahlt mit seinem Leben.

Anschließend hören Sie Leonard Bernsteins „America“ aus der West Side Story. Der bissige, sarkastische Text beschreibt, was die amerikanische Freiheit für Gastarbeiter und Flüchtlinge aus Puerto Rico bedeutet.

Musik 2

Was geschieht im Africom, was in New Mexico, Ramstein, Dschibuti?

Jeden Dienstag trifft sich der Präsident der USA mit Vertretern des Pentagon und der CIA zu einer wichtigen Besprechung: Die „Kill Lists“ — Todeslisten – werden durch-

gesehen und die nächsten Opfer der außergerichtlichen Drohnen-Tötungen ausgewählt. Die Tötung von Menschen wird beschlossen, die nur auf Grund nicht überprüfbarer Geheimdienst-Ermittlungen als „gefährlich für die Sicherheit der USA“ eingeschätzt worden sind.

Was hat Deutschland, was hat Stuttgart damit zu tun?

Auf dem Africom – Gelände, den Kelley Barracks in Stuttgart-Möhringen, Plieninger Straße 289, arbeiten 1.500 Menschen, zur Hälfte Militärs. Was machen die da? Was wird da drin „gearbeitet“? Was genau geschieht dort?

Die Todeslisten für Afrika werden hier erarbeitet, und von hier kommen die Befehle für die Drohneneinsätze.

Die USA führen also von Stuttgart aus einen Drohnenkrieg in Afrika, den wir für völkerrechtswidrig halten. Die Drohnen sind zwar nicht in Stuttgart stationiert, sie starten vom Africom- Außenposten in Dschibuti am Horn von Afrika. Aber hier in Stuttgart werden die Ziele definiert – das heißt, die von den USA als gefährlich eingestuften Menschen, die, um es brutal zu sagen, zum Abschuss freigegeben, ohne irgendein Verfahren hingerichtet werden, ohne Urteil, einfach so: Mord aus heiterem Himmel, Terror aus der Luft. Diese menschlichen Ziele werden von Stuttgart aus beobachtet, ihr Aufenthalt und ihre Kontakte kontinuierlich registriert. Zu diesem Zweck unterhalten die USA ein Netz von Stützpunkten mit kleinen Spionage-Flugzeugen auf afrikanischen Flugplätzen. Diese Flugzeuge sind mit modernsten Videoanlagen, Wärmebildkameras sowie Technik zur Ortung und zum Abhören von Mobiltelefonen ausgerüstet.

Mit den erhaltenen Informationen beschäftigen sich hier in der Plieninger Straße sogenannte Analysten; am Ende der Auswertung steht die „Nominierung“ der für ge-

zielte Tötung vorgesehenen Menschen, die „Kill List“. Bevor die Hinrichtungen in die Tat umgesetzt werden, muss der US-Präsident die „Todesurteile“ unterschreiben.

Für die technische Ausführung der Morde aus der Luft sind spezialisierte „Drohnenpiloten“ zuständig. Sie sitzen an ihren Computern in New Mexico, Nevada, Arizona oder Missouri. Der physisch und psychisch große Abstand der Tötenden zu ihren Opfern und das Fehlen jeglicher Gefahr für die „eigenen Leute“ senken die Hemmschwelle, Kriege zu beginnen und zu führen.

Bei allen für den Drohnenkrieg erforderlichen Datenübertragungen spielt die US-Airbase in Ramstein mit 12 Satellitenantennen und 650 Mitarbeiter/innen eine große Rolle. Ramstein gilt als das „Epizentrum der Kommunikation im weltweiten Drohnenkrieg“, wie es in der Fernsehsendung Panorama am 3.4.14 formuliert wurde.

Die letzte Station in der tödlichen Aktions- und Befehlskette ist der US-Militärstützpunkt „Camp Lemonnier“ in Dschibuti am Horn von Afrika, wo 4000 US-Soldaten stationiert sind. Hier befinden sich die fliegenden Mordmaschinen mit den vielsagenden Bezeichnungen Predator=Raubtier und Reaper=Sensenmann. Per Joystick werden sie von den Drohnenpiloten gelenkt und mit ihren tödlichen Hellfire- (Höllengeheiß-) Raketen zu ihren menschlichen Zielen gesteuert.

Wie viele Kampfdrohnen in Dschibuti vorhanden sind, ist geheim. Ein mutiger Journalist der „Washington Post“, Craig Whitlock, zählte in Dschibuti 16 Drohnenstarts und -landungen pro Tag. Nach Dokumenten des „Whistleblowers“ Brandon Bryant wurden von 2009 bis 2015 in Pakistan, Jemen und Somalia über 4.500 Menschen durch Drohnenangriffe getötet. Auf jede „Hinrichtung“ eines sogenannten Terroristen kämen 28 getötete Zivilistinnen und Zivilisten, darunter viele Kinder.

Angehörige der Opfer schließen sich in ihrer Wut Al-Kaida oder ähnlichen Gruppen an, um Rache zu nehmen. Der Drohnenkrieg stärkt auf diese Weise die Gegner der USA.

Sie hören jetzt zuerst zwei Klagelieder, das *Lacrimosa* aus dem Mozart-Requiem und das afghanische Lied „*Beshnou Az ney*“ aus dem 13. Jahrhundert.

„Sag nein“ ist ein vierstimmiges Chorwerk mit Texten nach Wolfgang Borchert und Kurt Tucholsky. Der Komponist Frederic Rzewski ist gebürtiger Amerikaner, lebt heute in Belgien.

Musik 3

Von Deutschland geht Krieg aus – stillschweigende Duldung durch die deutsche Politik

Menschen, die in einer Region wohnen, die oft von Kampfdrohnen angesteuert oder auch nur überflogen wird, leben tageintags in Angst und Schrecken. Schwere Traumatisierungen sind die Folge, viele fliehen aus ihrer Heimat. So ist der Einsatz von Drohnen auch ein Fluchtgrund.

Politiker betonen hierzulande gebetsmühlenartig, es gelte, die Fluchtursachen in den „Herkunftsländern“ zu bekämpfen, um die Flüchtlingszahlen zu reduzieren. Hier gäbe es also eine entsprechende Möglichkeit.

Damit sind wir bei der deutschen Politik angekommen. Wie verhalten sich Bundes-, Landes- und Stadtregierung zu Africom?

Von deutschem Boden geht, wie beschrieben, unaufhörlich Krieg aus. Nach Artikel 26 GG ist das verboten und strafbar. Unser Grundgesetz wird hier fortwährend missachtet.

Auf allen Ebenen kooperieren deutsche Regierungen und Behörden mit den kriegführenden Kommandozentralen in Stuttgart und Ramstein.

12 afrikanische Länder, in denen die USA das Africom ansiedeln wollten, hatten sich

verweigert. Nicht so die deutsche Bundesregierung.

Sie akzeptierte Anfang 2007 die Einrichtung des Africom in Stuttgart ohne Vorbehalte. Da die Africom-Einsätze außerhalb des NATO-Gebiets stattfinden, hätte „die Einrichtung und Nutzung des AFRICOM-Hauptquartiers auf deutschem Hoheitsgebiet der parlamentarischen Zustimmung von Bundestag und Bundesrat bedurft“, so der ehemalige Bundesverwaltungsrichter Deiseroth. Aber kein Bundestagsabgeordneter und kein Mitglied des Bundesrats hat jemals über AFRICOM abgestimmt – ein Skandal unserer parlamentarischen Demokratie.

- * Die Bundeswehr arbeitet mit den amerikanischen Militärs eng zusammen; sie stellt z.B. „Verbindungsoffiziere“ ab.
- * Zahlreiche Minister und Abgeordnete haben AFRICOM besucht.
- * In Dschibuti ist seit 2008 deutsches Militär stationiert, das dort mit der US-Army eng zusammenarbeitet. Deutsche Kriegsschiffe sichern die Handelsrouten und den Zugang zu Rohstoffen und Exportmärkten zum Wohl der weltbeherrschenden transnationalen Konzerne. Es geht da auch um den Wohlstand der Menschen auf der Nordhalbkugel unserer Erde, während immer mehr Menschen auf der Südhalbkugel „auf den Müll geworfen werden“, wie es Papst Franziskus kürzlich formuliert hat.
- * Das Land Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart pflegen gute Beziehungen zu Eucom und Africom. So gibt es z.B. beim Wechsel des AFRICOM-Oberbefehlshabers Empfänge im Stuttgarter Rathaus mit Eintragungen ins Goldene Buch der Stadt – unabhängig von der Parteizugehörigkeit des Oberbürgermeisters. So macht sich Deutschland mitschuldig am Terror aus der Luft.
- * Aber nicht genug mit der deutschen Un-

terstützung des US-Drohenkriegs: Die Bundeswehr arbeitet daran, eigene bewaffnete Drohnen zu bekommen. 2020 soll eine europäische Kampfdrohne einsatzbereit sein. Bis dahin will die Bundeswehr Drohnen leasen. Eine unserer Forderungen ist: Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!

Der Widerstand wächst

Erfreulicherweise wächst in Deutschland immer mehr Widerstand gegen den von hier ausgehenden Drohnenkrieg. Bei der Vorbereitung unserer Aktion haben wir sehr effektiv mit dem Stuttgarter „Aktionsbündnis AFRICOM und EUCOM schließen“ zusammengearbeitet, welches im Verlauf dieses Jahres eine ganze Reihe von Veranstaltungen zum Thema Militär, Krieg und Flucht durchgeführt hat. Hier auf diese Weise in den Stuttgarter Widerstand gegen Eucom / Africom „eingebettet“ zu sein, ist für uns eine ermutigende Erfahrung.

Auch der Verein „Die Anstifter“, das „Friedensbündnis Esslingen“ und die Eine-Welt-Gruppe St. Antonius-Hohenheim haben uns unterstützt. Ganz besonders bedanken wir uns bei zahlreichen Kirchengemeinden, ohne deren Hilfe wir diese Aktionstage nicht hätten durchführen können: Die Evangelischen Kirchengemeinden der Versöhnungskirche



Lebenslaute vor den US -Kelley Barracks, Stuttgart-Möhringen 2016

und der Johanneskirche in Esslingen stellen uns eine Woche lang ihre Räumlichkeiten zur Verfügung für Proben, Besprechungen und sogar zum Übernachten. Auf Vermittlung der ökumenischen Hochschulgemeinde Hohenheim können wir das katholische Gemeindehaus Plieningen nutzen, und die Evangelische Kirche Plieningen-Hohenheim hat zugestimmt, dass wir hier in dieser schönen Kirche unser Konzert geben dürfen. Allen sind wir zu großem Dank verpflichtet.

Lebenslaute

Abschließend ein paar Angaben über uns:

Unser musikalisches Netzwerk „Lebenslaute“ gibt es seit genau 30 Jahren. 1986 fand in Mutlangen die erste Musikblockade statt. Jedes Jahr steht seither eine große Konzert-Aktion an einem lebens-bedrohenden Ort auf dem Programm, beispielsweise auf einem Truppenübungsplatz, vor einer Atomanlage, einem Gentechnikfeld, einem Abschiebegefängnis oder vor den Toren einer Waffenfabrik. Mit den grundsätzlich gewaltfreien Aktionen zivilen Ungehorsams in Kombination mit klassischer Musik suchen wir die politische Auseinandersetzung. Was uns eint und zur Gruppe Lebenslaute zusammenführt, ist die Lust, gemeinsam zu musizieren und mit der Musik am ungewöhnlichen Ort ein starkes Zeichen zu setzen für Frieden und Menschenrechte, für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, gegen Diskriminierung und Krieg.

Mit Agnus dei und Lux aeterna kehren wir zu Mozart zurück. Dann folgen vier Stücke aus „Romancero Gitano“ von Mario Castelnuovo Tedesco nach Texten von Federica García Lorca. Vier Stücke, die das Leben feiern.

Bei unserem Protest gegen Africa Command dürfen Lieder aus Afrika nicht fehlen: Sie hören „Malaika“, ein Liebeslied aus Ostafrika mit Bezug zum Thema Flucht, und Kaana Kameme, ein Lied aus Namibia.

Bei Camille Saint-Saens Totentanz (Danse macabre) denken wir an militärische Planungen, an die lukrative Rüstungsindustrie, an Atombomben und auch an die todbringenden Drohnen – viele Facetten eines weltumspannenden Totentanzes, der die Menschheit und alles Leben auf der Erde in den Abgrund zu reißen droht.

Der Marsch „Mit Bomben und Granaten“ (Carl Heins), nach dem die Reichswehr vor dem Ersten Weltkrieg marschierte, ist für uns eine groteske Parodie auf das Marschieren, das Albert Einstein als „Rückenmarkstätigkeit“ bezeichnete.

Am Schluss unseres Musikprogramms steht Rio Reisers Protestlied „Wann“. Rio Reiser mit seiner Band „Ton Steine Scherben“ ist aus der Protestbewegung der späten 1960er und der 70er Jahre nicht wegzudenken. „Wann, wenn nicht jetzt“ ist eine Aufforderung, die Welt zu verändern. Diese Aufforderung übersetzen wir hier und heute mit „Africom dicht machen!“

Dann bis Montag, 10 Uhr, an der Plieningstraße.

Vielen Dank!

Musik 4

**Redebeiträge für das Vorkonzert in der evangelischen Kirche Stuttgart-Steckfeld, 27. August 2016*

Winfried Eisenberg, Dr. med., Kinderarzt, geb. 1937, ist in seinem Ruhestand aktiv bei der IPPNW (Internationale Ärzte gegen den Atomkrieg / Ärzte in sozialer Verantwortung) und dem Arbeitskreis Flüchtlinge/Asyl.



Winfried Eisenberg

Überlegungen zur Lage der BRD am Einigungstag 2016.

Denk' ich an Deutschland am Tage ...

Von Elmar Klink

In der Pegida-Hochburg Dresden war es gerade erst zu einer Reihe von Anschlägen mit fremdenfeindlichem und anti-islamischem Hintergrund und Zielen wie einer Moschee gekommen. Dort versammelten sich mit über tausend Repräsentanten die politische Staatselite und ihre Gäste zur nationalen Gedenkfeier bei einem ökumenischen Gottesdienst in der Frauenkirche und anschließend zum Festakt in der Semperoper. Das Motto hieß: Brücken bauen. Im Jahr 2000, als die Hauptfeier schon einmal in der oberen Elbstadt stattfand, titelten Medien noch ironisch mit der Zeile „Bratwurst und Barock“. 2.600 Polizisten waren zur Sicherung des Spektakels aufgeboten worden. Hunderte Anhänger von Pegida, darunter ihr Chef Baumann, der AfD u. a. hatten sich zu lautstarken Protesten gegen den Prominentenaufmarsch eingefunden. Politiker wie Merkel und Gauck wurden ausgepöbeln und mit Rufen wie „Haut ab“ und „Vaterlandsverräter“ bedacht. Die Prominenz musste sich verbales „Spießrutenlaufen“

durch gebildete Wegespalier mit Schmähungen und Beschimpfungen aus der pöbelnden Menge gefallen lassen. Pegida veranstaltete mit etwa 4.000 Teilnehmenden einen Demonstrationsszug in der Stadt, gegen den es mehrere Gegendemos gab mit einer ungenannten Teilnehmerzahl.

Der eigentliche Festakt, begleitet von klassischen Orchesterstücken, Tanzperformances und dem Vortrag eines Schauspielers der sog. Ringparabel aus Lessings Drama „Nathan, der Weise“ zum Thema der Religionstoleranz, wurde gestaltet durch die Reden des sächsischen CDU-Ministerpräsidenten Tillich und Bundestagspräsidenten Lammert (CDU), der die Hauptansprache hielt. Dieser hielt sich mit Lob und Verdiensten hinsichtlich von Leistungen in den letzten 26 Jahre seit der Vereinigung auffallend zurück, ging dafür auf typische deutsche Befindlichkeiten ein. Die Demokratie, so Lammert, sei in besserer Verfassung als zuvor (!). Zufriedenheit sei jedoch nicht gerade eine deutsche Eigenschaft, und er ermunterte zu mehr Selbstbewusstsein und Optimismus. Er griff ein Schopenhauer-Wort auf, wonach die Deutschen das, was zu ihren Füßen läge, allzu oft in den Wolken suchen würden. Die Deutschen hätten mit der Einigung eine neue Chance bekommen, man habe Brücken gebaut nach innen und außen. Als er betont auf von allen ausnahmslos zu beachtende Gesetze und Regeln des Zusammenlebens zu sprechen kam, erhielt er ebenso deutlichen Beifall wie als er mit Beispielen auf die mobile multikulturelle Vermischung in der hiesigen Gesellschaft einging.

Bereits die Aussprache im Bundestag in der Woche davor zum Bericht der Bundes-



... schon wieder eine Mauer?

kanzlerin zu 26 Jahren deutsche Vereinigung war ein Zeugnis der Differenz und Kontroverse hinsichtlich dessen, was seither erreicht bzw. nicht geschafft wurde. Von Grün bis Rot gab es eher lautere und deutliche Misstöne, von SPD bis CDU/CSU überwogen verhaltenes Positivlob bis Selbstbeweihräucherung der aufgebotenen Redner und Rednerinnen, wie viel man geschafft habe. Und, wie es ein CDU-Sprecher formulierte, man könne das Gejammere von links nicht mehr hören. Wäre eine AfD schon im Parlament, wie sie es nach der nächsten Bundestagswahl wahrscheinlich sein wird, wären vermutlich noch ganz andere nationale und rechte Töne zu vernehmen gewesen. Das dicke Ende für die Parteien kommt 2017 erst noch. Nun hat man zweifellos nach 26 Jahren eine Reihe von Dingen „geschafft“, musste es zwangsläufig auch, fragt sich nur, wie und in welche Richtung. Noch immer existiert eine erhebliche Differenz beim Ostlohn (um die 20%) und der Ostrente, beides nicht ganz unbedeutende volkswirtschaftliche Größen und Indikatoren. Die Zahl der Arbeitspendler von Deutschland „Ost“ nach „West“ übertrifft mit knapp 400.000 die der entgegengesetzt Pendelnden um beinahe das Dreifache. Und wer erinnert sich nicht an die von Norbert Blüm (CDU) abgegebene Sicherheitsgarantie für die Renten. Die mit dem Einigungsprozess übernommene enorme neue Rentenkassenbelastung erschöpfte bald die alte BRD-Reserve. Schon wird die Rentenauszahlung erst ab dem 69. Lebensjahr erwogen, was ein Skandal ist, da das Nahles-Ministerium bekanntlich nicht für gesicherte Beschäftigungschancen und genügend Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer ab 55 sorgen kann. Man kann nicht von den Menschen allgemein verlangen, bis kurz vor dem 70. Lebensjahr vollwertig arbeiten zu müssen, bis sie in den Genuss einer vollen Altersrente gelangen. Das Pro-

blem verlangt nach vollkommen anderen Lösungen wie Grundeinkommen und Grundrente.

Aus Deutschland ist kein „Großdeutschland“ oder „Viertes Reich“ hervorgegangen, wie es von nicht wenigen nach der „Zwangsvereinigung“, dem „Anschluss“ oder wie man möchte, der „Annexion“ der ehemaligen DDR im Jahr 1990 befürchtet wurde. Die Sache verhält sich differenzierter und komplexer und kaum weniger problematisch. Deutschland fühlt sich berufen, wie das neue Verteidigungsweißbuch verkündet, „mehr Verantwortung“ in der Welt zu übernehmen und man fragt sich zuerst, wofür? Auf friedliche Weise für die Dinge, die in Sachen Armut, Wirtschaft, Klima, Konflikte und Kriege überall im Argen liegen oder nicht vielmehr für die eigenen Belange und Interessen auf diesen Feldern? Eine starke „Armee im Einsatz“ mit aufgerüsteter Marine und Elitedivision des Heeres soll präventiv-abschreckend für „Sicherheit“ und deutsche Präsenz auf der Welt sorgen. „Freiheit“ soll von Nordafrika bis zum Hindukusch und im Baltikum verteidigt werden. Man übt im NATO-Verbund das vorne präsenste Vordringen gen Osten, rückt Russland damit dicht auf den Pelz, was der russische Bär gar nicht gerne hat. Etwa 3.800 deutsche Soldaten und Soldatinnen befinden sich derzeit in Auslandseinsätzen, die meisten im Mittelmeer, in Nah-Mittelost, Afghanistan, Nordafrika und Litauen, den derzeitigen Krisen- und Kriegsschwerpunkten.

Mit der Vereinigung wurde der einstige direkte Warschauer Pakt-Gegner Nationale Volksarmee geschluckt. Ein nüchterner Verdauungsprozess, kein siegreicher Kriegsfeldzug. Wer hätte das gedacht oder jemals vorausgesehen, der z. B. 1982 noch an der Berliner Mauer stand, auf das Brandenburger Tor im Ostsektor blickte und sich Gedanken machte, wie sich die Lage jemals

noch mal ändern könnte. Übernommenes NVA-Kriegswerkzeug wie modernste sowjetische MIG-19 Kampffjets und Panzer wurde verschrottet oder ins Ausland verhandelt; das schaufelte Devisen in die angestrenzte vereinigte Haushaltskasse. Deutschland wurde Rüstungsexport-Weltmeister. Viele NVA-Berufssoldaten wurden in die unehrenhafte Arbeitslosigkeit entlassen. Zum wichtigsten wirtschaftlichen Instrument wurde bis 1994, bis man alles Bedeutende soweit „abgewickelt“, d. h. verscherbelt hatte, die staatsgelenkte Treuhand. Eine einmalig erfundene BRD-Institution zur Maklung ostdeutschen Volkseigentums einschließlich von Arbeitsplätzen und Immobilien, zum Teil zu Schrottpreisen und mit verheerenden Folgen für die „freigesetzten“ Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Eine ganze Wirtschaft zum Feilschen freigegeben für den Bazar des Geldes. Damit kaufte sich westdeutsche und internationale Konzernindustrie billig ein, um ostdeutsche Konkurrenz auf gleichem Terrain zu beseitigen oder Werte äußerst günstig zu erwerben, um sie für den eigenen kapitalistischen Wirtschaftskreuzzug gen Osten einzusetzen – die dunkle, verdrängte und offenbar auch zu meist vergessene Seite des Geschehens.

Man muss in der nach 1945 bald beendeten und gescheiterten Entnazifizierung durch die alliierten Sieger, der Remilitarisierung und der Währungsreform 1948 als bloßer monetärer Geldreform, die den materiellen Bestand der Immobilien- und Bodenbesitzenden nicht antastete, lange nachwirkende, schwere Geburtsfehler der neuen Bundesrepublik erkennen und kritisieren. Eine konservative neue Partei wie die CDU nahm damals bald von ihrem sozialisierenden Ahlener Programm wieder Abschied. Wenn man so will, waren für den Vereinigungsprozess der Einsatz der Treuhand und der kalte Anschluss der DDR die

unrühmliche Geburtsfehler-Fortsetzung. Um nicht in Verdacht zu geraten, man habe „den Osten“ hinter der Oder und Neißة einfach aufgegeben, sprach man von „neuen“ statt den östlichen Bundesländern. Aus Mecklenburg wurde wegen des östlichen Westpommernzipfels Mecklenburg-Vorpommern, darin schwingt noch alte preußische Landhoheit östlich der Oder mit. Eine SPD in der Regierung damals hätte das sicher im Kontext ihrer Ostpolitik seit der sozialliberalen Koalition ab 1969 anders gehandhabt. Einer ihrer politischen Fürsprecher, der aus Danzig stammende Literat Günter Grass, forderte gar für das vereinte Deutschland eine föderale Zweistaatenlösung. Sie war natürlich utopisch, hatte in den Köpfen und „realistischen“ Übernahmeprogrammen keinen Ort, utopos. Die genannte Ostpolitik führte früh 1972 zu den Verträgen mit Moskau und dem Grundlagenvertrag mit der DDR. Sie waren der Grundstein für die konservative patriotische Wiedervereinigungs-Ernte von CDU/CSU und FDP 1989/90, mit der sich die drei Parteien danach für zwei weitere Legislaturen noch an der Macht halten konnten, bis es dann 1998 nach 16 Regierungsjahren für sie eng wurde. Kohl, Genscher, der „Held von Prag“ und & Co. waren am Ende, wurden vom vereinten Volk mehrheitlich abgewählt.

Das Kapital unter zunehmendem Globaldruck verlangte innen-, sozial- und marktpolitisch nach neuen Konzepten und Lösungen. Die Geburtsstunde für Schröder-Fischers neoliberale austeritäre Agenda 2010-Politik zum Rückbau des Sozialstaats und zur Etablierung des ungerechten Hartz IV-Systems ab 2005. Und schon 1999 betätigte sich die Bundeswehr mit ihrer Luftwaffe unter Rot-Grün grundgesetzwidrig an NATO-Bombardements gegen Ziele in Serbien, die große Ernüchterung der bei der

98er-Wahl an grundlegendem Politikwechsel Interessierten und ein Verrat ihrer Erwartungen. Es beschleunigte ungeahnt schnell das Abdriften erheblicher Teile der Bevölkerung in Politik- und Wahlverdruss. Alle bürgerlichen Parteien verloren in den 2000er Jahren Hunderttausende Wähler und Mitglieder, die ins Indifferente wechselten, mal dahin oder dorthin tendieren, gegenwärtig stark nach rechts. Die großen Parteien müssen sich heute bei Wahlen mit Stimmkontingenten zwischen 20 und 30 % zufrieden geben. Die staatstragenden Großen Notkoalitionen machen die Sache nicht besser. Im Gegenteil. Sie schaden erheblich der Demokratie, indem sie einen politischen Einheitsbrei anrühren, der Räume nach rechts öffnet. Die FDP ist wahrscheinlich dabei, ganz zu verschwinden. Eine neue rechtspopulistisch-nationalpatriotische Partei AfD ist seit ihrer Gründung 2013 mit Zulauf aus allen Parteien, von Nichtwählenden und als Staubsauger am rechten Rand mächtig im Aufschwung, die auf ein 15-20 %-Wahlpotenzial zusteuert und die nationale Angststimmung gegen Flüchtlinge und islamische „Überfremdung“ schamlos schürt und für sich ausnutzt. Bei der Bundestagswahl 2013 fehlten ihr mit erreichten 4,7 % lediglich etwa 120.000 Stimmen, um die 5 %-Sperrschwelle zu überwinden. Wie formuliert es Norbert Lammert? Die Demokratie in besserer Verfassung als zuvor ... Der Libanon hat als kleines Land mit 3 Mio. Einwohnern bis 2014 1,2 Mio. Flüchtlinge aufgenommen. Gemessen am Vergleich der Einwohner müsste Deutschland mit 82 Mio. Einwohnern potentiell 32 Mio. Flüchtlinge aufnehmen. Legt man das Bruttoinlandsprodukt (BIP) beider Länder zugrunde, sieht es noch „schlechter“ für die Deutschen aus. Danach müssten sie 96 Mio. Flüchtlinge aufnehmen. Was, so darf man sich also bi-

lanzierend fragen, hat man alles seither „geschafft“?

Nicht vorrangig deutschlandpolitische Entwicklungen und Bedingungen führten zur deutschen Vereinigung. Es war in der Sowjetunion der um Jahrzehnte zu spät gekommene, durch Perestroika und Glasnost eingeleitete Prozess von Staats- und Wirtschaftsumbau und Öffentlichkeitstransparenz von oben, der das ‚Aus‘ eines bürokratischen Staatssozialismus ohne Massenbeteiligung einleitete. Dies im Verbund mit der inneren substanziellen Auszehrung durch die enormen Rüstungskosten, die der Wettrüstungs-Zwang des Kalten Kriegs den Ländern des Ostblocks abverlangte. Von den Westmedien aufgebauschter Flücht-



Die Wüste lebt!

rummel und Botschafts-Asyl-Zirkus waren im Spätsommer 1989 lediglich laute Begleitmusik, wenn auch mit nicht unwesentlicher öffentlicher Bedeutung und Reichweite. Schon zuvor hatte Ungarn von Bonn beträchtliche Summen in Millionenhöhe erhalten, um sein Grenzregime zu entschärfen und löchrig zu machen. Dies war ein bewusster Akt und gewollter Effekt. Man kam in Österreich, durchgewunken, in Ostbayern an, wie 26 Jahre später die Flüchtlinge aus Syrien, Nordafrika, dem Irak oder Af-

ghanistan über die sog. Balkanroute, nur waren die „Landsleute“ von drüben anders als diese überaus willkommen bei allen. Eine Einladung an die, die es im subjektiv empfundenen „DDR-Staatsgefängnis“ nicht mehr länger aushielten, die lange Jahre schon Reiseanträge laufen hatten, viele davon, außer den ihnen dadurch widerfahrenen Nachteilen, ohne jemals mit staatssozialistischen Organen negativ in Berührung gekommen oder politisch in Konflikt geraten zu sein. Man wollte endlich „reisefrei“ und „konsumfrei“ werden, offensichtlich zwei moderne profane menschliche Grundbedürfnisse. Die bekannte Banane und verlockende Strandmeile von Mallorca. Margot Honecker wunderte und ereiferte sich bei ihren heimlichen Rundfahrten im chauffierten Auto durch die Hauptstadt Berlin-Ost, wann immer sie vor DDR-Läden lange Warteschlangen stehen sah, warum die Genossen in der Planung volkswirtschaftlich nicht fähig seien, diesen Missstand abzustellen. Im Einkaufszentrum des politbüro-prominenten Wandlitz gab es doch für die First DDR-Lady auch alles Annehmliche aus dem Westen zu kaufen.

Zuletzt stand nach früheren Besuchen von Willy Brandt (sichtlich tief bewegt und berührt) und Helmut Schmidt (im Vergleich mit ihm arrogant und überheblich) in der DDR noch der Besuch des Staatsratsvorsitzenden und gebürtigen Saarländers Erich Honecker 1987 in der BRD im Blickpunkt, kalt und distanziert von Helmut Kohl und Co. empfangen und fast kurz angebunden abgefertigt. „Schäuble, Sie haben mir das eingebrockt“, soll Kohl angesäuert gesagt haben. Einzig Oskar Lafontaine und Franz-Josef Strauß bereiteten E. Honecker damals im Saarland und in München ein freundliches Willkommen. Einen politischen Nutzen hatte das späte Treffen für die DDR kaum noch, höchstens Genugtuung für

ihre Führung. Vorwärts immer, rückwärts nimmer. „Den Sozialismus in seinem Lauf, hält (halten) weder Ochs noch Esel auf.“ Die beiden beliebtesten dürftig-populären Kernsprüche E. Honeckers. Beides erwies sich als fataler Trugschluss. „Ochs und Esel“ erwiesen sich sehr wohl fähig, den Sozialismus störrisch aufzuhalten, und rückwärts in den Kapitalismus ging's mit der Vereinigung. Wer etwas über die Stimmung und Entwicklung in der DDR erfahren will, lese Erich Loests Roman „Nikolaikirche“ (oder sehe dessen Verfilmung) oder das opulente Opus von Uwe Tellkamp „Der Turm“ (2012 zweiteilig verfilmt). Sie sind die vielleicht wichtigsten DDR-Romane über die achtziger Jahre, wie es davor Reiner Kunzes literarische Montage in Prosa „Die wunderbaren Jahre“ (1976) war, die als Vorlage auch eindrucksvoll verfilmt wurde, heute nur noch wenigen bekannt und selten im Fernsehen gezeigt. Und natürlich der Film „Das Leben der Anderen“ (2006), die „Sonate vom guten Menschen“ über die methodische Bespitzelung der kritischen Kultur- und Literaturschaffenden durch die Stasi.

Franz-Joseph Strauß, der vielen als Kalter Krieger galt, sorgte 1983 bürgend für einen 2-Milliardenkredit westdeutscher Banken für die an maroder Zahlungsbilanz inflationär leidende DDR, was aber, langfristig gesehen, ihre Talfahrt nur noch beschleunigte. Konkret erreicht wurde damit ein Abbau der Selbstschussanlagen an der Grenze. Auch beachtlicher Fortschritt auf dem Gebiet digitaler Mikroelektronik konnte die DDR nicht mehr retten, die im volkswirtschaftlichen Welt-Ranking an 10. Stelle stand. Manche witzelten, man könne die neuen DDR-Mikrochips in Japan auf dem Trödelmarkt bekommen. Schulden und Negativdefizite haben die großen Nationen alle. Man geht unter „freien“ Marktbedingungen unter Banken, Regierungen und herrschender politischer Klas-

se nur anders einvernehmlich damit um. Siehe die schnell übernommenen staatlichen Stützungen in Milliardenhöhen für die bankrotten Banken in der 2008er-Finanzkrise. Auf dem Energiesektor sah es schon deutlich schlechter aus. Nach dem Aus für die kostspieligen DDR-Atomkraftwerkepläne gab es nur noch die Kohle als Hauptenergieträger, nur begrenzt weltmarktteures Erdöl, wofür es an nötigen Devisen fehlte. Sogar die zweitgeborene kleine Enkelin von E. Honecker war an einer schweren Atemwegserkrankung früh gestorben. Die sehr negative Ökobilanz des Landes hatte neben der verfallenden Bausubstanz der Innenstädte einen nicht unbeträchtlichen Anteil an seinem schleichenden Niedergang vor allem in den Köpfen und Herzen der Menschen. Die DDR-Führung ließ keine grüne Systemkritik zu. Wohnraum war für alle in Plattenbauten ja genügend vorhanden. Wer über die Mauer klettern wollte, musste sich nicht wundern und war selbst schuld, wenn er dabei erschossen wurde (O-Ton M. Honecker). Junge Aktivisten der „Umweltbibliothek“ wurden mindestens ebenso rigide von der Stasi observiert und drangsaliert wie die kulturelle und literarische kritische Elite. Sich aus diesen Staats-Überwachungs-Korsetts und trostlosen Perspektiven befreit zu haben, ist eine der positiven Aspekte und Leistungen des spontanen gewaltlosen Volksaufstands vom Herbst 1989, der aber, taktisch geschickt, vom Westen für seine Zwecke benutzt und ausgenutzt wurde. Wenn man auch über die ökonomische Kahlschlag-Prozedur nur entsetzt sein kann, und wenn man auch vom Regen in die Traufe kam, von der Umweltverschmutzung in der DDR in die globale Klimakatastrophe der freien Welt. Alles ist eben auch relativ, auch die Widersprüche sind es.

Immer wieder wird das soziale Vermächtnis der DDR schlecht gemacht und

kleingeredet. Wohlgermerkt nicht das der SED als zuletzt nur noch Untergangspartei. Sie hatte ihr Erbrecht verwirkt. In der DDR war die Herrschaft des Kapitals, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft. Soziale Lebenswelt war sicher. Die Landwirtschaft vergenossenschaftlicht, was die einzelnen Bauern entlastete. Das staats-subsventionierte alltägliche Leben war für alle erschwinglich. Kindergarten- und Krippenplätze gab's kostenlos für alle. Das Berufsbild und der Selbständigkeitsstatus der Frau waren dem westdeutschen überlegen. Der Umgang mit Zeit war in der DDR ein ganz anderer als in der BRD, weit gemächlicher. Die Menschen konnten systembedingt begrenzt frei reisen, an die Ostsee, nach Ungarn (Plattensee) und Bulgarien an das Schwarze Meer. Wer besonders staats-treu war, konnte auch nach Kuba fliegen. Das war natürlich vielen, die von Bahamas und Karibik träumten, zu wenig. Der dröhnende stinkende Plastezweitakter Trabant als Fortbewegungsmittel der Massen – heute seltener Kult – war vielen eine einzige Zumutung, doch konnte ihn so gut wie jede/r halbwegs geschickte Schrauber/in selbst reparieren. Man musste auch nicht jahrelang darauf warten, wenn man die ganze Familie und Verwandte namentlich Bedarfsanträge ausstellen ließ. Die DDR-Autoplaner wären mithilfe von Renault beim Wartburg-Bau als Viertakter zu weit Besserem fähig und in der Lage gewesen. Bürokratische Einengung, planerische Fehlsicht und engstirniger ideologischer Westvorbehalt ließen es nicht zu. Wartburg, tschechischer Skoda und polnischer Lada boten dennoch gewisse „gehobene“, wenn auch teurere Ausgleiche. Man konnte auf den damaligen holprigen DDR-Autobahnen auch kaum gefahrlos schneller als vielleicht 120 km/h fahren.

Delegitimierende Infragestellung fing damit an, dass man, wo es nur ging, die PDS

als SED-Nachfolgepartei diffamierte, sie unentwegt mit dem „Unrechtsstaat“ DDR, einer unter unabhängigen objektiven Kriterien zweifelhaften Rechtskategorie, in Verbindung brachte. Ihr aufrichtig bemühter parteiinterner Klärungs- und Demokratisierungsprozess wurde von Medien und Politik entweder komplett ignoriert oder bewusst zerredet und verfälscht. Es konnte und durfte einfach nichts Gutes an einer solchen kritisch gewandelten Nachfolge sein. ‚Lechts‘ ist wie ‚links‘ oder links ist wie rechts. Eine ohnehin völlig fehlgehende Totalitätsgleichsetzung. Ein weiterer Beitrag zum Konto „Fortgesetzter Geburtsfehler des vereinigten Deutschland“. Das Bekenntnis zum „DDR-Unrecht“ wurde wie im Kniefall bei der Thüringer Koalitionsbildung Rot-Rot-Grün unter dem „Wessi“ Bodo Ramelow sogar für die Partei Die Linke eine Voraussetzung für BRD-Staatstreue wie einst das geforderte Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Zeiten von Berufsverboten für Linke und der Verfolgung von Kommunisten und Kommunistinnen, vornehmlich der DKP. Hier setzte sich untergründig wie offen der alte Antikommunismus der Adenauer-Ära fort. Auch ein vereintes Deutschland schaffte es bisher nicht, das KPD-Verbot endlich aufzuheben, wie man es unter Anführung aller möglichen Gründe bis Ausflüchte nicht schafft, rechtsextreme Parteien wie die NPD gegebenenfalls zu verbieten. Die Partei ‚Die

Linke‘ ist als Opposition die einzige im Berliner Reichstags-Treibhaus, die ihre Stimme klar erhebt gegen Krieg, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung neben den beiden Bündnissen der außerparlamentarischen Friedensbewegung. Das Verdrängen ist groß, daher gilt es die angesprochenen Punkte gegen alle Feier-Reden in Erinnerung zu rufen und wach zu halten.

Bremen, 3./4.10.2016

Literatur/Quellen:

Nikolaus Koch: *Staatsapparat und Gewissensprimat. An die deutschen Parteien in Bundestag und Volkskammer. Arbeitstext Nr. II. Witten-Bommern 1988*

Nikolaus Koch: *Die Deutschen in der vierten Revolution. Arbeitstext Nr. III. Witten-Bommern 1989*

Ekkehard Lieberam: *Der Kniefall von Thüringen. Die LINKE und die Unrechtsstaat-Debatte – eine Dokumentation. Bergkamen 2014*

Ludwig Elm / Ekkehard Lieberam: *Rechte Geschichtspolitik unter linker Flagge. Eine Gegenposition. Sonderdruck/Textauszug. Bergkamen, o. J., in Vorb. (Kurzbeschreibung: Die Thüringer „Linkskoalition“ orientiert auf völlige Delegation der DDR und den Anschluss an antikommunistische Geschichtsbilder). Die Broschüren können angefragt bzw. bezogen werden über: pad-Verlag, Am Schlehdorn 6, 59192 Bergkamen. pad-verlag@gmx.net*

Ekkehard Lieberam: *Der Kniefall von Thüringen. Die LINKE und die Unrechtsstaat-Debatte – eine Dokumentation. Bergkamen 2014*

Im Auge des Hurrikans: Port-à-Piment*

Von Jürgen Schübelin

Port-à-Piment (14.10.2016) „Mat(thäus) 4.10“ (Du sollst anbeten den Herrn, deinen Gott, und ihm allein dienen) und „Sèl Jezi“ (Nur Jesus) hatte der Fischer

auf sein Boot geschrieben, das jetzt zerstört am Strand liegt. Er und seine Familie überlebten die apokalyptische Nacht vom 3. auf den 4. Oktober nur, weil sie auf den inständigen Rat ihres Schwagers hörten, der von Port-au-Prince aus per Handy unab-

lässig gefordert hatte, sich in Sicherheit zu bringen. Am Ende retteten die Mauer-Reste einer vom Hurrikan Matthew schwer beschädigten Kirche den Menschen aus den Fischerhütten am Strand der Ortschaft Torbeck das Leben. „Wir haben die ganze Nacht gezittert und geweint“, sagt Noela (11), „alle dachten wir, dass wir jetzt sterben müssten. Die Nacht, der Sturm und der Regen hörten einfach nicht mehr auf.“

Als es am 4. Oktober endlich dämmerte, war von ihrer Welt und ihrem alten Leben nichts mehr übrig. Keine der Fischerhütten stand mehr, kein Baum, kein Haustier, kein Vogel hatte überlebt, die Boote am Strand zerschellt. Seit 1964 wurden die Menschen in Haiti nicht mehr von einem derart verheerenden Wirbelsturm heimgesucht.

Port-à-Piment – an der Südküste der Tiburon-Halbinsel – ist zusammen mit der etwas weiter nördlich gelegenen Stadt Jérémie so etwas wie das Epizentrum dieser Katastrophe. Über Port-à-Piment zog das Auge des Hurrikans mit quälend langsamen sieben Stundenkilometern. Hier verwüstete Matthew 90 Prozent aller Häuser und Hütten, die Schulen, den Friedhof und die Kirchen. Meterhohe Brecher zerfetzten regelrecht die Gebäude, die am nächsten am Strand standen. Als die Menschen in die etwas höher gelegene Baptisten-Kirche fliehen wollten, hatte die bereits kein Dach mehr. Pastor Joseph holte so viele völlig durchnässte und verängstigte Menschen wie sein Haus fassen konnte, zu sich herein: „Wir kauerten alle auf dem Boden, fassten uns an den Händen und beteten. Dabei regnete es unablässig. Der Regen kam nicht von oben, sondern mit dem Sturm vom Meer. Und er war salzig.“

Noch gibt es keine Klarheit darüber, wie viele Menschen bei dieser Katastrophe ums Leben kamen. Haitis Übergangsregierung versucht, die Zahlen möglichst niedrig zu

halten, spricht von 450 Opfern. Unabhängige Journalisten, die alle Bürgermeister des Landes telefonisch befragt haben, kommen – ähnlich wie verschiedene UN-Organisationen – auf deutlich über 1000 Tote. Keinen Dissens gibt es indes darüber, dass an der Südküste des Landes mindestens 30.000 Häuser und Hütten zerstört wurden – und insgesamt mehr als 1,4 Millionen Menschen von den Folgen des Wirbelsturms betroffen sind.

Port-à-Piment war auch vor dieser entsetzlichen Hurrikan-Nacht immer schon ein bescheidener Ort gewesen, mit kleinen, im kreolischen Stil gebauten Häusern mit bunten Holztüren, zwei Kirchen, vielen Bäumen und einem wunderschönen, palmen-gesäumten Strand. Alles in Allem zählte die Stadt 35.000 Einwohner. Die Menschen lebten vom Fischfang, Landwirtschaft und einem bisschen Handwerk. Von all dem ist nichts übriggeblieben. Oder fast nichts.

Kindernothilfe hatte 2008, nach dem Hurrikan Ike, in Port-à-Piment den Bau von sieben Tiefbrunnen finanziert. Fünf von ihnen überstanden die Katastrophe ohne Beschädigungen. Über sie versorgen sich die Menschen mit Trinkwasser. In der schwülen Bruthitze bei tagsüber 31 Grad Celsius ist der Zugang zu sauberem Wasser überlebensnotwendig. Denn die Cholera bedroht auch in Port-à-Piment vor allem die Kinder und die alten Menschen. 62 Infektionsfälle hat die Leitung des kleinen Krankenhauses seit dem Hurrikan registriert, diejenigen Menschen in den abgelegenen Bergdörfern, die es nicht bis hinunter ins Zentrum geschafft haben und an der nach dem Erdbeben von 2010 von UN-Truppen ins Land eingeschleppten Durchfallerkrankung starben, nicht mitgezählt.

Zu den schmerzhaftesten Lücken, die Hurrikan Matthew riss, gehört auch die Be-

rufsschule von Port-à-Piment, das Centre de Développement Côte Sud Haïti (CDCSH), mit dem die Kindernothilfe seit dem Erdbeben 2010 intensiv zusammenarbeitete. 80 junge Frauen und Männer wurden hier pro Jahrgang als Schneiderinnen, Schreiner, Schlosser, Elektriker und Flaschner – sowie am Computer – ausgebildet. Von hier stammt fast das gesamte Mobiliar der in Carrefour und Port-au-Prince nach dem Erdbeben von Kindernothilfe wieder aufgebauten Schulen der Kleinen Schwestern und des Collège Véréna. Das komplette CDCSH-Schulgebäude, mit allen Werkräumen und einem Großteil seiner Ausstattung, ist seit der Nacht zum 4. Oktober nur noch eine Ruine – auch die mit Kindernothilfe-Mitteln geschaffene Computerklasse.

Inmitten des Chaos und der Verwüstung arbeiten konzentriert zwei der Schreinerlehrer. Sie haben eine der Werkbänke gerettet und zimmern jetzt einen Sarg. Bestimmt ist er für einen Nachbarn, der in der Hurrikan-Nacht einige seiner Tiere von einem Feld retten wollte, dann aber selbst vom Wind erfasst und schwer verletzt wurde. Acht Tage nach der Katastrophe ist er jetzt gestorben.

Ständig kommen ehemalige Schüler des CDCSH auf das Areal und bestürmen Reinhard Schaller, den langjährigen Leiter des Projektes und Fachlehrer für Schweißen, möglichst schnell mit dem Wiederaufbau der Berufsschule zu beginnen. Mehrere Lehrer und Schüler packen einfach sofort an, beginnen mit den Aufräumarbeiten, beseitigen mit bloßen Händen Mauerreste, Wellblechplatten und Schutt. Auf einem Teil des Ruinengeländes soll in zwei Tagen ein Child friendly Space (cfs), ein Kinderzentrum, seine Arbeit aufnehmen.

In rund 800 Meter Entfernung, im Schatten der schwer beschädigten Kirche von Pas-



Zerstörte Berufsschule

tor Joseph, gibt es ein derartiges Kinderzentrum bereits. 60 Mädchen und Jungen singen mit Inbrunst, zehn weitere schauen noch von außen zu. Madame Arnaude hat das Heft fest in der Hand. Sie bringt die Kinder dazu, zu klatschen, zu singen, zu tanzen. Als sie dann die Geschichte von David und Goliath erzählt und erklärt, dass auch die Kleinen, dann, wenn sie mutig sind und auch ein bisschen schlauer als die ganz Großen, sogar die Angst besiegen können, hängen ihr die Kinder gebannt an den Lippen. Vielen Mädchen und Jungen ist das Entsetzen aus der Nacht mit dem Monstersturm noch ins Gesicht geschrieben.

Madame Arnaude verfügt über Kindergottesdienst-Erfahrung. Das ist in dieser Situation goldwert. Zunächst vier derartige Kinderzentren wird es im Port-à-Piment geben: Das dreiköpfige Organisationskomitee aus Pastor Joseph, dem Leiter der zerstörten Berufsschule, Dulice Nelson, und ihrem Administrator, Bienaime Faner, haben sich mit den Nachbarn beraten und vier verschiedene Orte identifiziert, die allerdings zum Teil erst vom Schutt befreit werden müssen, ehe dort mit Kindern gearbeitet werden kann. Sobald wie möglich, soll die cfs-Arbeit dann auch auf die umliegenden Dörfer ausgeweitet werden. Angelegt ist dieses Nothilfe-Projekt für eine Über-

gangsphase, solange, bis in einigen Monaten die Schule wieder beginnen kann.



Madame Arnaude im Hort der Kindernothilfe

Kindernothilfe-Haiti gelang es indes, mit mehreren Fahrzeugen von Port-au-Prince aus jede Menge Kekse, Saft und kalorienhaltige Süßigkeiten nach Port-à-Piment zu schaffen, um den Mädchen und Jungen auch ohne die Möglichkeit, zu kochen, etwas zum Essen und Trinken anbieten zu können. Und aus Léogâne, einem der Orte, der im Januar 2010 bei dem Erdbeben am stärksten verwüstet wurde, wird Madame Edouine, eine begnadete Vorschulpädagogin und cfs-Expertin von der Kindernothilfe-Partnerorganisation AGREDEP, zu dem Team in Port-à-Piment stoßen, um ihre Erfahrungen aus der Arbeit mit Mädchen und Jungen nach dem Erdbeben weiter zu geben.

Und noch eine Geschichte hören wir an diesen Tagen in Port-à-Piment gleich mehrfach: Die von einer Familie aus einem der Bergdörfer, in der der Vater mit seiner Frau und den Kindern aus der eingestürzten Hütte vor dem Sturm fliehen wollte und dann miterleben musste, wie ihm der Hurrikan sein einjähriges Töchterchen aus dem Arm riss und durch die Luft schleuderte. Alle verzweifelten Versuche, das Kind zu finden, waren vergeblich. Erst nach zwei Tagen – und mehrere hundert Meter von

dem Ort entfernt, an dem das Kind verloren ging – entdeckten Nachbarn das Mädchen schließlich unter umgerissenen Bäumen und Gestrüpp – weitestgehend unverletzt.

„Matthew hat nichts mit dem Matthäus aus der Bibel zu tun“, sagt Pastor Joseph, der es schließlich wissen muss, „aber er ist eine entsetzliche Prüfung, die die Menschen an dieser Küste bestehen müssen. Und wir wissen, dass das viele Jahre dauern wird. Was wir nicht wissen, ist, wie diese Prüfung am Ende ausgeht“.

Haiti, 14.10.2016

Jürgen Schübelin ist 60 Jahre alt, von Beruf Sozialwissenschaftler (M.A.) und außerdem gelehrter Tageszeitungsredakteur (Badische Zeitung, Freiburg).

Er hat 12 Jahre lang in Lateinamerika als Entwicklungshelfer für EIRENE, Brot für die Welt und die AGEH gearbeitet, war nach seiner Rückkehr nach Deutschland anderthalb Jahre als Redakteur beim „überblick“ in Hamburg tätig, ehe ihn die Kindernothilfe im Oktober 1999 zu ihrem Lateinamerika- und Karibik-Referatsleiter berief. Mitglied beim BRSD ist er ebenfalls seit 1999 – und lebt mit seiner Frau, die von Beruf Stadt-Geographin ist, und seiner schon erwachsenen Tochter, die an der Uni Duisburg-Essen studiert, in Duisburg. In der Regel ist er viermal im Jahr im Auftrag der Kindernothilfe in Lateinamerika im Zusammenhang mit Partner- und Projektbesuchen unterwegs.



Jürgen Schübelin

Zur Poetik einer lebendigen Theologie bei Huub Oosterhuis

Kontemplation und Engagement

Von Elmar Klink

Was ist Menschen an diesem „Meister zeitgenössischer christlicher Gebetsprache“ (Herder Verlag) Huub Oosterhuis (*1933) sympathisch und gefällt ihnen? Die Antworten dürften über das Menschliche hinaus dahin gehen, die bei dem holländischen Theologen, ehemaligen Jesuiten (Austritt 1970), Dichter und Autor einzigartige Verbindung einer spirituell inspirierten Sprache im zeitgemäßen Dialog mit biblischen Texten und deren hohen geistlichen Sprache – wenn man an die Luther-Übersetzung denkt – hervorzuheben. Oosterhuis' literarisches Schaffen und praktisches Wirken ist nicht nur von kontemplativer Liedtextung und meditativen Reflexionen, sondern auch davon geprägt, diese in ein sozialpolitisches und kulturelles Engagement zu transformieren. 2006 kandidierte er bei den holländischen Parlamentswahlen für die Sozialistische Partei, allerdings auf verlorenem hinteren Listenplatz. Mehrere kulturelle und politische Zentren in Amsterdam wurden von Oosterhuis direkt initiiert.

Der Name Oosterhuis ist eng verbunden mit der Entstehung und dem Aufbau seit 1960 der Amsterdamer StudentInnenekklisia (seit 2015 Ekklesia Amsterdam) durch den Jesuitenpater und Studentenseelsorger Jan van Kilsdonk (1917-2008). Die Ekklesia, zunächst eine Katholische Studentengemeinde, deren Studentenpfarrer Oosterhuis 1965 wurde und Vorsteher er bis heute ist, war schon vor Abschluss des Vatikanischen Konzils eine treibende Kraft in den Niederlanden für konsequente Schritte in Richtung Glaubens- und Kirchenreform und wandte sich immer mehr von der Katholischen Kirche ab. 1970 löste sie

sich ganz vom zuständigen Bistum los. „Die Ekklesia entwickelte sich in den sechziger Jahren durch den Beitrag von Oosterhuis ... rasch zu einer Werkstatt und einem Versuchs- und Experimentierfeld ... auch für die ganze nach dem Zweiten Vatikanum stattfindende Erneuerung der liturgischen Sprache und Formen in den Niederlanden“ (Cornelis ‚Kees‘ Kok in: Das Huub-Oosterhuis-Le-sebuch). Der Kölner jesuitische Theologie-Professor Alex Stock (*1937) sieht die bedeutende Stellung und die öffnende Wirkung der Amsterdam-Ekklesia für die heutige konfessionelle Zeit gar in einer Reihe mit dem Kloster St. Gallen um 900, der Schule von Notre Dame in Paris um 1200 und den Hofkirchen im 17./18. Jahrhundert. Mit „Ganz nah ist dein Wort“ (1967) und „Im Vorübergehen“ (1969) als Gebetsbüchlein im Taschenkalenderformat gelangten die ersten Texte von Oosterhuis übersetzt nach Deutschland. 1976 folgte auf Deutsch auch die erste mit Noten versehene Sammlung von 66 Liedern (Du bist der Atem meiner Lieder). Die Brücke schlug sich nach Bremen in die St. Hedwigsgemeinde mit Pfarrer Hanns Kessler, die in den siebziger und achtziger Jahren zum Ort wurde, wo Amsterdamer Gesänge und Gebete auf Deutsch die Liturgie inspirierten und sich mit H. Kessler, Annette Rotherberg-Joerges und Birgitta Kasper-Heuermann im Bremer Lehrhaus ein kleiner ÜbersetzerInnenkreis für Oosterhuis-Texte bildete. (zit. nach Alex Stock: Und in den Funken sehe ich).

Über seine „freie Liturgie-Praxis“ wurde Oosterhuis zum Liturgie-Erneuerer in einem ganz anderen Sinn, als ihn Joseph Ratzinger in „Der Geist der Liturgie. Eine Einführung“ (2000) meint und vertritt. Traditionelles Bi-

bellesen etwa wird ersetzt durch in liturgischen Arbeitskreisen gemeinsam erarbeitete Deutungsgeschichten. Dazu zwei Zitate von Oosterhuis: 1. „Worüber man nicht so leicht sprechen, aber auch nicht schweigen kann, lässt sich in der Liturgie manchmal im gemeinsamen Singen ausdrücken“ 2. „Ansteckend singen: Feuer fangen – einer am anderen“ (website der Bremer Stadtgemeinde Johannes XIII). Man kann die zahlreichen Bücher von Oosterhuis mit den Gebeten, Meditationen, Essays, Bibelauslegungen und Liedtexten in Gesamtheit durchaus eine „poetische Glaubenslehre“ (C. Kok) nennen.

Bezeichnend für das Selbstverständnis der *Ekklesia Amsterdam* ist u. a. das sog. Liturgische Dreieck: Das gehörte, das gefeierte, das gelebte Wort (siehe Kees Kok: Das liturgische Dreieck). Die interaktive Kombination von Wort (Predigt, Textlesung, Gesang), Eucharistie (Gottesdienst/Ritus) und Gemeinschaft (Gemeindeleben). Wann immer es in einer Kirche oder kirchlichen Gemeinschaft „nicht stimmt“, d. h. Störungen, Dissonanzen und Ungleichgewichte gibt, hängen sie mit einer Über- oder Unterbetonung bzw. einem Fehlen von einem der drei Pfeiler zusammen. „Es ist unmöglich, sich einen Gottesdienst ohne Gesang vorzustellen. Wir brauchen Lieder und Gesänge, die optimal innerhalb der ganzen Literatur des Wortes und des Tisches (‘Eucharistie’) funktionieren, z. B. auch Lieder als eine Erklärung der Schriftlesungen“ (H. O., 1963). Einzig die religions-undogmatischen Quäker (Religiöse Gesellschaft der Freunde) verzichten in ihrem liberalen Flügel völlig auf Lied und Gesang bei ihren Zusammenkünften und üben sich in der Meditation in Stille, um das „Innere Licht“, „das von Gott in jedem Menschen“ zu ergründen. Oosterhuis ist, wenn auch völlig unpietistisch, als eine Art Gerhard Tersteegen von heute anzusehen. Beinahe 600 Lieder hat er verfasst, von denen einige nicht unumstritten Eingang

ins Gotteslob und Evangelische Gesangbuch fanden. Seine Textinhalte wären allerdings ohne die „Dialektik der Aufklärung“ (Horkheimer/Adorno) so wenig denkbar wie ohne eine entmythologisierte Theologie, und sie vereinen in sich etwas von der starken Kraft von „Mystik und Widerstand“, dem „stillen Geschrei“ (D. Sölle). Sie eröffnen wieder neue Zugänge für alle jene, die der nur reinen Erbaulichkeit oder Naivgläubigkeit traditioneller Kirchenlieder, oft genug nur noch wie in automatischer Halbtrance gesungen, müde sind und nach einer neuen gesungenen Lebendigkeit des sinnhaften Textes und Kontextes im poetischen Ausdruck suchen, der die Seele bewegt, den Geist wandelt, das Tun beflügelt. Dazu noch einmal ein Oosterhuis-Zitat: „Es geht um Lieder und Liturgie in der lebendigen Volkssprache, in der wir wohnen, verwurzelt sind, die wir sprechen, in der wir fantasieren und krank sind, Geld verdienen und lieben – eine Sprache, in der unser ganzer Lebensraum zum Ausdruck kommt.“

Das unterscheidet Oosterhuis’ Ansatz auch davon, z. B. jüngeres Publikum mit Jazz-Messen oder Rock- und Popliedbezügen wieder vermehrt in die Kirchen zu locken. Es geht um eine neue Einheit von Inhalt und Form, nicht nur formal attraktive „Modernität“. Es gibt mittlerweile eine neue Begeisterung von Menschen, mithilfe der oft ausgesprochen schönen Oosterhuis-Texte sich wieder auf das geistliche chorale Singen zu verlegen. Das verdeutlicht sich in den inzwischen schon recht zahlreich stattgefundenen Liturgischen Liedtagen an verschiedenen Orten mit Hunderten von Teilnehmenden. Einzelne Interessierte und Chöre können dabei die elementär-tonalen und gregorianisch verankerten, nicht immer einfachen Oosterhuis-Lieder mehrstimmig einstudieren, zu denen vor allem Bernard Huijbers (+2003), Tom Löwenthal und Antoine Oomen die kongenialen Vertonun-

gen beisteuerten. Ziel ist und soll es sein, dass wieder die ganze Gemeinde singt und mitsingt, Gesang als Teil praktischer Liturgie begreift, in der Wort, Ritus und Versammlung ganzheitlich aufeinander bezogen präsent sind. „Jeder kann singen“ (Gotthilf Fischer) oder etwa nicht?

Bei einer ökumenischen Basisgemeinde wie der Bremer Stadtgemeinde Johannes XXIII, die, kaum mehr als einige Dutzend Personen umfassend, sich eng an der Amsterdamer Eklesia orientiert, ist der Chorgesang der Oosterhuis-Lieder fester liturgischer Bestandteil, und es existiert dafür sogar ein eigenes Liederbuch. Die Stadtgemeinde gründete sich in der Zeit des katholischen Kirchen-Volks-Begehens (KVB) 1994/95 als Stamm aus einer katholischen Stadtteil-Gemeinde in einem nach dem Krieg großräumig angelegten neuen Wohnquartier. Man wollte einen Neuanfang auch im Sinne der fünf Zentralforderungen des KVB wagen: Aufbau geschwisterlicher Kirche; volle Gleichberechtigung der Frauen; freie Wahl zwischen zölibatärer/nicht-zölibatärer Lebensform; positive Bewertung der Sexualität; Froh- statt Drohbotschaft. Dazu konnte man sich nur außerhalb der Katholischen Kirche konstituieren. Dt. Allg. Sonntagsblatt und Publik-Forum berichteten damals ausführlich über die strittigen Vorgänge und Konflikte mit dem Bistum Osnabrück. „Wer versucht, das Wort ‚Gott‘ mit Aufstand und Befreiung zu verbinden und ihm demnach eine Bedeutung aus der biblischen Gerechtigkeitsvision, einer politischen Vision, geben will, der muss sich wohl vom herrschenden römischen Katholizismus distanzieren“ (H. O.: Die Amsterdamer Studenten-eklesia). Die SG Johannes XXIII erhält, obwohl viele Angehörige nach wie vor katholische Kirchenmitglieder sind, keine Kirchensteuern und existiert als Förderverein von Spenden und Eigenbeiträgen der Mitglieder. Es gibt neben der

wöchentlichen liturgischen eine jährliche Vollversammlung des Vereins, ein gewähltes Leitungsteam mit Sprecher, aber keinen ständigen Priester. Mit dem 1988 gegründeten Lehrhaus Bremen um die Pfarrer Kessler und Wellmann gab es zunächst eine Impulse gebende enge Kooperation. Doch im Jahr 2000 kam es intern zu einer konzeptionellen und personellen Kontroverse und in deren Folge Abspaltung einer kleinen, aber das Lehrhaus wesentlich repräsentierenden und tragenden Gruppe, der auch dessen Gründungspfarrer angehörten. Diese Trennung vom Lehrhaus, so beschreibt es das SG-Mitglied Christian Gallasch stellvertretend für den Liturgiekreis, „war ein Schisma, das seitens des Lehrhauses nie mehr rückgängig gemacht werden sollte. Auch wenn die Stadtgemeinde das sehr bedauerte.“ „Die Stadtgemeinde musste sich“, so Gallasch weiter, „neu aufstellen, nachdem die beteiligte Priesterzahl geschrumpft war“. Man konnte neue Geistliche, katholische Priester wie evangelische Pastoren hinzugewinnen „und entwickelte eine fortgeschrittene Form des Agape-Gottesdienstes, die sich für Außenstehende nur noch wenig, für normale Kirchgänger allerdings deutlich von der eucharistischen Tradition (auch des Lehrhaus-Gottesdienstes) unterscheidet. Diese Feiern werden im Wesentlichen vom Liturgiekreis getragen.“ Hinsichtlich Ökumene habe man viele Initiativen in diverse evangelische Gemeinden hinein gestartet, aber mit Ausnahme einer punktuellen Kooperation auf Granit gebissen. „Man war an einer echten ‚eucharistischen Begegnung‘ nirgendwo interessiert.“ So bleibe es derzeit bei dem Zusammensein mit evangelischen Pastoren und Laien der SG. In Bezug auf diakonisches Engagement berichtet Gallasch davon, dass man neben einem Projekt in Peru seit längerem Projekte in Estland, Afrika und Nicaragua unterstützt. „Die geschrumpfte Stadtgemeinde lässt sich nicht

entmutigen, wir sehen, dass wir in theologischer, liturgischer und ökumenischer Hinsicht ein recht einzigartiges Modell entwickelt haben, wie lange wir das mit unseren kleinen Kräften noch stemmen können, wissen wir nicht, auch wenn es gerade ein wenig Rückenwind aus Rom gibt.“ (Aus einer schriftlichen Antwort von Christian Galasch an den Verfasser vom 24.6.2016). Eine offene Stadtgemeinde unter maßgeblicher aktiver Laienbeteiligung als Modell für eine schrumpfende, priesterlose Kirche und absehbaren Ausfall der Großförderung aus staatlich eingezogenen Steuern? Zumindest eine Basisgemeinde im Sinne Oosterhuis' und der Ekklesia Amsterdam. Und auch eine im Sinne ihres Patrons, des Konzilspapstes Johannes XXIII. (www.johannes-xxiii.de).

Sehr verdient um das Oosterhuissche Liedwerk mit der Initiierung von Liedtagen macht sich bisher die Schola Kleine Kirche Osnabrück (www.schola-kleine-kirche.de), ebenfalls als reines ehrenamtliches Laienprojekt Bremischen Impulsen folgend. Liedtage gab und gibt es außer in Osnabrück in Hamburg, Bremen, Bonn, Vallendar (b. Koblenz), Mainz, Würzburg, Prien am Chiemsee, an diversen katholischen Akademien, in der Schweiz und in Österreich. Und auch die Herausgabe einer inzwischen ganzen Reihe von Tonträgern auf acht CDs mit den Oosterhuis-Liedern ist ihr Werk. Sie ist sozusagen hierfür zentrale Anlauf- und Bezugsadresse. Das neu-

este Oosterhuis-Buch „Im Anfang war die Hoffnung. Worte von Widerstand und Zuversicht“ (2016) erschien gerade bei Camino (Verlag Kath. Bibelwerk). Wer sich ausführlicher mit der Poetologie von Oosterhuis befassen will, greife zum profunden Grundwerk von Alex Stock: „Andacht. Zur poetischen Theologie von Huub Oosterhuis“ (EOS Verlag, St. Ottilien, 2011). Die der Ekklesia beigeordnete Stiftung „Lehrhaus und Liturgie“ sorgt unter ihrem Leiter C. Kok für die Verwaltung und Verbreitung des Oosterhuisschen Werks (www.leerhuisenliturgie.nl). Bremen, 5.7.2016. EIK-Texte

Literatur:

Huub Oosterhuis: *Du bist der Atem und die Glut. Gesammelte Meditationen und Gebete.* Freiburg 1995

ders.: *Ich steh vor dir. Meditationen, Gebete und Lieder.* Hrsg. von C. Kok. Freiburg 2004

ders.: *Du Atem meiner Lieder. 100 Lieder und Gesänge.* Freiburg 2009

ders.: *Du Freund Gott. Lieder – Gebete – Essays.* Kevelaer 2013

Cornelis Kok (Hg.): *Das Huub-Oosterhuis-Lesebuch.* Freiburg 2013

ders. (Hg.): *Das Huub-Oosterhuis-Gottesdienstbuch.* Freiburg 2013

Alex Stock: „Und in den Funken sehe ich. Huub Oosterhuis und seine Poesie in Deutschland“; in: *Herder Korrespondenz*, Jg. 68, Heft 9 (2014), S. 466-470

Mt 2,13–15

GOTT RETTET

Von Barbara Rauchwarter

*Die Träume des Zimmermanns lasten schwer
seit er aufbrach aus Galiläa
mit der hochschwangeren Frau nach Juda
weil Rom befohlen hatte zu zählen*

*die Köpfe wegen der Steuer
die Kraft der Hände der Männer
die Schöße der Frauen für mögliche Söldner.*

*Dort in Juda, in der Davidsstadt
war er geboren – Josefs Sohn*

in einem Unterstand für Vieh,
denn es war kein Raum in den Herbergen.
Und dort in Judas herrscht Herodes
und fürchtet um seinen schiefen Thron,
fürchtet die Konstellation der Himmelskörper,
die Hirten als Sternstunde erfuhren
und Weise als Zeitenwende,
die Wende zum Guten,
weil Gott rettet.
Und Josef träumt schwer in den Nächten.
Herodes wacht und
plant den Mord an dem Kind
Jesus – GOTT RETTET

Steh auf,
nimm das Kind und seine Mutter mit dir
und flieh nach Ägypten
und bleib dort, bis ich's dir sage!

So sprach ein Engel
hinein in die schwarzen Träume von Josef,
dem Zimmermann aus Galiläa.

Und Josef steht auf
nimmt das Kind und seine Mutter
und reiht sich ein
in den Zug der Flüchtlinge vor seiner Zeit,
von denen das Heilige Buch erzählt:
wie er waren sie auf der Flucht:
Abram und Sarah aus Hunger nach Gott,
Jakob und seine Söhne aus Hunger nach Brot,
wie Elimelech mit Noemi aus der Davidsstadt
und er, David, vor den Schergen Sauls,
wie Elia vor den Mordknechten Isebel,
wie Josefs Volk vor der Schreckensherrschaft
des Pharaos aufstand und
floh aus der Knechtschaft.
Josef steht auf und flieht mit dem Kind
und der Mutter –
GOTT RETTET auf Fluchtwegen.

Er geht mit auf dem Weg in die Fremde.
Er geht mit auf dem Weg
in die Sprachlosigkeit.

Er geht mit in die Ungewissheit
des Wartens in Lagern
Gott geht mit in die Anspannung
der Verhöre.
wo das Wichtigste immer ungehört bleibt –
so nagt die Sorge,
Er geht mit in die Kleiderkammern und
nimmt entgegen,
was an Überflüssigem bleibt als Spende.
Er reiht sich ein in die Kette
der Wartenden zur Ausspeisung,
Er duckt sich an
barschen Uniformierten vorbei,
Gott geht mit auf der Suche
nach Arbeit und Wohnung.
Er teilt das Elend der Entlassung
aus der Betreuung.
Er teilt die Angstträume
von Abschiebung und Ausweisung,
seit er sich hingab, seit er sich preisgab
an die Menschen guten Willens
in diesem Kind Jesuah:
GOTT RETTET

Barbara Rauchwar-
ter, geboren in
Hamburg 1942, ist
evangelische Theo-
login und Germani-
stin. Sie lehrte an
der Kirchlichen
Pädagogischen
Hochschule Wien in
den Fächern Bibel,
Theologie des
Neuen Testaments
und Fachdidaktik. 2012 ist ihr Buch „Genug
für alle. Biblische Ökonomie“ im Wieser Verlag
erschienen.



Barbara Rauchwarter

Rezensionen

Thomas Müntzer – Revolutionär am Ende der Zeiten

Von Friedrich Winterhager

Goertz, Hans-Jürgen: *Thomas Müntzer. Revolutionär am Ende der Zeiten. Eine Biographie.* München [C. H. Beck] 2016, geb. 352 S., mit 25 Abbildungen und 1 Karte, 24,95 € (Neubearbeitung eines Buches von 1989)

Thomas Müntzer (ca. 1489–1525) spielt eine wichtige Rolle im Rahmen der sog. Theologie der Revolution und auch im Begründungszusammenhang der Theologie der Befreiung, wie wir sie aus Lateinamerika kennen. Es ist nicht heute mehr üblich und gilt auch als unsachlich, ihn etwa noch als Mordpropheten abzustempeln. Er hielt Glauben und Werke für heilsbringend in gleicher Weise, wie er einmal in einem Nürnberger Gesprächszettel angab (vgl. den Beleg bei U. Bubenheimer 1989, S. 273). Zuvor müsse jedoch auch die Furcht Gottes Geltung finden. – In Mexiko ist, wie der Verfasser berichtet, ein Dorf nach ihm benannt.

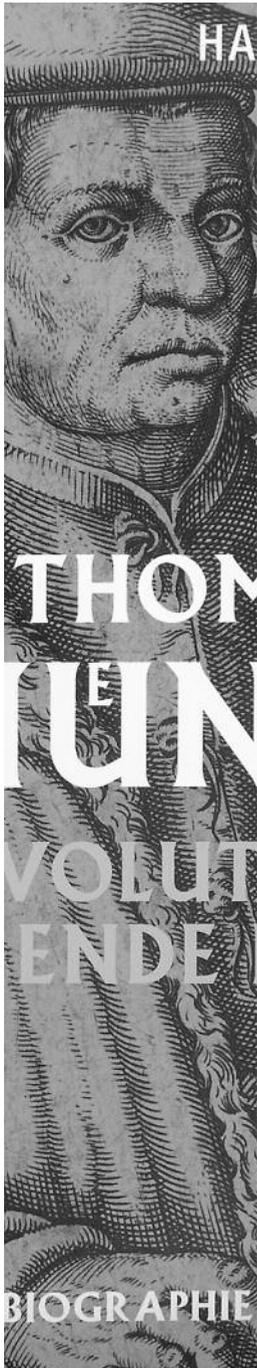
Zu den Waffen rief er nur, wenn er das Evangelium und den bibelgemäßen Gottesdienst in Gefahr sah, und er riet sonst eher doch zur Mä-

ßigung und zur Leidensbereitschaft und warnte auch vor übertriebener Selbstsucht. Es gibt Mahnungen zum Frieden in einer gedruckten Schrift an die Stolberger und auch mündlich in einer Phase in Mühlhausen (Frühjahr 1525). Zum Zug durch das Ober-Eichsfeld mit seinen Plünderungen der Klöster wurde er praktisch durch Mehrheitsbeschluss gezwungen. In der Schlussphase, als die Aufständischen fast schon umzingelt waren, verkündete er offenbar bei Frankenhausen unberechtigte Todesurteile aus der Mitte der Versammlung. Die Umstände seiner Festnahme nach der Schlacht sind nicht ganz geklärt worden. Er verstand sich als Botenläufer Gottes und meinte, das Schwert Gideons zu führen.

Die ersten seriösen Müntzer-Biographien erschienen 1795 (Georg Th. Strobel, posthum) und 1921 (Ernst Bloch).

Wer nun, wie hier geschehen, ein umfangreiches Buch über diesen Theologen Müntzer erstellen will, der wird dessen Lebensgang aus den eher wenigen zeitgenössischen Quellen zusammenstellen, aber auch seine Leistungen und Beiträge auf dem Gebiet der Liturgik und der herme-





neutischen Theologie verstehen und darbieten. Auch Müntzers Beitrag als Briefeschreiber und Seelsorger ist eingehend zu berücksichtigen. Das ist dem Verfasser Hans-Jürgen Goertz, einem emeritierten Professor der Sozialgeschichte an der Universität Hamburg, hier in doch recht überzeugender Weise gelungen. Er bemüht sich um kritische Sympathie zu Müntzer; erwähnt wird auch Müntzers tapfere Ehefrau Otilie von Gersen, eine vormalige Nonne oder Stiftsdame. Sie gebar ihm zwei Kinder.

In der Liturgie hielt Müntzer an der herkömmlichen Taufe und dem Abendmahl und auch dem Gedanken der Ehe fest, und er bevorzugte übersetzte gregorianische Gesänge, die das Volk mitsingen durfte. Liturgie war bei ihm immer auch mit Glauben verbunden.

Beschrieben oder erschlossen werden nun Müntzers Herkunft, seine Jugend und Ausbildung in Stolberg (Harz) und Quedlinburg, seine in der Diözese Halberstadt erfolgte Priesterweihe und seine artistischen Studien in Leipzig und Frankfurt (Oder) sowie seine dazwischen liegende Lehrtätigkeit in Aschersleben. Es folgten geistliche und pädagogische Aufgaben in Braunschweig und Frose (Anhalt). Ein erstes und zweites reformatorisches Auftreten in Jüterbog und Zwickau werden

geschildert und sein zeitweiliger Kontakt zu den sog. Zwickauer Propheten. Es gab in Jüterbog Konflikte mit den Franziskanern. Er reiste dann, wohl zweimal, nach Böhmen, nämlich nach Saaz und Prag. Dort, in der Stadt des Jan Hus, legte er Zeugnis von seiner Theologie ab in Form seines sog. Prager Manifestes (1521). In Böhmen wollten der ultrakatholische Klerus und die Obrigkeit hingegen Frieden mit der katholischen Monarchie halten, und sie setzten Müntzer letztlich vor die Tür. Er war dann eine Zeitlang Pfarrer in Halle-Glauchau. Eine adlige Gönnerin (Felicitas von Selmnitz) empfahl ihn wohl dann nach Allstedt.

Wir erfahren dann Müntzers Bemühen um Agenda und Kirchenordnung in Allstedt am Kyffhäuser (1523/24), wir lesen über sein erstes Wirken in Mühlhausen (Thür.) und seine Reise nach Basel und in den Klettgau. Immer mehr kommt der soziale und theologische Bundesgedanke zum Tragen. Dann ist er erneut in Mühlhausen; es entsteht im März 1525 ein ewiger Rat, und es kommt die Verwicklung in den großen thüringischen Aufstand. Die Schlacht bei Frankenhausen (15. Mai 1525) endete dann mit einer Niederlage. Ein auftretender Sonnenhalo, ähnlich wie ein Regenbogen, wurde zum Symbol des Kampfes. Zwölf

Tage später wurde er am Stadtrand von Mühlhausen hingerichtet. Seine letzten Äußerungen (Brief an die Mühlhäuser, Bekenntnis und Widerruf, mündliche Worte) sind dann stark interpretationsfähig. Die Behauptung, dass alles allen gehöre, ist ihm unter der Folter abgerungen worden (*omnia sunt communia*). Wohl polemisierte er aber einmal gegen die Truhen mit barem Geld und die Zinnteller-Hortungen in den bürgerlichen Häusern.

Martin Luther hat sich seit Ende 1523 öffentlich gegen ihn ausgesprochen, und zwar auf Vorschlag von Justus Jonas (Nordhausen). Er verstieg sich hernach dazu, ihn Satan von Allstedt zu nennen. Müntzer nannte ihn dann einen tückischen Kolkkraben.

Im 19. Jahrhundert hat der lutherische Pfarrer und Abgeordnete Wilhelm Zimmermann aus Stuttgart eine dreibändige Geschichte des Bauernkrieges (1841-1843) verfasst, in der Müntzer eine po-

sitive Rolle spielte. Zimmermann war ein Schüler des Tübinger Neutestamentlers Ferdinand Christian Baur gewesen. Im Jahr 1856 erschien eine neubearbeitete Auflage. In der Schule in Stuttgart hatte Zimmermann bei Gustav Schwab gelernt. Die Akten zu Müntzer wurden freilich oftmals erst nach 1845 freigegeben. Friedrich Engels, August Bebel und Karl Kautsky haben daraus Anregungen erhalten zu eigenen Werken. Der katholische Autor Hugo Hantsch übernahm im 20. Jahrhundert Zimmermanns Faktenangaben, deutete und bewertete sie aber nun eben anders.

Die Schrift dieses Buches ist eher klein und blass, das fällt besonders in den Anmerkungen auf. Das Werk enthält jedoch präzise Endnoten und ein umfangreiches Literaturverzeichnis.

Das neu bearbeitete Werk ist durchaus ertragreich und bestimmt lesenswert.

Jetzt ist Ewigkeit

Von Elmar Klink

Jetzt ist Ewigkeit.

Trost und Weisheit für schwere Stunden.

Worte von Blumhardt, Vater und Sohn.

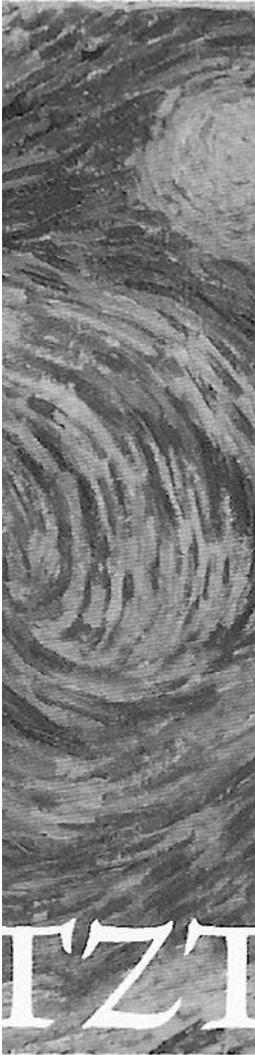
Ausgewählt und eingeleitet von Dr. Alo Münch.

Plough Publishing House, Walden, New York, Robertsbridge (England), Elsmore (Australia)

Ein schön aufgemachtes kleines Besinnungsbüchlein hat zum Erntedankdatum 2016 die deutsche Niederlassung des



M H



IG

Plough Publishing House im thüringischen Bad Klosterlausnitz (bei Jena) an Interessierte und FreundInnen der Bruderhof-Church Communities herumgeschickt. Es handelt sich um eine Wiederauflage des bereits schon 1947 im Paul Müller Verlag, München erschienenen Bändchens mit einem Umfang von 74 Seiten. Im Begleitschreiben des Pflug-Teams heißt es dazu:

„... Natürlich sehen wir auch, wie sehr die Gier nach Macht und Geld, und das ungezügelte Genussstreben des Menschen die ganze Schöpfung entstellen. Von den großen weltpolitischen Ereignissen über gesellschaftliche Wertvorstellungen bis hin zu persönlichen Lebensumständen scheint so vieles in Schiefelage gekommen zu sein, dass es schwierig wird, sich vorzustellen, wie sich die Zukunft entwickeln wird ...“

So ist denn wohl der Bezug des Untertitels (s. o.) damals in der Not der Nachkriegszeit durchaus auch zeitgemäß gemeint. Johann Christoph Blumhardt (1805-1880), auch der Ältere genannt, und Christoph Blumhardt (1842-1919) waren beide als Pfarrer, Theologen und Lieddichter Repräsentanten des schwäbischen protestantischen Pietismus. Christoph Blumhardt kann gleichzeitig als sozialer und in späteren Lebensjahren als Abgeordneter sozialde-

mokratisch agitierender Wegbereiter eines frühen religiös-sozialen theologischen Denkens in Deutschland angesehen werden, noch vor Gründung eines organisierten Bundes religiöser SozialistInnen. Die meisten der Sinn-Sprüche und geistlichen Kurzmeditationen stammen auch von Christoph Blumhardt, wenn der Vater der Verfasser ist, sind sie mit dem Kürzel Bl.V. versehen.

Es tut gut, einmal wieder solche scheinbar aus der Zeit gekommenen, vermeintlich sprachentrückten, doch umso tiefer gläubigen Reflexionen zu lesen. Hier einige Beispiele als unkommentierte Zitate:

„DIE WELT IST EINE REALITÄT und kann nur durch eine Realität überwunden werden.“

„ALLES, WAS IRDISCH BESTEHT, hat auch noch etwas Verborgenes, Geheimnisvolles in sich, und das äußerliche Sein ist ein Abbild von einem unvergänglichen Sein.“

„GOTTESKRÄFTE müssen wir haben, um im Diesseits die Dinge so zu besorgen, dass sie Ewigkeitswert bekommen.“

„GOTT SENDET UNS allerlei Kräfte und allerlei Hilfe, körperlich und geistig, und alle diese Zuwendungen Gottes sind wie persönlich. Es sind unendlich viele Kräfte in Gottes Bereich, die sich um uns legen können, die uns be-

gleiten können und die auch ganz verschiedenartig sind.“

„IHR MÜSST die Welt erobern, denn das Reich Gottes muss in die Welt kommen.“ (Bl.V.)

„WIR SIND NICHT ALLEIN, haben wir Jesum, sind Seine Engel um uns her.“ (Bl.V.).

Das kleine kompakte Lesebüchlein, das auch gerade passend zur kurz bevorstehenden Adventszeit kommt, kann bequem in der Jackentasche mit- und unterwegs zur Hand genommen werden. Als geistlicher Wegbegleiter mag es

Mut machen und spirituelle Glaubenszuversicht vermitteln. Interessierte können das kartonierete Bändchen mit dem ansprechenden Cover-Motiv von Van Goghs „Sternennacht“ einzeln oder in mehreren Ex. kostenlos oder gegen eine kleine Geldspende im Brief bestellen bei:

Plough Publishing House
Talweg 18 / Grafe Haus
07639 Bad Klosterlausnitz
Tel.: 036601 922988
E-Mail: holzland@cmail.com
Bremen, 29.10.2016

Pfälzer Protestanten im NS-Staat Protestanten ohne Protest

Von Ulrich Peter

Protestanten ohne Protest. Die evangelische Kirche der Pfalz im Nationalsozialismus. Herausgegeben von Christoph Picker und anderen. Verlagshaus Speyer, Speyer 2016. Zwei Bände, 640 S. und 288 S., 59,90 €.

„Das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal vergangen. Wir trennen es von uns ab und stellen uns fremd.“ – (Christa Wolf, *Kindheitsmuster*, Romanbeginn, 1976)

Noch eine Veröffentlichung zum „Kirchenkampf?“ Füllt die Literatur hierzu nicht schon ganze Bibliotheken, was

soll da noch Neues hinzukommen? Das Ergebnis dieser Rezension sei vorausgeschickt. Ich beschäftige mich seit mehreren Jahrzehnten mit dieser Thematik, und ich habe äußerst selten eine so gelungene Publikation gelesen wie diese. Besonders positiv überrascht hat mich, dass dieses Projekt im Auftrag der Evangelischen Kirche der Pfalz und unter Federführung der Evangelischen Akademie entstand. 60 Autorinnen und Autoren haben ein zweibändiges, reich bebildertes und geschmackvoll gestaltetes und gebundenes Buch erarbeitet, das sowohl die Geschichte der pfälzischen Kirche in dieser Phase bilanziert, aber auch durch die Art und

Christoph Picker
Gabriele Stüber
Klaus Bümlein
Ink-Matthias Hofma
(Hrsg.)

ESTAT
E PRO

gelische K
Nationalso

BAND 1
Sachbeiträge

Christoph Picker
Gabriele Stüber
Klaus Bümlein
Frank-Matthias Hofmann
(Hrsg.)

ESTAI
E PRO

gelische K
Nationalso.

BAND 2
Kurzbio graphien
Anhang

die Breite der Darstellung zum Nachdenken über die NS-Geschichte und über die Ursachen für den Aufstieg des Nationalsozialismus insgesamt anregt. Auch die Auswahl der Autorinnen und Autoren weicht von den aus anderen Landeskirchen gewohnten Selbstdarstellungen ab. Gerade achtmal wird im Autorenverzeichnis der Professorentitel genannt, hier sind tatsächlich diejenigen beteiligt worden, die in bestimmten Gebieten Fachkompetenz besitzen, mit und ohne Lehrstuhl.

Auch die Anlage des Projekts erfüllt alle Kriterien aktueller Forschungen im Feld der kirchlichen Zeitgeschichte.

Der erste Band enthält Sachbeiträge, der zweite eine Reihe von Kurzbio graphien.

Der erste Band widmet sich dem Weg der pfälzischen Landeskirche. Leitfragen aller Kapitel sind die politischen Rolle der Kirche und die Ausgestaltung unterschiedlicher kirchlicher Handlungsfelder. Er ist unterteilt in die Kapitel – Der Weg der pfälzischen Landeskirche zwischen kirchlicher Verantwortung und politischer Inanspruchnahme:

- Institutionen, Organisationen, Gruppen
 - Landeskirche und staatliche Gewaltmaßnahmen
 - Kirchliche Handlungsfelder
- Die historische Darstellung beginnt mit dem Unterkapitel

„Die Landeskirche in der Weimarer Republik“. Schon dieser Beginn macht den Unterschied zu vielen anderen Darstellungen über den „Kirchenkampf“ deutlich. Es war eben nicht so, dass 1933 ein Kampf „des“ nationalsozialistischen Staates gegen „die“ Kirche ausbrach und sich die „Bekennende Kirche“ gegen „den“ Nationalsozialismus erfolgreich behauptete. Es ist ein Vorzug dieser Publikation, dass die Selbstanpassung des pfälzischen Protestantismus an das Nazi-Regime dargestellt und die dafür notwendigen politischen und mentalen Voraussetzungen benannt und veranschaulicht werden. Schon der Kölner Kirchenhistoriker Hans Prolingheuer sprach von einem „Kirchenkampf gegen die Weimarer Republik“ und Günter Brakelmann, emeritierter Theologieprofessor in Bochum, sogar von einem Kampf gegen die „Prinzipien von 1789“, also gegen die demokratischen Rechte und Freiheiten (auch die Freiheit, keine Religion ausüben zu müssen und aus der Religionsgemeinschaft austreten zu können), die Überwindung des Monarchismus als Regierungsform und die Ablösung des Untertanen durch den mündigen Staatsbürger. „Viele NS-Funktionäre sahen sich als gute Protestanten. Kirchliche Funktionsträger waren zum Teil begei-

sterte Nationalsozialisten. „Einen ausgeprägten ‚Kirchenkampf‘ gab es in der Pfalz nicht“, so Mit-Herausgeber und Akademiedirektor Christoph Picker. Protestantismus und Nationalsozialismus gingen in der Pfalz weitgehend Hand in Hand.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis bezieht sich auf den auch in der pfälzischen Kirche einflussreichen kirchlichen Liberalismus, der in vielen Darstellungen des „Kirchenkampfes“ als wichtige Quelle und Ursache der „Deutschen Christen (DC)“ und des Nationalsozialismus überhaupt, abqualifiziert wird. Dieses Diktum findet für die Pfalz keine Bestätigung. Die leitenden Personen der DC kamen zumeist aus dem theologisch „positiven“ Lager, also aus dem Lager derjenigen, die entschiedene Gegner von historischer Bibelkritik und Entmythologisierung waren. Der viel beschworene „Glaube der Väter“ und der intakte Bekenntnisstand immunisierten nicht gegen den Nationalsozialismus, das politische und antidemokratische Vor-Urteil dominierte über die Theologie. Und selbst diese ließ sich mit vielem aus der Nazi-Giftküche kompatibel gestalten. Dass die NSDAP Luthers Judenschriften begeistert kolportierte und zur Legitimation des staatlichen Antisemitismus nutzte, ist nicht das einzige Beispiel. Dass es

noch viele aufzuhellende Graubereiche in der kirchlichen Zeitgeschichtsforschung gibt, liegt nicht zuletzt daran, dass der Diskurs zum „Kirchenkampf“ mehrere Jahrzehnte lang von Autoren aus dem Bereich der „Bekennenden Kirche (BK)“ bestimmt war, und viele Fragen einfach nicht gestellt wurden und auch nicht mussten. Das hat sich mittlerweile wesentlich geändert. Die Hauptursachen für diese Veränderung hat der US-Historiker Timothy Snyder im Gespräch mit dem Hitler-Biographen Ian Kershaw benannt:

„Historisch bin ich überzeugt, dass wir die ersten sechzig Jahre sowieso nie etwas verstehen. Alle Beteiligten müssen tot und alle Quellen zugänglich sein, und dann brauchen wir immer noch viel Zeit, um alles zu durchdenken.“¹

Geschichte ist nie nur das, was sich real ereignet hat, sondern auch immer das, was Historiker daraus machen, und wie es gedeutet werden soll und wird. Geschichte wird so im Deutungsstreit zur Geschichtspolitik. Ein aktuelles Beispiel dafür, wie in der Gegenwart mit der Rolle von kirchlichen Funktionsträgern im NS auch umgegangen werden kann, liefert uns die sog. „Halfmann-Kontroverse“ in der Nordkirche.

Der spätere schleswig-holsteinische Bischof Halfmann hatte 1936 in der Schriftenreihe der Bekennenden Kirche eine Bro-





schüre mit dem Titel „Die Kirche und der Jude“ publiziert, in der er „die antijüdische Gesetzgebung des NS-Staates mit zahlreichen Verweisen auf Luther“² unterstützte. Als der Kieler Historiker Stephan Linck 2013 diesen Vorgang problematisierte, brachte er die Gegenkräfte des konservativen Protestantismus gegen sich auf. Ein BK-Exponent als Antisemit? Völlig unmöglich! Die BK war doch eine Widerstandsorganisation! Es ging nicht um diese Schrift und um Luther, sondern um die Parteinahme für eine Person und ihre Ehrenrettung. Und diese erfolgte nach bekanntem Muster. Der Lübecker Alt-Bischof Karl Ludwig Kohlwege, Ex-Diakoniechef Jens-Hinrich Pörksen, Alt-Bischof Ulrich Wilckens und ehemalige Pröpste kritisierten, Halfmann werde auf eine Stufe gestellt mit den nazitreuen DC.³

Zudem werde von Linck die Härte der Verfolgung während der NS-Zeit völlig ausgeblendet. Die Kirchenleitung müsse deutlich Stellung gegen solche Unterstellungen beziehen und Linck seine Behauptungen widerrufen. An dieser Stelle muss Landesbischof Gerhard Ulrich positiv erwähnt werden, der sich diesen Ansinnen widersetzte. Halfmann habe als einer der „herausragenden Köpfe der Bekennenden Kirche“ schon früh Anfeindungen des Nazi-Regimes erlebt. Allerdings sei er auch förderndes Mitglied der SS gewesen. Seine Person zeige eben „Brüche“.

Die beiden Pfälzer Bände mystifizieren nicht und ver-

fallen dabei auch nicht ins andere Extrem. Die von Bischof Ulrich bei Halfmann diagnostizierten Brüche ziehen sich wie ein roter Faden durch die Darstellungen und Biographien.

Zwei von vielen Beispielen: In der Pfalz gab es in der Weimarer Republik eine starke Organisation der religiösen Sozialisten, die Karlheinz Lipp bereits 1982 in seiner (leider unpubliziert gebliebenen) Staatsarbeit dargestellt hat.

Zu diesem Band hat Lipp u.a. eine Biographie des pfälzischen BRSD-Landesvorsitzenden und Pirmasenser Pfarrers Oswald Damian beige-tragen. Zu dieser Biographie gehört auch sein weiterer Weg nach der Auflösung der pfälzischen BRSD-Organisation Ende März 1933. 1935 teilte die Landesleitung Pfalz der DC mit, „dass Damian ihr Mitglied“ geworden sei.

(Anmerkung der Redaktion zum Schicksal Oswald Damians nach Rücksprache mit dem Autor Karlheinz Lipp: Nach der Macht-ergreifung der Nazis wurde der Landesvorsitzende der religiösen Sozialisten als einziger Pfarrer der Pfalz im provisorischen Schutz-lager Rheinpfalz interniert. Das war ein frühes Konzentrationslager, das für einige Monate zwischen Speyerdorf und Neustadt an der Weinstraße eingerichtet wurde. Allerdings ließen die Nazis ihn für einen kurzen Zeitraum frei, damit er Konfir-

manden in Pirmasens einsegnen konnte. Am 16. Juli 1933 wurde er in den vorläufigen Ruhestand versetzt. 1934 bekam er eine kleine Pfarrstelle in Dörrenbach zugeteilt und war somit für die Restdauer des Dritten Reichs kaltgestellt. Unsere Einschätzung der einzigen Quelle über ihn betr. angeblicher Zugehörigkeit zu den Deutschen Christen: Wegen ständiger Hetze der Nazis gegen ihn im von Nazis dominierten Pirmasens und der Auflage, sich täglich bei der Polizei melden zu müssen, wollte der Ehemann und Vater sich einen Moment Ruhe verschaffen. Nach 1945 versuchte er den religiösen Sozialismus wiederzubeleben, was jedoch nicht gelang. Er blieb der aufkeimenden Friedensbewegung und seinen politischen Idealen treu. In seinem Nachlass fand man ein Manuskript des Romans, der von Frieden und Abrüstung handelte. Der Titel: „Zu spät“.)

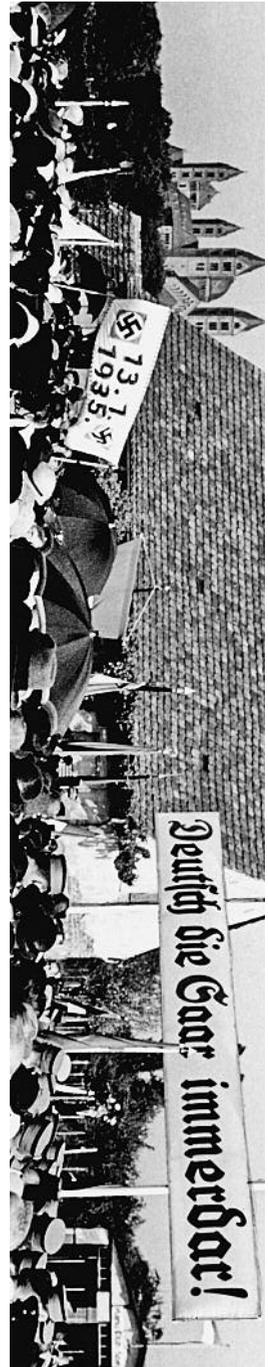
So etwas gab es auch in anderen Landeskirchen. Die Geschichte des BRSD endet mitnichten 1931 mit dem Eintritt Erwin Eckerts in die KPD.

Brüche gab es auch in anderer Richtung. In der Pfalz waren auch die DC Thüringer Ausrichtung, die sog. „Nationalkirchler“ als extremste Ausprägung der DC relevant vertreten. Hierzu hat Thomas Fandel einen lesenswerten Beitrag beigesteuert. Einer ihrer Exponenten war der Speyerer Pfarrer Emil Lindt, 1930 bis 1936 Schriftleiter der Zeitschrift

„Der Speyerer Protestant – Monatsschrift für entschiedenen Protestantismus“, 1933 bis 1934 im „Pfarrernotbund“ der BK und ab 1938 Mitglied und Aktivist der „Nationalkirchler“. Von der BK zum extremen Gegner derselben und das nach Jahren der praktischen Erfahrungen mit dem NS innerhalb und außerhalb der Kirche. Immerhin wurde er nach dem Ende der NS-Diktatur seines Amtes entsetzt.

Auch der Umgang mit der Entnazifizierung 1945 ff. und der kirchliche Neubeginn sind in diesem Werk hervorragend aufgearbeitet. Normalerweise gibt es in Rezensionen neben Licht auch Schatten. Bei diesen beiden Bänden kann ich keinen Schatten entdecken.

Ich kann an dieser Stelle nur meinen großen Respekt vor der Leistung der 60 Autorinnen und Autoren und auch der Beteiligten an der technischen Erstellung ausdrücken. Mein ganz besonderer Dank gilt der pfälzischen Landeskirche für ihren Mut, sich der eigenen Geschichte zu stellen und produktiv damit umzugehen. Ich wäre stolz, würde meine heimatliche Kirche von Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz ihre Geschichte nach dem Pfälzer Vorbild aufarbeiten (lassen) und die dafür erforderlichen materiellen und personellen Voraussetzungen zur Verfügung stellen. Man darf ja hoffen ...





Der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker sprach am 28.6.1990 in der Offiziersschule des Heeres in Hannover über den Umgang mit Geschichte. Seine Quintessenz war dieser Satz: „Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie wiederholt ihre Lehren.“

Die Synode der pfälzischen Landeskirche hat dies in Bad Dürkheim am 3. Juni 2016 mit der unten abgedruckten Resolution in bemerkenswerter Art und Weise getan.

„Resolution zu ‚Protestanten ohne Protest‘“

Mit dem Handbuch ‚Protestanten ohne Protest – Die evangelische Kirche der Pfalz im Nationalsozialismus‘ stellt sich unsere Kirche ihrer schuldhaften Verstrickung zwischen 1933 und 1945. Die pfälzische Kirche vermochte es nicht, gegenüber dem Nationalsozialismus „Jesus Christus als den Herrn und das alleinige Haupt seiner Gemeinde“ zu bekennen (Kirchenverfassung seit 1920).

Das Handbuch zeigt individuelles, kollektives und institutionelles Versagen auf. Vor dem Reformationsjubiläum 2017 und dem pfälzischen Unionsjubiläum 2018 nehmen wir auch das belastende Erbe unserer Kirche bewusst wahr.

Das Versagen der Kirche

1. Die meisten Protestanten in der Pfalz begrüßten 1933

die nationalsozialistische Machtübernahme voller Erwartungen. Viele erhofften sich davon neue missionarische Möglichkeiten. Der Niedergang der Weimarer Demokratie, die Selbstgleichschaltung der Landeskirche, die Abschaffung der synodal-presbyterialen Kirchenverfassung sowie die Gewaltmaßnahmen gegen Juden und Oppositionelle riefen keinen kirchlichen Widerstand hervor.

2. Diese Entwicklung betraf alle Ebenen der pfälzischen Kirche. Landessynode, Kirchenregierung und Landeskirchenrat, aber auch Gemeinden und kirchliche Gruppen unterstützten das nationalsozialistische Regime. In kaum fassbarer Geschwindigkeit vollzog sich eine Selbstanpassung des Protestantismus.
3. Innerkirchliche Opposition formierte sich erst im Zuge der Eingliederung der pfälzischen Kirche in die „Reichskirche“. Die prinzipielle Loyalität gegenüber dem NS-Regime wurde dabei nicht in Frage gestellt. Von einem offenen Kirchenkampf kann nicht die Rede sein.
4. Die Kirche unterstützte die Kriegspropaganda. Die militärischen Erfolge gegen Polen und Frankreich wurden religiös überhöht. Öffentlichen Widerspruch ge-

gen die Entrechtung, Deportation und Ermordung von Juden gab es nur in wenigen Einzelfällen. Auch gegen Zwangsarbeit, Ermordung von Kranken und Menschen mit Behinderung sowie gegen die Verfolgung und Vernichtung von Oppositionellen, Sinti, Roma, Homosexuellen und anderen Gruppen gab es keinen öffentlichen Protest. Nicht zuletzt antikatholische Resentiments verhinderten gemeinsames christliches Handeln.

Die Verantwortung für die Zukunft

Als Kirche und als einzelne Christinnen und Christen verpflichten wir uns,

- das Evangelium von Jesus Christus als alleinigen Maßstab unseres Lebens verständlich und zeitkritisch zu bezeugen;
- für das Lebensrecht und die Würde aller Menschen einzustehen;
- „jeder Form von Judenfeindschaft entgegenzutreten“ (Kirchenverfassung seit 1995);
- über unsere besondere Beziehung zum Judentum hinaus zum Frieden unter allen Religionen beizutragen und für die Religionsfreiheit einzustehen;
- zu einer differenzierten Sicht des Islam beizutragen

und islamfeindlichen Tendenzen entgegenzutreten;

- am demokratischen Gemeinwesen mitzuwirken und auf die Wahrung der kirchlichen Unabhängigkeit gegenüber dem Staat zu achten;

- Rechtspopulismus sowie Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz entgegenzuwirken und uns für eine offene Gesellschaft einzusetzen;
- Kritikfähigkeit und demokratische Streitkultur in unserer Kirche zu fördern.

Prägend für eine protestantische Grundhaltung ist es, die eigenen Positionen zu hinterfragen, das Evangelium klar zu bezeugen und Verantwortung für andere zu übernehmen.

Bad Dürkheim, 3. Juni 2016“

1 <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/geisteswissenschaften/ian-kershaw-und-timothy-snyder-im-gespraech-vierzehn-millionen-opfer-waren-nicht-ueberraschend-11894841.html>

2 Stephan Linck „Neue Anfänge?“, Kiel 2013, S. 222.

3 *Im letzten Jahr fand eine Tagung in Breklum statt, die sich dieser Thematik aus eher konservativer Sicht widmete, und wo Bischof Ulrich ein hervorragendes Referat hielt, das allein schon den Kauf des Tagungsbandes legitimiert: „Was vor Gott recht ist“. Kirchenkampf und*

Der Prot

Das Heil in .

Dieses Kreuz bedeutet

- Liebe**
- Gerechtigkeit**
- Soziale Hilfe**
- Erbarmen mit
mit den Aerr**
- Duldsamkeit, V
anderer**
- Samariterdien**
- Wahrheit**
- Ordnung**
- Selbstzucht ur**
- Volksgemeinsc**
- Frieden und V**
- Erlösung und /**

theologische Grundlegung für den Neuanfang der Kirche in Schleswig-Holstein
Hrsg. von Karl Ludwig Kohl-
wage, Manfred Kamper und
Jens-Hinrich Pörksen Zusammen-
gestellt und bearbeitet

von Rudolf Hinz und Simeon
Schmidt. In Zusammenarbeit
mit Peter Godzik, Johannes
Jürgensen und Kurt Triebel
315 Seiten, broschiert Euro
10,- ISBN 978-3-7868-
5306-0 Matthiesen Verlag

BUNDESNACHRICHTEN

Glückwünsche für Prof. Dr. Günter Brakelmann zum 85. Geburtstag

Lieber Günter!
Zu Deinem 85. Geburtstag am
3. Sept. 2016 möchten wir Dir
herzlich gratulieren und Dir
Gottes Segen wünschen.

Zahlreiche Ehrungen haben
Dich schon erreicht. Heike Hil-
kendiek, eine unserer Auto-
rinnen, hat im Sonntagsblatt
„Unsere Kirche“ (Nr. 35, am 28.
August 2011) ein schönes Le-
bensbild geschrieben. Und wir
hatten in CuS 4/2006 ausführ-
lich auf unsere gemeinsame
Zeit zurückgeblickt. Seitdem
hast Du unsere Zeitschrift
durch Artikel über christlich
geprägten Widerstand gegen
den Nationalsozialismus be-
reichert: Über Helmut James
Graf von Moltke in CuS 2/2007
und CuS 4/2010. Dazu gehört
auch die Rezension der Auf-
satzsammlung von Friedrich-
Martin Balzer zu seinem 70.

Geburtstag. Und ebenso hast
Du wertvolle Biographien über
den Theologen Hans Ehren-
berg geschrieben, der als Philo-
soph in Heidelberg den religi-
ösen Sozialisten verbunden war.
Und wie wichtig solche
Vorbilder für uns sind, zeigt im
Augenblick das konstatierte
Versagen des Verfassungss-
chutzes und der Justiz gegen-
über neonazistischem Terror.
Jetzt gerade hast Du zusam-
men mit Arno Lohmann den
Quellenband Müntzer und Lu-
ther veröffentlicht. Zeitlebens
hast Du als Sozialethiker für
eine gerechtere Gestaltung der
Gesellschaft gestritten, auch
an der Seite der Sozialdemo-
kraten und unserer Mitglie-
der im BRSD. In multos annos!

Bleib weiter so!
Herzliche Grüße!
Reinhard

Glückwünsche zum 90. Geburtstag

Lieber Herr Prof. Moltmann!
Zu Ihrem 90. Geburtstag am 8.
April 2016 möchten wir Ihnen

noch ganz herzlich gratulieren
und Ihnen Gottes Segen wün-
schen für glückliche Jahre in

geistiger Frische zusammen mit Ihrer Familie, ihren Freunden und Bekannten.

Unsere Zeitschrift verdankt Ihnen wichtige Beiträge: „Reich Gottes auf Erden, nicht Religion und nicht Christentum. Dietrich Bonhoeffer und Christoph Blumhardt“, CuS 2-3/2007, „Über die Zukunft der Theologie“, CuS 3-4/1997

Ihre Bücher haben eine ganze Generation von Theologinnen und Theologen geprägt und in unserer Kirche und darüber hinaus segensreich gewirkt. Dass Hoffnung zum Handeln treibt und Handeln durch Hoffnung Maß und Ziel findet, konnte in Ihrer Theologie besonders gut zum Ausdruck kommen. Gleichzeitig konnten friedensfeindliche und menschenverachtende Traditionen entlarvt werden. Und Christinnen und Christen konnten für Aktionen zur Förderung von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung angeregt werden.

Natürlich freuen wir uns auch, dass sie als Leser unserer Zeitschrift CuS. Christin und Sozialistin. Christ und Sozialist treu geblieben sind.

Mit solidarischen und herzlichen Grüßen

Ihr Reinhard Gaede, Schriftleiter von CuS, Vorstandsmitglied des BRSD

Jürgen Moltmann: Über die Zukunft der Theologie, in: CuS 3-4/1997, S. 37-44

„Die Globalisierung der Welt macht die Befreiungstheologie universal ... Die demokratische Gleichheitsidee ist mit einem Wirtschaftssystem unvereinbar, das immer größere Ungleichheiten produziert ... ‚Befreiung‘ nennt das zu überwindende Negative: Armut, Unterdrückung, Krankheit, Unwissenheit und Apathie. Das Positive, zu dem die Befreiung führen soll, ist in letzter Perspektive das ‚Reich Gottes‘ ... mit Jon Sobrino: Das Reich Gottes ist Leben, Leben in Fülle und Erfüllung des Lebens.‘ ... Wir werden die Gleichgültigkeit gegenüber fremdem Leiden durch die Wiedergeburt des göttlichen Ja zum Leben überwinden. Eine Theologie des Lebens wäre eine ‚Zukunft der Theologie‘, für die zu arbeiten und zu studieren es sich lohnt ... Nach dem Zerfall der christlichen Welt beginnt ein dialogbereites und missionarisches Christentum ... Wir sollten uns immer wieder daran erinnern, dass Jesus nicht eine neue Religion, sondern neues Leben gebracht hat. Ist er selbst, die Auferstehung und das Leben‘ in Person, dann finden wir in seiner Gemeinschaft die göttliche Lebensbejahung, die Heilung des kranken, die Rettung des verlorenen, die Annahme des verlassenen und die Aufweckung des toten Lebens.“



Jahrestagung 90 Jahre BRSD

9.-11. Sept. 2016 Schloss Hersberg/ Immenstaad / Bodensee

In den ersten Augusttagen des Jahres 1926 schlossen sich die seit 1919 regional aktiven Gruppen und die 1924 gegründete Arbeitsgemeinschaft zum Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands zusammen. Daran wollten wir auf unserer Jahrestagung erinnern. „Gedenkt an Eure Lehrer, die euch das Wort Gottes gesagt haben, ihr Ende schaut an und folgt Ihrem Glauben nach!“ (Hebr. 13,7). Die Tagung stand unter dem Thema: „90 Jahre BRSD – 90 Jahre für Frieden und Gerechtigkeit“.

Über dem Bodensee und dem malerischen Städtchen Immenstaad mit seinen Weinbergen und Obstplantagen erhebt sich Schloss Hersberg mit weiß leuchtenden Mauern. Florian Ihlenfeldt hatte uns in dieser vornehmen und sympathischen Umgebung angemeldet. Er selbst war allerdings wegen Wahlkampfs verhindert, hatte aber das Glück, ein Direktmandat als Ratsherr in Uelzen zu erreichen.

Zu Gast waren wir bei den Pallottinern. Nach dem Abendesse und der Begrüßung stellte Pater Konrad Schultis uns die Pallottiner vor: 1929 hatten die Pallottiner das Schloss des Fürsten Franz-Joseph von Salm-

Reifferscheid-Krautheim und Dyck erworben.

Die „Gesellschaft des Katholischen Apostolats“ (Societas Apostolatus Catholici), gegründet von Vincenz Pallotti (1785-1850), 1963 beim II. Vatikanischen Konzil heilig gesprochenen, betont, dass nicht nur Priester und Bischöfe, sondern alle Christ(inn)en den Auftrag und die Kraft haben, die christliche Botschaft zu tragen und in der Kirche mitzuwirken, und ist also der reformatorischen Botschaft vom allgemeinen Priestertum (1.Petr. 2,9) ebenfalls verpflichtet. Der Hersberg war 1940 als „Umsiedlerlager“ von den Nazis beschlagnahmt. Die Pallottiner mit Rektor Pater Leo Kruck, hatten 24 „Sippenhäftlinge“, darunter General Hans Speidel, samt der Wachmannschaft aufgenommen und in der vom Kokordat geschützten Hauskapelle versteckt. Am 24. und 27. April 1945 versuchte ein Rollkommando der SS die Häftlinge zu ermorden, jedoch gelang es, sie zu täuschen und die Häftlinge im abgelegenen Deggenhausertal zu verstecken, wo sie dann am 29. April in Urnau von französischen Truppen befreit wurden. Zu den Pallottinern gehörte auch Franz Reinisch, „Märtyrer des Gewissens“. Der Pfarrer, der einberufen zur Wehrmacht, den Fahneneid auf Hitler ver-



weigerte, wurde von den Nazis am 21. August 1942 in Berlin-Brandenburg enthauptet.

14 Personen waren wir, darunter unsere auswärtigen Gäste, Hanna Götte, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der RESOS Schweiz, und Dr. Matthias Lauer, Bundesvorsitzender von ACUS, Österreich und stellv. Präsident der International League of Religious Socialists (ILRS). In der Gesprächsrunde abends war die Verteidigung der Demokratie gegen Neonazis ein gemeinsames Thema. Anneke Ihlenfeldt und Thomas Kegel berichteten von kirchlichen Initiativen („Unser Kreuz hat keine Haken.“). Im Pavillon klang der Abend bei Wein gesellig aus.

Nach dem Gespräch über die Tageslese am Samstagmorgen (Die Bergpredigt nach Leonhard Ragaz) hielt ich den Vortrag „Aktionsfelder und Themen der ReSos in der Vergangenheit“. Mit dem Bus fahren wir nachmittags nach Meersburg. Im Bibelmuseum besuchten wir die Ausstellung „Paradiesische Pflanzen im Judentum, Christentum und Islam“. (Eine Dokumentation unter diesem Titel findet man in: Lörrarer Hefte Nr. 19, Schofheim 2013) Durch das Getümmel eines Weinfestes stiegen wir zur alten Burg empor, von wo aus sich ein Blick über das neue Schloss und den Bodensee bot.

Im festlich gedeckten Raum

fand dann bei Kaffee und Kuchen unser Festakt statt mit Grußbotschaften von unsern Gästen aus der Schweiz und Österreich, der SPD und der Christen in der SPD, dem Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokraten und der Ev. Kirche Badens.

Der Internationale Versöhnungsbund, deutscher Zweig, gegründet August 1914, war vertreten durch seinen Präsidenten Ullrich Hahn. Auch Prof. Dr. Günter Brakelmann und Min.Präs. Bodo Ramelow hatten Grüße bestellt.



Festakt Meersburg

Ich hielt einen Vortrag über die Gründung des Bundes vor 90 Jahren.

Nach dem Abendessen wieder auf Schloss Hersberg sahen wir die Literaturverfilmung von Arnold Zweig: „Das Beil von Wandsbek“, die Anneke besorgt hatte.

Nach dem Gespräch über die Tageslese am Sonntagmorgen wählte die Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand: Bundeskassenführer Jürgen Gorenflo, Bundessekretär Florian Ihlen-





feldt in Abwesenheit), Anke Ihlenfeldt, Thorsten de Jong (in Abwesenheit) sowie die Mitglieder Reinhard Gaede, Jens-Eberhard Jahn, Andreas Herr, Thomas Kegel. Die Vorstandsmitglieder Alois Schwarz, Dieter Hönerhoff und Michael Distelrath scheidern aus und werden mit Dank verabschiedet. Als Revisoren für 2015 Dietlinde Haug und Helmut Kwast (beide in Abwesenheit), Fokke Bohlsen und Dieter Hönerhoff für 2016. In der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus



Vorstand

(BAGK+R) soll der BRSD mitwirken (vorbehaltlich der Finanzierbarkeit). Für die Vorbereitung unserer Vertretung beim Kirchentag 2017 hat Andreas Herr einen Arbeitskreis zusammengerufen.

Deutscher Ev. Kirchentag

Zum Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 24.–28. Mai 2017 in Berlin laden wir herzlich ein. Dort haben wir einen Stand im Themenbereich 4 mit dem thematischen Stichwort Bürgerschaftliches Engagement. Zum Bezug zur Losung und den Themen des Kirchentages haben wir geschrieben:

Gott sieht Hagar, die junge Frau, auf der Flucht und rettet sie in der Wüste, dem Raum des Todes. Wir sehen uns auch durch diese Geschichte herausgefordert, den vor Krieg und Gewalt Flüchtenden zu helfen. Dass Gott Menschen, seine Geschöpfe ansieht, begründet ihre Würde und verpflichtet uns, Anwälte und An-

wältinnen der Armen, Rechtlosen und Schutzlosen zu sein.

Zur Beschreibung der Gruppe und des geplanten Vorhabens haben wir geschrieben: Als Christ(inn)en sind wir Teil einer Bewegung, die auf Sozialismus zielt. Der BRSD ist überparteilich und ökumenisch orientiert. Die Mitglieder engagieren sich in Kirchen, Gewerkschaften, Parteien Vereinen und Gruppen. Wir beziehen uns auf biblische Traditionen: Solidarität mit Armen, Aufnahme von Flüchtlingen, streiten für Frieden und Gerechtigkeit. Wir laden Parteien und Gruppen ein zum Dialog über Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung und zur Radikalisierung der Reformation.

Bilder und Fotos

Reinhard und Ingelore Gaede	1, 79, 80
BRSD	6, 75
Furche Verlag, Hamburg	3
Bildverlag Freiburg/Br.	8
Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokraten	19
Karlheinz Lipp	26
Willy Spieler †	31
Elmar Klink	34
Andreas Herr	35–36
Thomas Kegel	37
Lutz Krügener	41
Maria Hettenkofer	44
Lebenslaute	45, 48
Winfried Eisenberg	49
Horst Haitzinger, NW 5.10.2016, Nr. 232	50
H. Haitzinger, NW 13./14.9.2016, Nr.206	53
Jürgen Schübelin	58, 59
Barbara Rauchwarter	64
Beck Verlag, München	66
Fokke Bohlsen	67
Plough Publishing House	68
Verlagshaus Speyer	69, 70
Zentralarchiv, Ev. Kirche der Pfalz	71, 73
Oswald Damian, Wikipedia	72
Bundesarchiv Wittenberg	74
Günter Brakelmann	77
Jürgen Moltmann	77
Gesellschaft der Pallottiner (SAC)	78

Autorinnen und Autoren

Dr. Winfried Eisenberg

Wellbrocker Weg 61
32051 Herford

Andreas Herr

Effnerstrasse 26
85049 Ingolstadt

Dr. Maria Hettenkofer,

Meierstr.52
32049 Herford

Thomas Kegel

Oeltzenstr. 16
30169 Hannover

Elmar Klink

Thielenstr. 13/14
28215 Bremen

Barbara Rauchwarter

A-2340 Mödling
Brühler Strasse 16/4
Österreich

Dr. Karlheinz Lipp

Friedrich-Wilhelm-Str. 42
12103 Berlin

Lutz Krügener

Haus kirchlicher Dienste
Ev.-luth. Landeskirche
Hannovers
Archivstr.3
30169 Hannover

Dr. Ulrich Peter

Nicolaistr. 48a
12247 Berlin

Jürgen Schübelin

Hansegracht 11
47051 Duisburg

Dr. Friedrich Winterhager

Sedanstr. 12a
31134 Hildesheim

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Wir danken unseren Autor(inn)en für ihre ehrenamtliche Mitarbeit. Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser(innen)briefe. Wer regelmäßige geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte und Bilder folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine Internetbilder (!), da sie nicht den Anforderungen des Offsetdrucks entsprechen. Im Notfall als scannfähiges Foto per Post.
Adresse: cus@brsd.de oder reinhard-gaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist, oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1/1980)

Abonnements:

Per Post:
BRSD, Jürgen Gorenflo,
Hollunderweg 8 b, 22850 Norderstedt

Per Telephon:
0 40/8 22 64 58

Per E-Mail:
jgorenflo@web.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland € 30,-, pro Jahr
Förderabonnement € 25,- oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10
BIC GENODED1DKD
Kündigungen werden zum Jahresende wirksam